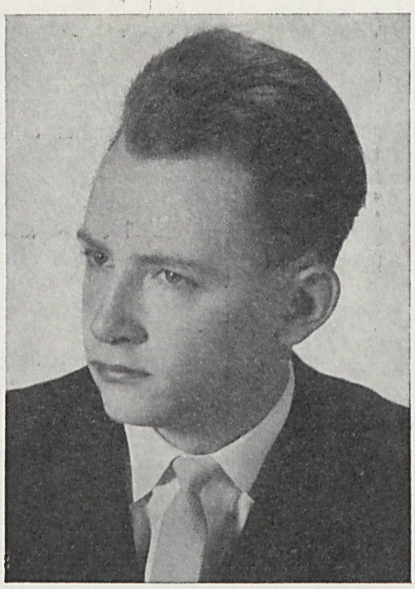
die darmstädter studentenzeitung

herausgegeben vom asta
januar 1962

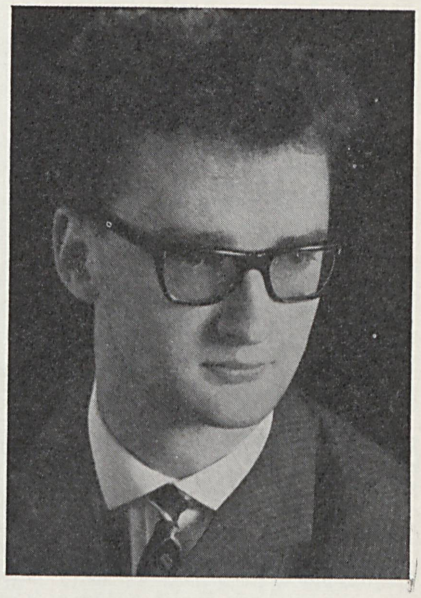
56

technische hochschule darmstadt
verlagsort darmstadt

Helmut Schramm
Maschinenbau 5. Semester
2. Vorsitzender



Dieter Paul
Chemie 7. Semester
1. Vorsitzender



Stefan Liedgens
Wirtschaftsing. 7. Semester
2. Vorsitzender

Der neue AStA-Vorstand

Mit dem scheidenden AStA verläßt ein Team die Exekutive der Studentenschaft, das sich vor allem in den letzten Monaten durch seinen unermüdlichen und opfervollen Einsatz für eine Neuregelung der Mensafrage die Hochachtung der Studentenschaft unserer Hochschule verdient hat. In ausdauernden Verhandlungen mit Land und Parteien um einen höheren Mensazuschuß, hat der Vorstand 1961 wesentlich dazu beigetragen, daß mit Beginn des neuen Jahres eine erträgliche Lösung die bisherige Regelung ersetze.

Dem neuen AStA bleibt es aufgetragen, diese erfolgreichen Ansätze zu einem guten Ende fortzuführen und neben der Mensafrage auch den die Gemüter weniger erregenden Komplex der studentischen Krankenversorgung in Angriff zu nehmen.

Nach dem Fortfall der Repetitorien in einigen wichtigen Fächern der technischen Fakultäten wird die Vertretung der Studentenschaft sorgfältig die neue Situation nach diesem Eingriff beobachten und versuchen, nachträgliche Wirkungen durch aktive Studienunterstützung auszugleichen. Eng hiermit zusammen hängen die an unserer Hochschule nachgerade zur Tradition gewordenen Bestrebungen um eine Studienreform in den Grundlagensemestern. In Zusammenarbeit mit den Fachschaften wird der AStA sich für Verhandlungen insbesondere in den technischen Fakultäten einsetzen mit dem Ziel, ein sinnvolles Grundlagenstudium wieder zu ermöglichen.

In verstärktem Umfang wird sich der neue Studentenausschuß auch mit den Problemen der Ausländer-Starthilfe zu befassen haben. Durch Ausbau des Brother-Sister-Programms und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt wird sich sein Auslandsreferat bemühen, unseren ausländischen Kommilitonen die Anfangsschwierigkeiten nach seinen Kräften aus dem Weg zu räumen.

Die neben Gießen in der Bundesrepublik herausragende rechtliche Stellung der Darmstädter Studentenschaft als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verdient besondere Pflege. Die Studentenschaft wird sich dafür einsetzen, daß die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene Regelung nicht nur den Studentenschaften Hessens eine tragfähige Arbeitsgrundlage verleiht.

Mit der Angliederung der Gewerbelehrerausbildung und dem Ausbau unserer Hochschule bis zu einer Kapazität von 6000 Studierenden wird das Wohnungsproblem bei einem gegenwärtigen Fehlbestand von 1000 Zimmern zu einer Hauptaufgabe der Studentenschafts-Vertretung.

Sie wird unter Anlehnung an Modelle in anderen überlaufenen Hochschulstädten alles tun, um das derzeit stark gestörte Gleichgewicht auf dem studentischen Wohnungsmarkt wieder herzustellen.

Darmstadt steht hinsichtlich der Wahlbeteiligung zu Studentenparlamentswahlen in vorderster Reihe in der Bundesrepublik. Die Ehrenamtlichkeit aller AStA-Mitarbeiter soll trotz gegenläufiger Entwicklung an vielen deutschen Hochschulen unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Die Voraussetzung hierzu ist jedoch ein starkes Echo in der Studentenschaft, das ihren Repräsentanten den Mut und die Kraft gibt, ein Jahr oft anstrengender Tätigkeit im Interesse ihrer Kommilitonen durchzustehen.

An der Bewältigung der angedeuteten Aufgabengebiete wird sich erweisen, ob das Vertrauen, das das Studentenparlament durch seine Wahl in den neuen AStA gesetzt hat, gerechtfertigt war.

Januar 1962 10. Jahrgang Nr. 56 WS 1961/62
Postverlagsort Darmstadt

die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

Preis 0,20 DM

INHALT:

Das Arbeitsgesetzbuch des SBZ	3
Zeitgemäße Hochschule?	6
SDS-Programm	10
Opposition	14
Kalymnos	16
Freie Presse?	18
Berlin	19
Afghanistan	22
Der Schaukelhengst	24

die darmstädter studentenzeitung wird herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Redaktion: Wedig von Bonin (verantwortlich), Wolfgang Repke, Heinz Hosch, Hellmut Stoltz, Heimo Claasen, (Frankfurt).

Verantwortlich für „Wir lesen für Sie": Robert Gasch.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Klischees: Klischee-Haußmann, Darmstadt. Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Gewähr übernommen.

Abonnement je Semester (einschließlich Versand) 2,— DM.
Anschrift der Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517. Sprechstunden tägl. 13–17 h, Westflügel Zwischenstock neben AStA. (Z. 167).

Bilder: Seite 2, Pit Ludwig; Seite 22, K. Knothe.

Beilagenhinweis: Der Gesamtauflage liegen Prospekte der Buchhandlung Wellnitz und des Moderner Buchklubs bei. — Wir bitten um Beachtung!

Elektrotechniker auf neuen Wegen

Die Fakultät Elektrotechnik hat wieder einmal bewiesen, daß ihr Ruf, die aufgeschlossendste technische Fakultät unserer Hochschule zu sein, zurecht besteht. Sie hat eine bedeutungsvolle Entscheidung getroffen, die an allen Hochschulen großes Interesse finden wird. Wir meinen den Beschluß der Fakultät, von den Kandidaten des Diplom-Hauptexamens auch eine Prüfung in einem vierstündigen, frei wählbaren Fach aus den Geisteswissenschaften zu verlangen.

Die Umschaltung von der Prüfung in einem technischen Fach zu der nächsten in Literatur oder Philosophie wird für die Kandidaten nicht leicht sein. Das eine gehört zur Ausbildung für den späteren Job, das andere ist reine Bildungssache. Auf einen gemeinsamen Nenner läßt sich das nicht bringen. Und schon Humboldt hat ja die Technik aus dem Kreis der Wissenschaften, die den Studierenden zu einer universalen Bildung führen können, ausgeklammert. Der Sprung in der Liste der Prüfungsfächer muß hingenommen werden, wenn uns daran gelegen ist, die allgemeine Einseitigkeit der Techniker zu verringern. Oder aber die derzeitige Misere bleibt: Die alma mater spendet weiterhin technisches Wissen, bestenfalls Kenntnisse in der wissenschaftlichen Methodik und sonst nichts. Die Hände wachsen bei dieser Kost schneller als der Geist. Und wir Techniker, Hand-Werker in weißen Kitteln, bauen Fernsehgeräte, die so flach sind, daß man sie wie ein Bild über das Bett hängen kann, und elegante Geigerzähler, die schon die geringsten Spuren von Radioaktivität in der Milch messen.

Kultur aber kann nicht aus den reinen technischen Fächern entstehen; nur die geisteswissenschaftlichen Fakultäten können die eigentliche akademische Bildung anregen. Diese Bildung konnte uns befähigen, Werte zu setzen und einen eigenen geistigen Standort zu finden. Vorlesungen über Elektrotechnik sollen dagegen auf möglichst rationelle Weise ein nur sachbezogenes Wissen vermitteln. Dabei kann die Technische Hochschule konsequenter Weise ihre technischen Methoden und Errungenschaften auf sich selbst anwenden. Und einmal werden wir es dann haben: die vollautomatisierte Vorlesung daheim in der Bude, ohne Professor, ohne fehlerhaftes Kollegheft; nur ein Magnetband, ein zeilenfreies Bild, ein exaktes Skriptum in den Händen und eine geschulte Stimme im Lautsprecher.

Das geisteswissenschaftliche Studium läßt sich dagegen nie automatisieren. Der Stoff fordert hier gerade das persönliche Engagement. Hinter dem Vortrag muß die Persönlichkeit des Dozenten stehen. Er muß überzeugen können. Es kommt schließlich auch darauf an, ob und wie er zu den Problemen unserer Gegenwart Stellung bezieht. Kurzum: die Geisteswissenschaftler haben noch die Möglichkeit, Leitbilder und Maßstäbe anzubieten, die den ganzen Menschen und nicht nur den cand.-ing. in uns betreffen.

Alle Zeichen in Ost und West stehen auf „Rückzug aus der Spezialisierung" und auf „Verbreiterung der wissenschaftlichen und geistigen Grundlagen". Jenseits der Elbe lenkt man allerdings diesen Rückzug wieder einseitig in das Fahrwasser der kommunistischen Ideologie. Es heißt dort Gesellschaftswissenschaften. Wir können frei wählen. Vielleicht kommen einmal Zeiten, in denen wir bedauern, nicht ausgiebig genug von diesem freien Bildungsangebot Gebrauch gemacht zu haben.

Das neue Arbeitsgesetzbuch und seine Stellung im Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone

Festvortrag von Professor Dr. Klemens Pleyer, Inhaber des Lehrstuhles für Rechtswissenschaft an der THD, anläßlich der Jahresfeier am 24. 11. 1961.

I. Einführung

. . . Die im Arbeitsleben auftretenden Probleme sind, wie noch zu zeigen sein wird, im Grunde überall die gleichen, nur die Lösungen sind oft ganz verschieden. Die Art der gewählten Lösung hängt nun, wie sich noch ergeben wird, stark von dem herrschenden Wirtschaftssystem ab. Eine Beschäftigung mit dem von unserem grundverschiedenen Arbeitsrecht der Zone führt daher auch zu einer Klärung der eigenen Positionen und zu einer Besinnung auf deren Grundlagen.

In meinem Vortrag geht es also nicht um das wirtschaftspolitische Problem, ob die Marktwirtschaft oder die Planwirtschaft für uns selbst oder für andere Länder besser sei. Meine Aufgabe wird es vielmehr sein, anhand einiger ausgewählter Einzelfragen die Funktion und den Inhalt bestimmter Rechtsnormen – der des Arbeitsrechts – in einem ganz bestimmten Wirtschaftssystem, nämlich in der Planwirtschaft, so wie sie sich in den Ostblockstaaten herausgebildet hat, zu erläutern. Hierbei soll vor allem sichtbar gemacht werden, wie sehr die konkreten juristischen Regelungen von dem gewählten Wirtschaftssystem abhängig sind. Vergleiche zu den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften in der Bundesrepublik sollen diese Feststellungen verdeutlichen.

Wie allgemein bekannt, pflegt man die Wirtschaftsform der Bundesrepublik als Marktwirtschaft zu bezeichnen, während das Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone als Planwirtschaft charakterisiert wird. Juristisch betrachtet, bedeutet dies, daß das Recht der Bundesrepublik auch auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht von dem gesamten Volk in seiner organisatorischen Zusammenfassung als Staat, sondern von der Einzelperson und ihrer Initiative ausgeht. Die Existenz privater Unternehmer ist unter anderem durch die Garantie des Eigentums und zwar auch an Produktionsmitteln im Bonner Grundgesetz gewährleistet (Art. 14 GG). Umgekehrt gibt es Vorschriften darüber, wie sich die Unternehmer auf dem Markt zu verhalten haben, nur in geringer Zahl, wie zum Beispiel das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (das sog. Kartellgesetz). Aus dem Eigentum an Produktionsmitteln und aus der ebenfalls im GG Art. 12 gewährleisteten persönlichen Freiheit ergibt sich vielmehr auch eine weitgehende Freiheit in der Führung der Unternehmungen und im Verhalten auf dem Markt. Die Garantie der freien Wahl des Berufes im GG gilt nicht nur für die selbständigen Gewerbetreibenden und die freien Berufe, sondern darüber hinaus auch für die Arbeitnehmer. Ebenso erfaßt die aus der persönlichen Freiheit abzuleitende Freiheit beim Abschluß und bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Verträgen alle Bürger.

Demgegenüber ist in der Verfassung der DDR die Planwirtschaft verankert, d. h. man geht dort nicht vom Einzelnen aus, sondern von dem Plan, der von einer zentralen Stelle im Interesse der gesamten Gesellschaft als oberstes Gesetz aufgestellt wird und dann erfüllt oder gar übererfüllt werden soll. Dies bedingt detaillierte Anweisungen der staatlichen Zentrale an die untergeordneten Instanzen und damit – quasi naturnotwendig – ein Zurücktreten der Freiheit des Einzelnen und dessen Einordnung in die Notwendigkeiten der Planerfüllung. Durch die Sozialisierung in der besonderen Form, wie sie im Ostblock durchgeführt worden ist, wird ferner der Staat praktisch zum alleinigen Arbeitgeber, ein privates Unternehmertum wird immer mehr ausgeschlossen. Auch die Befugnisse, die dem Staat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber zustehen, werden selbstverständlich für die Planerfüllung nutzbar gemacht.

Die Führung eines Staates mag nun noch weitgehend frei entscheiden können, zu welchen der beiden Systeme sie sich bekennen will. Hat sie aber erst einmal die Grundentscheidung getroffen, dann ist eine Reihe von weiteren Schritten mehr oder minder zwangsläufig vorgezeichnet. Zu den Gebieten, die durch die getroffene Entscheidung für die Markt- oder für die Planwirtschaft, für ein freies, privates Unternehmertum oder für den Staat als alleinigen Arbeitgeber weitestgehend charakterisiert werden, gehört auch und gerade das Arbeitsrecht. Das vor wenigen Monaten in der SBZ in Kraft getretene neue Arbeitsgesetzbuch (vom 12. 4. 61 – GBl II S. 27) liefert uns daher ein gutes Anschauungsmaterial dafür, wie das Arbeitsrecht in einer planwirtschaftlichen Ordnung aussieht. Dies gilt umso mehr, als dieses Arbeitsgesetzbuch keine grundlegenden Neuerungen bringt, sondern sich im wesentlichen darauf beschränkt, die seit 1945 unter planwirtschaftlicher Zielsetzung durchgeführte Änderung des früheren Arbeitsrechtes zu registrieren und zu kodifizieren. Da man in der Bundesrepublik in derselben Zeit das frühere nationalsozialistische Arbeitsrecht gerade unter dem umgekehrten Vorzeichen, nämlich mit dem Ziel der Wiederherstellung einer Marktwirtschaft, umgestaltet hat, bieten sich interessante Vergleichsmöglichkeiten.

II. Aufgabe des Arbeitsrechts

Das Arbeitsrecht der Bundesrepublik hat die spezielle Funktion, die Rechtsverhältnisse derjenigen Personen, die unselbständige Arbeit verrichten, zu regeln. Jede freiheitliche Rechtsordnung sieht sich dem Problem gegenübergestellt, den Mißbrauch der Freiheit zu verhindern. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts bedeutet dies, daß die unselbständigen Arbeitnehmer gegen etwaige Übervorteilung und willkürliche Behandlung durch den Arbeitgeber geschützt werden müssen. Diese Gefahr ist hier besonders groß, da der Arbeitnehmer dem Inhaber der Produktionsmittel typischerweise wirtschaftlich unterlegen ist. Um dieses speziellen Schutzbedürfnisses willen ist das Arbeitsrecht als besonderes Rechtsgebiet überhaupt erst geschaffen worden. Es ist das **Arbeitnehmerschutzrecht.**

Auch das Arbeitsrecht in der SBZ hat ähnliche Funktionen. Zwar wird ein besonderes Schutzbedürfnis des Werktätigen gegenüber dem Staat geleugnet, die gesellschaftlichen und die persönlichen Interessen sollen sich im sozialistischen Staat vielmehr decken. Immerhin wird ein Schutz etwa gegen willkürliche Behandlung durch die Betriebsleitungen eingeräumt. Das Arbeitsrecht der Zone erschöpft sich aber bei weitem nicht in solchen Aufgaben. Da die Erfüllung, möglichst sogar die Übererfüllung, des aufgestellten Planes das oberste Ziel aller staatlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit ist, muß sich auch das Arbeitsrecht mit in den Dienst dieser Panerfüllung stellen (§ 1 II AGB). Es hat also neben

den Funktionen, die dem Arbeitsrecht in der Bundesrepublik zukommen, zugleich und vor allem noch die Aufgabe, der Planerfüllung zu dienen, es ist also ein **Planerfüllungsrecht.** Daraus ergeben sich eine ganze Reihe hochbedeutsamer Unterschiede, und zwar sowohl in der grundsätzlichen Linie als auch in den Einzelheiten.

Das Arbeitsrecht der Bundesrepublik wirkt wegen seiner Funktion als Arbeitnehmerschutzrecht in einer die Freiheit des Einzelnen betonenden Ordnung als Einschränkung dieser grundsätzlichen Freiheit. Es hat daher die Tendenz nur dann und nur insoweit einzugreifen, als dies im Interesse des Schutzbedürftigen, also des Arbeitnehmers, erforderlich ist. Soweit ein solches Schutzbedürfnis nicht besteht, überläßt man die Regelung der betreffenden Verhältnisse der freien vertraglichen Abrede der Beteiligten oder der bände. Wir merken dies zum Beispiel daran, daß verschiedene arbeitsrechtliche Gesetze, wie zum Beispiel das Kündigungsschutzgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz bestimmte leitende Angestellte nicht einbeziehen, weil man bei ihnen ein solches Schutzbedürfnis verneint hat. Aber selbst wenn der Gesetzgeber die Schutzbedürftigkeit bejaht, stellt er meist nur gewisse Mindestvoraussetzungen im Interesse und zum Schutze des Arbeitnehmers auf, ohne für diesen günstigere vertragliche Abreden zu verbieten. Solche günstigeren Abreden können sowohl zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer selbst als auch zwischen den Verbänden vereinbart werden. So wird zum Beispiel in den Urlaubsgesetzen der Länder der Bundesrepublik nur ein Mindesturlaub vorgeschrieben, die Gewährung zusätzlichen Urlaubs durch den Arbeitgeber ist nicht verboten. Im Arbeitszeitrecht ist – derselben Tendenz entsprechend – nur eine Höchstarbeitszeit festgelegt. Der Gesetzgeber hat aber nichts dagegen, wenn in Tarifverträgen oder auch im Einzelarbeitsvertrag eine geringere Arbeitszeit vereinbart wird, wie dies ja laufend geschieht.

Genau die gleichen Grundlinien finden wir im modernen Tarifvertragsrecht, wie es heute wieder in der Bundesrepublik gilt. Als man erkannte, daß der einzelne Arbeitnehmer infolge seiner wirtschaftlichen Unterlegenheit dem Arbeitgeber gegenüber in aller Regel nicht in der Lage ist, gerechte und für ihn tragbare Arbeits- und Lohnbedingungen zu erreichen, hat man nicht überall, wo Mißstände vorlagen, mit zwingenden gesetzlichen Vorschriften eingegriffen, sondern hat – nach und nach und nicht ohne heftige Kämpfe – den Zusammenschluß der Arbeitnehmer zu Verbänden zugelassen, die dann mit dem ganzen Gewicht des Verbandes der Arbeitgeberseite gegenübertreten. Sie schließen auf Grund der heute im Tarifvertragsgesetz enthaltenen Ermächtigung für ihre Mitglieder Tarifverträge ab, verwirklichen also den Grundsatz, daß die Rechtsverhältnisse durch freie vertragliche Abreden, unbeeinflußt vom Staat, gestaltet werden, gewissermaßen auf einer höheren Ebene. Daß der Beitritt zu einem solchen Verband freiwillig ist, versteht sich angesichts der freiheitlichen Struktur unserer Wirtschaftsverfassung von selbst. Aber selbst die zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge verbieten nur, daß den erfaßten Arbeitnehmern **weniger** gewährt wird, als im Tarifvertrag vorgesehen. Sie schließen nicht aus, daß ein einzelner Arbeitgeber seiner Belegschaft zusätzliche Leistungen über den Tarifvertrag hinaus zukommen läßt. Dieser legt nur fest, was die Bediensteten als Minimum erhalten müssen.

Ganz anders ist die Situation in der planwirtschaftlich ausgerichteten sowjetischen Besatzungszone. Wollte man hier den einzelnen Betrieben gestatten, die Arbeitsbedingungen einschließlich des Lohnes mit ihren Arbeitnehmern in Verträgen weitestgehend nach eigenem Ermessen zu regeln, oder wollte man den Abschluß von staatlich nicht beeinflußten Tarifverträgen erlauben, müßten sich früher oder später zwangsläufig Widersprüche zwischen dieser Vertragspraxis einerseits und dem Gebot der Planerfüllung andererseits ergeben. Dringend benötigte Arbeitskräfte könnten statt an die Planschwerpunkte in weniger wichtige Betriebe gezogen werden, wo man vielleicht bessere Bedingungen bietet. Wir finden daher in der SBZ zahlreiche zwingende gesetztliche Regeln, die – im Hinblick auf die Planerfordernisse – die Arbeitsbedingungen und die Löhne festsetzen, und die weder ein Abweichen nach unten noch ein solches nach oben gestatten. Als Beispiele seien nur die ostzonalen Vorschriften über den Urlaub (§ 80ff AGB) oder die Arbeitszeit (§ 67ff AGB) angeführt, die im Gegensatz zur Bundesrepublik vorwiegend schlechthin verbindlich sind und andere Vereinbarungen nicht erlauben. Soweit in der Ostzone tarifvertragliche Regelungen bestehen – und dies ist in einem geringeren Ausmaß der Fall als in der Bundesrepublik – gelten auch diese Bestimmungen zwingend für die von ihnen erfaßten Arbeitsverhältnisse, ohne eine Abweichung nach oben oder unten zuzulassen (§ 6 II AGB).

III. Lohn

Besonders eklatant werden diese Unterschiede im Lohnrecht. Das Arbeitsrecht der Bundesrepublik überläßt es den Vertragspartnern bzw. den Verbänden völlig, welches Lohnsystem sie wählen wollen, den Zeitlohn oder eine Form des auf die Leistung des Arbeitnehmers abstellenden Akkordlohns. Es gibt erst recht keine gesetzlichen Vorschriften über die Lohnhöhe. Dies alles ist vielmehr von den Verbänden oder von den Partnern des Arbeitsvertrages zu vereinbaren.

Ganz im Gegensatz hierzu legt das Arbeitsgesetzbuch der DDR fest, daß in aller Regel eine Form des Leistungslohnes gewählt werden soll (§ 43ff AGB), da nur dieser zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und somit zur Erfüllung bzw. Übererfüllung des Planes anreizt. Soweit irgend möglich, sollen daher sogenannte technisch begründete Arbeitsnormen (TAN) in den Betrieben eingeführt und der Planung sowie der Lohnzahlung zugrunde gelegt werden (§ 44 AGB). Interessant ist hierbei folgendes: Bei der Festsetzung der Norm, die für die Lohnberechnung maßgeblich ist, geht man nicht wie bei dem in der Bundesrepublik allgemein üblichen REFA-System von der Leistung aus, die ein durchschnittlicher und eingeübter Arbeiter für eine bestimmte Tätigkeit normalerweise braucht. Die Norm der SBZ soll vielmehr, entsprechend dem sowjetischen Vorbild, höher, nämlich zwischen dieser Durchschnittsleistung und der möglichen Höchstleistung liegen. Man sagt, in dieser Art der Normfestsetzung liege ein erzieherischer Moment, da der Arbeitnehmer auf diese Weise angehalten werde, mehr als bloß den Durchschnitt zu leisten. Wer die so ermittelte Norm noch übererfüllt, erzielt – insbesondere bei beachtlicher Normüberschreitung – eine besonders hohe Steigerung seines Lohnes (man nennt dieses System progressiven Leistungslohn). Diese Tendenzen werden auch durch das sowjetzonale Steuerrecht unterstützt. Der Lohnsteuersatz steigt – ebenso wie in der Bundesrepublik – bis zu einem bestimmten Einkommen progressiv an, fällt von da an aber wieder ab, während er bei uns dann konstant bleibt. (Beispiele: vgl. DAG Nachrichten 1959, Februarheft S. 15) Ein weiteres sehr wirksames Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Interesse der Planerfüllung ist der sogenannte sozialistische Wettbewerb (§ 15 AGB). Dieser ist etwas ganz anderes als der Wettbewerb in der Bundesrepublik. Lezterer ist, so weit er uns hier interessiert, ein Wettkampf zwischen einzelnen Unternehmern um die Gunst des Publikums. Er wird von diesen zwar zu ihrem eigenen Vor-

teil durchgeführt, hat aber volkswirtschaftlich betrachtet, die Funktion, das Publikum möglichst gut und billig zu versorgen. Einen derartigen Wettbewerb kennt die Ostzone nicht, da ja der Staat alle volkseigenen Betriebe selbst trägt, und da die Preise weitestgehend durch Verordnungen festgesetzt werden. Der sogenannte Wettbewerb in den Ostblockländern, also auch in der SBZ, ist demgemäß etwas ganz anderes. Er ist ein Wetteifern zwischen einzelnen Arbeitnehmern oder Arbeitnehmergruppen, aber auch zwischen einzelnen Betrieben, ja sogar zwischen ganzen Wirtschaftszweigen. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, den Konkurrenten bei der Erfüllung der gesetzlichen Planaufgaben zu übertreffen, also im Interesse der Allgemeinheit zur Planerfüllung und Übererfüllung anzureizen. Dem Sieger bzw. der Siegergruppe winken Ehrungen, Auszeichnungen und beträchtliche steuerfreie Geldzuwendungen. Freilich dürfen die Sieger die Geheimnisse des Erfolges nun nicht für sich behalten und sich auf diese Weise vielleicht einen dauernden erheblichen Lohnvorsprung gegenüber allen anderen Arbeitnehmern sichern. Durch die Ehrung und die Geldzuwendungen sind sie gewissermaßen „abgefunden". Die Pflicht zur sog. kameradschaftlichen sozialistischen Zusammenarbeit gebietet nunmehr, daß die „fortgeschrittenen" Arbeitnehmer den „zurückgebliebenen" helfen, d. h. also, die Geheimnisse ihres Erfolges offenbaren und die errungene „Wettbewerbsposition" preisgeben, so daß die „Konkurrenz", wenn man so sagen darf, bald aufholen kann. Ist dies geschehen, dann liegt ein hinreichender Grund vor, von einer Veränderung der Arbeitsbedingungen zu sprechen und die Norm zu ändern, d. h. heraufzusetzen. Man muß dann in Zukunft mehr produzieren, um das gleiche zu verdienen wie bisher. Gerechtfertigt wird dieser Anreiz zur Normerhöhung u. a. damit, daß die Vorteile der erhöhten Arbeitsproduktivität der ganzen Gesellschaft zugute kämen. Da im sozialistischen Staat die Ausbeutung der Arbeitnehmer durch einzelne Arbeitgeber beseitigt sei und da zwischen den gesellschaftlichen Interessen, d. h. den Interessen des Staates, der praktisch der einzige Arbeitgeber ist, und den Interessen des Einzelnen ein Gegensatz nicht bestehe, hätten letzten Endes auch die Werktätigen selbst einen Vorteil von dieser Normerhöhung.

IV. Gewerkschaften

Das Arbeitsrecht der Bundesrepublik baut auf dem Interessengegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf. Zur Wahrung der eigenen Interessen gegenüber dem Gegenspieler schließen sich beide Seiten zu Verbänden zusammen. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik sind daher freie, von den Arbeitgebern und vom Staat unabhängige Zusammenschlüsse. Es gibt daher auch mehrere Gewerkschaftliche Organisationen. Ihr Gegensatz zu den Arbeitsverbänden ist typisch für sie alle; sie können aber auch in Gegensatz zum Staat geraten, wie dies bei Meinungsverschiedenheiten über geplante arbeits- und sozialrechtliche Gesetze immer wieder geschieht.
In der SBZ dagegen betonen die im FDGB zusammengefaßten Gewerkschaften ihre Interessengleichheit mit dem Staat, der durch die Sozialisierung in der dort durchgeführten besonderen Form praktisch alleiniger Arbeitgeber ist. Sie gehen bei ihrer Tätigkeit auch von der auf Erfüllung des gesetzten Planes aufgerichteten Wirtschaft aus und bejahen ferner die politische Vorherrschaft der SED. Ganz folgerichtig weist das Arbeitsgesetzbuch ihnen deshalb nicht nur die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen zu, sondern etwa auch den Kampf um eine hohe Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin und die Bemühung um die Steigerung der Arbeitsproduktivität (§§ 11ff AGB). Organe der Gewerkschaften wirken bei der Ausarbeitung der Pläne mit, Vertreter der Gewerkschaften sind in den Planungsorganen vorhanden. Die Wahrnehmung solcher Arbeitgeberfunktionen, wie wir sagen würden, durch die Gewerkschaften in einem derartigen Ausmaß, insbesondere die Identifikation mit dem Arbeitgeber, mag uns erstaunen. Sie ist aber durch die gänzlich andere Stellung der Gewerkschaften im Staats- und Wirtschaftsgefüge zu erklären und durchaus folgerichtig. Man merkt die weitestgehende Identifizierung zwischen dem Staat und den Gewerkschaften auch darin, daß diese das alleinige Vorschlagsrecht für die Mitglieder der sog. betrieblichen Konfliktskommissionen, eine Art betrieblicher Arbeitsgerichtsbarkeit (§ 143 AGB), und für die Wahl der Richter und Schöffen in den Staatlichen Arbeitsgerichten haben (§ 149). Besonders interessant ist, daß Entscheidungen der betrieblichen Konfliktskommission in bestimmten Fällen nicht vor einem staatlichen Gericht angefochten werden, sondern durch Anrufung der zuständigen gewerkschaftlichen Stelle (§ 145). Diese fungiert also sogar als Richter über die Arbeitnehmer. Auch die Verwaltung der Sozialversicherung (§ 100) und die Kontrolle des Arbeitsschutzes (§ 88 II) durch den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der Zone ist nur aus der besonderen Stellung der Gewerkschaften im Staat zu erklären. In der Bundesrepublik haben wir für solche Aufgaben öffentliche Behörden, wie die AOK, die Berufsgenossenschaften und die staatliche Gewerbeaufsicht, die über den Verbänden stehen....

V. Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Spricht man in der Bundesrepublik von der Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, so denkt man – gleichgültig ob man sich dafür oder dagegen ausspricht – jedenfalls an eine echte Teilhabe von Arbeitnehmervertretern an Entscheidungen der Betriebs- und Unternehmungsleitung. Diese im Betriebsverfassungsgesetz und in den Mitbestimmungsgesetzen geregelte Mitbestimmung soll den Schutz der Arbeitnehmer verstärken und sie aus der Stellung bloßer Befehlsempfänger emporheben und zu Mitarbeitern machen, die in einem gewissen Umfang mitsprache- und mitverantwortungsberechtigt sind. Man motiviert dies damit, daß das Geschehen im Betrieb und im Unternehmen eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse sei und daß alle zu etwaigen Erfolgen des Unternehmens beitragen.
Anders ist die Ausgangslage in der planwirtschaftlich geprägten SBZ. Da die Wirtschaft von der Führung des Staates als oberster Zentrale aus gelenkt wird, ist die Leitung des einzelnen Betriebes Beauftragte dieser Zentrale und ihr verantwortlich, vor allem für die Erfüllung der dem Betrieb gesetzten Planaufgaben. Eine Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft kann daher auch immer nur in diesem Rahmen möglich sein. Um der klaren Verantwortung willen bekennt sich das Arbeitsgesetzbuch zur Einzelleitung der Betriebe (§ 8 AGB) und schließt die Leitung durch ein Kollektiv, in dem auch Belegschaftsvertreter wären, aus. Wenn man in den Ostblockstaaten von Mitbestimmung der Arbeitnehmer spricht, so denkt man vor allem an eine Mitwirkung bei der Erfüllung und Übererfüllung der Pläne. Diese Art der Mitbestimmung hat den Sinn, die Initiative der breiteren Massen für die Erfüllung der Planziele systematisch zu mobilisieren, da sich die komplizierte moderne Wirtschaft durch bloße Befehle nicht gut regieren läßt, sondern einer gewissen Initiative der Belegschaften in den „unteren Ebenen" durchaus bedarf. Natürlich muß diese Initiative auf die von „oben" gesetzten Planziele ausgerichtet werden. Im großen und ganzen hat man daher den Weg beschritten, daß die betrieblichen Angelegenheiten in sehr weitem Umfang mit der Betriebsbelegschaft beraten werden und daß diese Gelegenheit zu Stellungnahmen erhält. Die betrieblichen Entscheidungen werden aber dann doch meist von dem Betriebsleiter in dessen alleiniger Verantwortung gefällt. So werden zwar z. B. die Arbeitsnormen

unter Mitwirkung der Werktätigen ausgearbeitet, jedoch allein vom Betriebsleiter in Kraft gesetzt (§ 44 II und 45 I AGB).
Die bisherigen Ausführungen dürfen aber nicht so verstanden werden, als ob es ein echtes Mitbestimmungsrecht, so wie wir es auffassen, in der SBZ überhaupt nicht gäbe. In einigen, natürlich durch die Bedürfnisse der Planerfüllung charakterisierten und umgrenzten Fällen, ist eine echte Mitentscheidung durch Gewerkschaftsorgane vorhanden. Dabei darf man freilich nie übersehen, daß sich die Gewerkschaften ja mit dem Staat, also mit dem praktisch allein bedeutsamen Arbeitgeber, identifizieren. So entscheiden die Gewerkschaftsorgane etwa mit der bei der Verwendung der Mittel für die Prämiierung hervorragender Leistungen, für kulturelle und soziale Zwecke, bei der Vereinbarung des betrieblichen Arbeitszeitplanes, bei der Aufstellung des Urlaubsplanes usw. Daß die Planerfüllung gerade bei diesen Funktionen eine sehr entscheidende Rolle spielt, bedarf keiner weiteren Betonung....

Über das Thema „Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht" wird demnächst eine ausführliche Abhandlung des Verfassers in der „Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht" (ZHR) erscheinen. Der vorliegende — hier nur auszugsweise abgedruckte — Vortrag stellt einen kleineren, allgemeinverständlich gefaßten Ausschnitt aus dieser Arbeit dar. Die Schriftleitung der ZHR hat sich mit dem teilweisen Abdruck des Vortrages freundlicherweise einverstanden erklärt.

Zeitgemäße Hochschule – eine Illusion?

Auf der Jahresfeier hielt der AStA-Vorsitzende Wonter Mauritz eine Rede, in der er sich mit Problemen der Hochschulreform befaßte. Er stützte sich auf Untersuchungen des Mannheimer Soziologen Hans Anger und ging dabei auf die speziellen Darmstädter Verhältnisse ein Soweit sich seine Rede mit der Hochschulreform befaßt, veröffentlichen wir sie im Wortlaut:
„Obwohl Feiern wie die heutige anscheinend häufig den Nimbus einer allgemeinen Zufriedenheit verbreiten, wozu die stolze Registrierung vieler Erfolge dazukommt, möchte ich doch kritisch den Blick von der Vergangenheit und Gegenwart ausgehend, in die Zukunft lenken.
Es läßt sich nicht leugnen, daß über die Aufgaben und Ziele der Hochschulen und Universitäten sehr auseinanderstrebende Auffassungen unter den Hochschullehrern bestehen, wie es eine im vergangenen Jahr veröffentlichte Untersuchung des Mannheimer Soziologen, Dr. Hans Anger, mit dem Titel: ‚Probleme der Deutschen Universität' gezeigt hat.
Nach der Angerschen Untersuchung gibt es folgenden Aufgabenkatalog:

1. Aufgabe der Hochschule, wissenschaftliche Fachausbildung zu vermitteln,
2. Erziehung zum kritisch-methodischen Denken,
3. gesellschaftliche und politische Aufgaben,
4. menschliche und erzieherische Aufgaben.

Manche Professoren bekennen sich zu mehreren Aufgaben gleichzeitig, manche nur zu jeweils einer.
Je nach den Aufgaben, die die Professoren der Hochschule zumessen, sind sie mit der augenblicklichen Lage zufrieden oder nicht. Manche Professoren und auch manche Studenten stecken ihre Ziele angesichts der Überfüllung zurück, resignieren oder verlangen nur eine personelle und wirtschaftliche Verbesserung der augenblicklichen Lage, wie das der Wissenschaftsrat als sein Ziel bei der Veröffentlichung seiner Empfehlungen im Herbst 1960 erklärt hat.
Daß die Hochschulen in manchen Bereichen anders strukturiert werden müssen, als es heute der Fall ist, scheint vielen Beteiligten, wenn auch nicht allen, bewußt zu sein. Das wurde auch im vergangenen Jahr deutlich, als eine Gruppe von Professoren unserer Hochschule eine schärfere Studienüberwachung durch einen Senatsbeschluß sozusagen gesetzlich verankern wollte. Man repariert mit solchen Maßnahmen leider nur an einzelnen Details. Das ist uns verständlich – es befriedigt uns aber nicht.
Ist denn eine Reform der Hochschulen und Universitäten überhaupt zu erwarten, nachdem sich der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen nicht kompetent dafür erklärte?
Der Soziologe Helmut Schelsky hat im verangenen Jahr in seiner Antrittsrede an der Universität Münster folgendes festgestellt: ‚Eine soziologische Analyse dieser Reform-Versuche (gemeint sind die Reform-Versuche der letzten 150 Jahre), aber auch der ganzen Universitätsgeschichte, würde zeigen, daß das Prinzip der korporativen Selbstverwaltung grundsätzlich zu Negründungen und fundamentalen Reformen der eigenen Institution unfähig ist, weil es seinem Prinzip der Selbstverwaltung nach auf Erhaltung, allenfalls auf verbesserte Funktionalität des Bestehenden gehen muß....
Selbstverwaltungskörper müssen also grundsätzlich von außen reformiert werden.'
Die Theorie Helmut Schelskys soll hier nicht angeführt werden, um alle Befürworter einer grundlegenden Reform in ihrem Tatendrang abzubremsen, sondern um deutlich zu machen, wie das der Wissenschaftsrat schon erkannt hat, daß die staatliche Mitwirkung nicht übersehen werden darf, und daß es besonderer Anstrengung bedarf, innerhalb der Hochschule eine Konzeption zu erarbeiten. Dazu möchte ich am Ende meiner Ausführungen einen bescheidenen Vorschlag machen.
Schelsky weist darauf hin, daß die Reform Wilhelm von Humboldts und des preußischen Kultusministers Becker von außen kamen, von staatlicher Seite.
Ist von dort heute viel zu erwarten? Außer dem vom Bremer Senat in Auftrag gegebenen Gutachten Hans Werner Rothes für eine Hochschule zu Bremen, gibt es wenig von dieser Seite. Das Gutachten Rothes ist eine gute Diskussionsgrundlage, die in einigen Einzelheiten noch ergänzt werden müßte.
Wie verlief die Diskussion um eine Hochschulreform seit 1945? Ich möchte einige markante Zeitpunkte dieser Diskussion, soweit sie mir bekannt sind, kurz benennen:
1948 fand eine Diskussion zwischen deutschen, schweizerischen, englischen Professoren, Vertretern der Kirchen und der Gewerkschaften statt, die ihren Niederschlag in dem sogenannten „blauen Gutachten" fand.
1952 fand die erste Hochschulkonferenz nach dem Kriege in Hinterzarten statt. Dabei waren auch Vertreter der Studenten anwesend. Die traditionellen Aufgaben der Hochschulen wurden nicht mehr in Frage gestellt.
1955 fand bereits die vorläufig letzte große Hochschulkonferenz nach dem Kriege in Bad Honnef statt. Es waren wiederum studentische Vertreter dabei. Die Verwirklichung eines Teiles der dort erarbeiteten Empfehlungen für die staatliche Studentenförderung ist ein kleines Stückchen Hochschulreform.
1960 wurden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates veröffentlicht. Man hatte sich die Aufgabenstellung beschränkt, auch der Personenkreis war beschränkt. Bei den Beratungen der reinen Hochschulfragen waren die Professoren fast

1/564a

echt amerikanischer Blatt-Tabak DM **1.50**

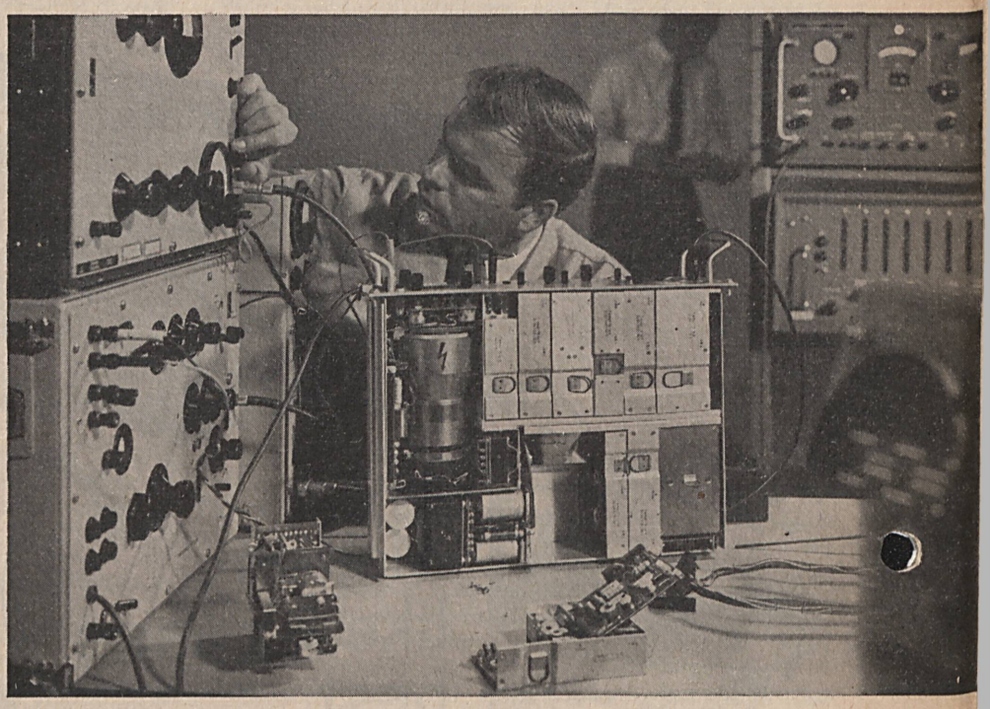
10

Wenn Sie KANSAS weiter empfehlen wollen, erhalten Sie gegen Einsendung dieses Coupons kostenlos 10 farbige KANSAS-Bildpostkarten.

Brinkmann GmbH · Bremen · Postfach 98

SIEMENS

Aus unserer Arbeit: Prüfung unseres neuen Telegrafie-Empfangstastgerätes für Kurzwellen-Funkverbindungen. Das Gerät läßt sich an einen Kurzwellen-Funkempfänger anschließen und nimmt auf der Eingangsseite telegrafische Nachrichten in der Zwischenfrequenzlage 30 kHz oder auch 60 kHz bis 1,4 MHz auf. *)



Hochfrequenztechnik – Ihr Arbeitsgebiet?

Oder gilt Ihr Interesse einem anderen Aufgabenbereich? Im Hause Siemens haben Sie als Ingenieur der Fachrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau oder Feinwerktechnik alle Möglichkeiten.

Forschung oder Entwicklung, Fertigung, Konstruktion, Projektierung oder Vertrieb: vielfältig sind die Aufgaben, interessant die Arbeitsgebiete, entwicklungsfähig die Positionen. Wer die Weiterbildungsmöglichkeiten nutzt, die ihm in unserem Hause offenstehen, wer den Willen hat, auf den Erfahrungen der älteren Mitarbeiter aufzubauen und Überdurchschnittliches zu leisten, wird bei uns vorwärtskommen.

Im Hause Siemens finden Sie eine gesicherte Grundlage für Ihren Beruf, finden Sie alle Voraussetzungen für eine aussichtsreiche und dauerhafte Zukunft. Unsere gesamte Personal- und Sozialpolitik ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Es ist die Atmosphäre eines großen Unternehmens, die Sie umgibt. Und dieses große, weltoffene Haus braucht aufgeschlossene und verläßliche Mitarbeiter.

Denken Sie in Ruhe über unseren Vorschlag nach. Wenn Sie glauben, erfolgreich im Hause Siemens arbeiten zu können, dann schreiben Sie uns zunächst einen kurzen Brief mit Ihren wichtigsten persönlichen Angaben.

Schreiben Sie bitte an das Referat für Technischen Nachwuchs der Siemens & Halske AG, München 2, Wittelsbacher Platz 2 (Nachrichtentechnik), oder an die Abteilung Technisches Bildungswesen der Siemens-Schuckertwerke AG, Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50 (Energietechnik). – Anfragen und Bewerbungen werden auch von unseren Werken und Geschäftsstellen entgegengenommen. – In jedem Fall werden Ihre Fragen und Wünsche sorgfältig geprüft und beantwortet.

SIEMENS & HALSKE AKTIENGESELLSCHAFT
SIEMENS-SCHUCKERTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

*)

Über die Anschlußmöglichkeiten, die grundsätzliche Wirkungsweise sowie die Übertragungseigenschaften unseres neuen, mit Transistoren arbeitenden Gerätes FSE 30 berichtet Ernst Fuchs in der »SIEMENS-ZEITSCHRIFT«, Heft 9, September 1961.
Einen Sonderdruck dieses Beitrages schicken wir Interessenten gern kostenlos zu.

unter sich, zur sachgemäßen Erörterung der finanziellen und personellen Fragen waren auch Staatsbeamte des Bundes und der Länder anwesend, außerdem einige Persönkeiten der Öffentlichkeit.
In dem Abkommen zwischen Bund und Ländern, wodurch der Wissenschaftsrat 1957 gegründet wurde, waren die Studenten als Gesprächspartner nicht vorgesehen.
Heute ist man dabei, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu verwirklichen.
Es ist also festzustellen, daß seit 1945 der Teilnehmerkreis bei Auseinandersetzungen über eine Hochschulreform immer kleiner geworden ist. Außerdem hat man die Thematik immer mehr eingeengt, bis man schließlich so weit gekommen ist, daß allgemein-grundlegende Fragen nicht mehr behandelt werden.
Eine grundlegende Hochschulreform scheint nur noch über die Neugründungen möglich zu sein. Die Städte und Landtage streiten sich um die Festsetzung des Standortes der neuen Hochschulen.
Es sieht so aus, als sei dieser Streit wichtiger geworden als der innere Aufbau der neuen Hochschulen. Man erwartet, daß die Organisationsform der neugegründeten Hochschulen Rückwirkungen auf die bestehenden Hochschulen und Universitäten hat.
Wird das für die Technische Hochschule Darmstadt etwas bedeuten? In Hessen wird angesichts der Zahl der schon bestehenden Hochschulen keine weitere mehr gegründet werden. Deswegen wissen wir nicht, welche Rückwirkungen Neugründungen in anderen Bundesländern in Anbetracht der Kulturhoheit der Länder und der auf Erhaltung bedachten Selbstverwaltungskörper der Hochschulen haben werden. Das aufgezeigte Bild könnte zur Resignation verleiten. Die politische Situation verbietet uns eine solche Haltung.
Professor Pleyer hat in seinem vorausgegangenen Festvortrag ein sehr lebendiges Bild eines Einzelphänomens des kommunistischen Teils Deutschlands gegeben. Dort ist eine Hochschulreform von außen aufgezwungen worden. Deswegen hat sie nach der Schelskyschen Theorie auch tatsächlich stattgefunden. Es kann nicht bezweifelt werden, daß das östliche System gute Maschinenbauer, gute Chemiker usw. ausbildet. Sie sollen auf den Kommunismus ausgerichtet sein (auf ein wissenschaftlich begründetes Programm der Daseinsgestaltung, wie der Kommunismus sich versteht).
Wir müssen unsere Hochschule in die Lage versetzen, fachlich mindestens ebenso gute, nein, noch bessere Maschinenbauer, Chemiker usw. auszubilden, die dabei in eigener Freiheit ihre Verantwortung für die Gesellschaft erkannt haben.
Um dieses Ziel zu erreichen, muß sich die Hochschule bewußt sein, welche Verantwortung sie durch ihre Lehr- und Forschungstätigkeit für die Gesellschaft trägt.
Bei dieser entscheidenden Frage sind die Auffassungen noch viel zu weit auseinander, um eine positive Wirkung auf die Studenten erwarten zu lassen. Es genügt nicht, daß man Vorlesungen an einem Lehrstuhl für politische Wissenschaften besucht, so wie man Vorlesungen über Archäologie hören kann, wenn man gerade für dieses Gebiet Interesse hat. Ich möchte mich damit nicht dafür aussprechen, daß politologische Vorlesungen zu Pflichtvorlesungen erklärt werden, sondern es muß für den Studenten aus dem ganzen Studium heraus deutlich werden, daß dem Gebiet der Politik und ihrer kritischer Durchdenkung eine besondere Wichtigkeit zukommt.
Die Einführung eines neuen Studienfaches der politischen Wissenschaft allein ändert an der Grundhaltung der Akademiker wenig und wird es nicht verhindern, daß sie einer Zeitbotschaft wie dem Hitlerschen Nationalsozialismus zum Opfer fallen.

Nach diesen Bemerkungen über die Ansätze einer Hochschulreform nach 1945 möchte ich nun den Blick speziell auf unsere Darmstädter Hochschule richten:
Im vergangenen Jahr registrierte der Allgemeine Studentenausschuß eine gute Beteiligung von Professoren bei einer Podiumsdiskussion über Fragen der Hochschulreform zwischen Mitgliedern politischer Parteien und Studentenvertretern.
Ob uns diese Tatsache zu der Hoffnung Anlaß geben kann, daß die Technische Hochschule Darmstadt beispielhaft Neuerungen einführt, die dazu geeignet sind, den Lehrbetrieb zu verbessern und neu zu orientieren? Die Chance dazu ist an einer mittelgroßen Hochschule wie Darmstadt vorhanden.
Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß die Studentenschaft die Fachschulenentwicklung der Hochschulen ablehnt.
Magnifizenz, Sie äußerten in Ihrer gestrigen Immatrikulationsrede, daß die Studenten eine mehr schulmäßige Entwicklung begrüßen würden. Ich möchte an dieser Stelle für die Studentenschaft sagen, daß wir das in keinem Fall begrüßen.
Ideen zu einer Neuorientierung des Lehrbetriebes sind uns bei einigen Studenten bekannt. So ist zum Beispiel von Professorenseite der Vorschlag gemacht worden, daß die Vorlesungen, die sich in ihrem Stoffgebiet überlappen, wie Mathematik, Technische Mechanik, Physik, Wärmelehre, Grundlagen der Elektrotechnik besser aufeinander abgestimmt werden müssen, damit Vorwegnahmen und unnötige Wiederholungen wegfallen.
Weiterhin haben Professoren unserer Hochschule vorgeschlagen, neue Vorlesungen über die Fakulitätsgrenzen hinweg einzurichten, die spezielle Probleme der allgemeinen Grundlagenfächer Mathematik, Physik, Mechanik herausgreifen, deren vertiefte Behandlung von den Fakultätsgrenzen unabhängig ist.
Wir wissen, daß eine Reihe unserer Professoren Mitglied in den verschiedensten Gremien auf Landes- und Bundesebene sind und dort diskutable Vorschläge gemacht haben. Studenten unserer Hochschule haben sich Gedanken darüber gemacht, wie man durch die verstärkte Arbeit in kleinen Gruppen und durch den Einsatz von Tutoren das Lernen der Grundlagen wirksamer gestalten kann. Studenten haben bei den Professoren angeregt, durch die vermehrte Herausgabe von Umdrucken den Studenten einen Teil der Schreibarbeit abzunehmen.
Man ist sich in Studentenkreisen einig, daß dem Studenten mehr Zeit zum selbständigen Lernen eingeräumt werden muß. Es lassen sich noch viele weitere Vorschläge nennen, zu deren Verwirklichung es keiner großen zusätzlichen finanziellen Mittel bedarf. Selbst wenn zusätzliche finanzielle Mittel für solche Verbesserungen nötig sind, scheinen mir auf diesem Gebiet nicht die Hauptschwierigkeiten zu liegen. Kleine Reformansätze sind also bei den einzelnen Fakultäten vorhanden. Werden die Angesprochenen, von denen die genannten Vorschläge stammen, die Initiative und die Zeit aufbringen, über die Grenzen der Fakultäten hinweg zu einem Gespräch zu kommen? Zu einem Gespräch auch über die grundlegenden Fragen, die den Rahmen der eben genannten kleinen Anregungen überschreiten?
Wir wünschen uns von Ihnen, Magnifizenz, daß Sie den Anstoß zu einem verstärkten Meinungsaustausch zwischen Professoren und Studenten über die Pläne einer Hochschulreform im kleinen und im großen geben. Eine gemischte Kommission aus Vertretern der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten, die im Auftrag des Rektors arbeitet, könnte es vermeiden, daß alle die genannten, bekannten und noch unbekannten Ideen und Anregungen verloren gehen und in der Unbarmherzigkeit des täglichen Massenbetriebes aufgerieben werden."

SDS: „Hochschule in der Demokratie" (I)

Der Akademische Obrigkeits-Teilstaat

Arbeitsorganisation und Herrschaftformen der Hochschule

Die Denkschrift „Hochschule in der Demokratie", die der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) im Oktober veröffentlichte, ist die umfassendste qualitative Analyse des Wissenschaftsbetriebes, die — nicht nur seitens der Studentenschaft — bisher vorgelegt wurde. Sie übertrifft in der Sorgfältigkeit der Untersuchung der bestehenden Hochschulwirklichkeit und in der Rationalität der daraus entwickelten Konzeptionen zur strukturellen Reform der wissenschaftlichen Hochschulen wohl alle von Einzelnen oder interessierten Gruppen in den letzten Jahren erstellten Reformpläne. Die SDS-Denkschrift liefert zwar weder ein Patentrezept zur Liquidation der permanenten Hochschulkrise, noch ist sie frei von Fehlern oder utopischen Forderungen; aber sie ist an keiner Stelle fälschend in der Darstellung oder illusionär in ihren Thesen. Sie belegt selbst tatsächlich das, was sie als „Ziel aufklärerischer Wissenschaft überhaupt" versteht: „Kritische Rationalität im Dienst des Menschen."

„Mit diesem Beitrag will der SDS aber nicht nur in die neu entfachte Diskussion um die zukünftige Hochschulverfassung eingreifen", schrieb der (ehemalige) SDS-Bundesvorsitzende Michael Schumann im Vorwort, „sondern auch auf die Gefahren hinweisen, die in der Wirklichkeit der heutigen Hochschulen sichtbar werden."

Die Qualität der Denkschrift und ihr Umfang lassen nur eine ausschnittsweise Diskussion zu, die wir in dieser Ausgabe mit den Kapiteln über die Arbeitsformen und Herrschaftsstrukturen der Hochschule beginnen, und die wir in den nächsten Ausgaben mit den Kapiteln über die Thesen zur Demokratisierung der Hochschule, die soziale Lage der Studentenschaft, die Studienformen, die akademische Freiheit in der sozialen Demokratie und über das Verhältnis von Hochschule, Staat und Gesellschaft fortsetzen wollen.

1. Die Arbeitsformen in Forschung und Lehre

Universalität und Spezialisierung

„Die ‚Industrialisierung' der Hochschule, ihre Verwandlung in eine administrative Einheit von zahlreichen Forschungs- und Ausbildungsbetrieben war zwangsläufig und ist irreversibel. Dieser Prozeß, der noch nicht völlig abgeschlossen ist, wird ständig weitergetrieben a) durch den Bedarf von Industrie und Technik an der Verwendung und Anwendung aller nur erreichbaren neuen Forschungsergebnisse der technologischen und naturwissenschaftlichen Betriebe, deren Anwachsen wiederum die geisteswissenschaftlichen Institute in ihrer Funktion als Hilfs- und Ergänzungseinrichtung für die Naturwissenschaften verstärkt, b) durch den Massenbedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften für immer weitere Bereiche des Berufslebens."

Die Auffächerung der Hochschul-Gesamtheit in eine Vielzahl von Einzelbetrieben verlangt jedoch, unbedingt an dem Prinzip festzuhalten, möglichst alle wissenschaftlichen Disziplinen in einer Voll-Universität zusammenzufassen. Die allerdings nicht auf Grund der idealistischen Konzeption von einer „Einheit der Wissenschaften", sondern aus der Erkenntnis heraus, daß der praktische wissenschaftliche Arbeitsvollzug in immer stärker spezialisierten Objektgebieten die Kooperation verschiedener Disziplinen sowohl als auch der Institute der verschiedensten Forschungsgebiete verlangt.

Nicht nur hat die Entstehung der Disziplinen, die sich mit Grenzgebieten befassen, d. h. deren Forschungsobjekte zwischen den traditionellen Fakultäten und deren Fachrichtungen liegen, diesen Zwang zur „vollständigen" wissenschaftlichen Hochschule dokumentiert, sondern auch der zukünftige Bedarf an weiteren speziellen Ausbildungswegen – wie Medizinische Technik, Verkehrs- und Kommunalwissenschaften – zwingt zur organisatorischen Bereitstellung so vieler Kombinationsmöglichkeiten in Studium und Forschung, wie sie nur durch die Zusammenfassung nicht nur der geistes- und naturwissenschaftlichen Fächer, sondern auch der technischen geleistet werden kann.

Gliederung der Hochschule

Die traditionellen Fakultäten sind aus der Notwendigkeit der Arbeitsteilung bei der Lösung und Koordination von Verwaltungsaufgaben und wissenschaftlichen Aufgaben gleichermaßen hervorgegangen. Die Arbeitsweise der kollegialen Zusammenarbeit und des persönlichen Kontakts läßt sich jedoch von einer bestimmten Größe und Mitgliederzahl an, wie sie heute bei den meisten Fakultäten schon weit überschritten ist, nicht mehr aufrechterhalten. Aus den übergroßen Kollegien von Ordinarien verlagerten sich deshalb wichtige Aufgaben unkontrolliert an andere Instanzen. Nur zu oft wird die Koordination der Forschungsaufgaben der Institute dadurch unmöglich, daß ein Institutsdirektor beispielsweise die Arbeit seines Instituts für Jahre an Dienststellen oder Unternehmen vertraglich gebunden hat. Die Entscheidung über die Forschung auf einem Gebiet richtet sich infolgedessen nicht mehr nach den kollegial gefaßten Beschlüssen der gesamten Fakultät, sondern nach den verbliebenen Möglichkeiten, die die äußeren Bindungen den einzelnen Forschungsstätten noch lassen.

Deshalb müssen, um die Bestimmung durch außerwissenschaftliche Faktoren zu unterbinden, wichtige Aufgaben nach unten, an überschaubare und engere Selbstverwaltungs- und Arbeitseinheiten delegiert werden, während die Verwaltungsaufgaben nach dem Muster des akademischen Senats von repräsentativen Gremien aus Vertretern der Fachinstitute und -Kollegien wahrgenommen werden. „Die verschiedenen Fachrichtungen innerhalb halb einer Fakultät könnten je nach organisatorischer Zweckmäßigkeit in der Form fester größerer Fachinstitute oder als lockere Zusammenfassung mehrerer kleinerer Institute und Seminare zu Abteilungen der Fakultät etabliert werden. Die Fachinstitute oder ‚Fakultätsabteilungen' würden dann die grundlegenden Selbstverwaltungseinheiten der Universität bilden", heißt es in der SDS-Denkschrift.

Die gegenwärtige Fakultätsgliederung entstand jedoch nicht aus der Orientierung an den möglichen Gegenständen wissenschaftlicher Arbeit, „sondern hat ihren Ursprung einerseits in der Wissenschaftsgeschichte, in der ‚Auffächerung' der klassischen Fakultäten der mittelalterlichen Universität, andererseits in der Entstehung und Spezialisierung der traditionellen und bürgerlichen Berufe. . . . Die er-

starrte Gliederung der Hochschulen führt jedoch nicht nur zum Verlust der Totalität des Objekts (durch speziell-fachwissenschaftliche „Aspekt-Betrachtung") und damit zur mangelnden Vollständigkeit und Gültigkeit von Forschungsergebnissen, sondern sie behindert auch die Lösung gesellschaftlich bedeutender Planungsaufgaben, die nur auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen kann, sowie die zweckmäßige Ausbildung von wissenschaftlich qualifizierten Fachleuten, die an der Lösung solcher Planungsobjekte mitarbeiten müssen."
Als Ergänzung der gegenwärtigen organisatorischen Gliederung empfiehlt die Denkschrift darum: „Es müssen in verstärktem Maße objektbezogene wissenschaftliche Institute gegründet werden, die die traditionelle Fakultäts- und Fächereinteilung in ihrem Bereich durchbrechen." „Solche ... objektbezogenen Forschungs- und Ausbildungsstätten werden aber nur in dem Maß methodologisch korrekt und erfolgreich arbeiten können, als ihre integrierende und koordinierende Funktion deutlich bleibt, und nicht aus technisch-organisatorischen Lösungen heraus ein sachfremder Anspruch auf Konstituierung eines neuen ‚Faches' erhoben werden, um eine bestimmte einseitig fachlich orientierte Konzeption durchzusetzen." (Wie z. T. in den Instituten für Publizistik.)

Organisationsformen von Forschung und Lehre

In dem Maße wie die alte, idealistische Einheit von Forschung und Lehre nach Art des einzeln und selbstverantwortlich arbeitenden Wissenschaftlers, der durch die Darstellung seiner eigenen Arbeitsgegenstände gleichzeitig auch die Studenten in die Grundlagen und Denkweisen seines Fachs einführt, sich nicht mehr realisieren läßt, muß die auf praktische Notwendigkeit begründete Arbeitsweise der Einheit von Forschung und Lehre durch neue Formen sowohl des wissenschaftlichen Zusammen-Arbeitens als auch der gemeinsamen lehrenden Vermittlung institutionalisiert werden. Für Forscher und Lehrer bieten sich dazu folgende Organisationsformen als jeweils günstigste:

1. Das Kollegium als Koordinationszentrum der wissenschaftlichen Arbeit des Lehrkörpers, dem alle Lehrkräfte eines Faches oder eines Instituts angehören, und das zu regelmäßigen Arbeitssitzungen zusammentritt, die nicht nur der laufenden gegenseitigen Information und Diskussion dienen sollen, sondern auch der Planung und Korrektur der Lehrpläne im individuellen Interesse des Einzelnen und nach dem Erfordernis einer sinnvollen Ausbildung der Studenten.

2. Forschungsgruppen, in denen „an die Stelle der isolierten Arbeit der Professoren, die Aufträge an die abhängigen Assistenten und Hilfskräfte erteilen, ... von Fall zu Fall die freie Zusammenarbeit von Assistenten und älteren Studenten (tritt), die sich zur Bearbeitung einer begrenzten Aufgabe ... zusammenfinden."

3. Studienprogramme, in denen begrenzte, für das gesamte Studium methodologisch und stofflich exemplarische Themen von mehreren Dozenten – vor allem auch nicht nur eines Faches oder Instituts – beispielsweise direkt in Parallelveranstaltungen behandelt werden.

4. Die Vorlesung, deren „Sinn und Aufgabe ... nicht darin bestehen (kann), nur Wissensstoff in Form des neuesten Handbuchs zu vermitteln. In der Vorlesung muß das vorgetragene Objekt umrissen und die bestimmte Methode des Dozenten als Zugang zum Objekt in kritischer Auseinandersetzung mit anderen Lehrmeinungen verdeutlicht werden." Dazu sind nicht nur Umdrucke mit Hinweisen auf das zugrundeliegende Material und Beispielen daraus vonnöten, sowie eine ausreichende Menge an zugänglicher Literatur in den Bibliotheken, sondern auch regelmäßige Colloquien zur Vorlesung.

5. Das Seminar ist trotz der hohen Teilnehmerzahlen in vielen Fächern immer noch das Zentrum selbständiger Arbeit für die Studenten. Doch die veraltete Form der Seminararbeit macht die Überfüllung noch unerträglicher, indem fehlende Planung, mangelnde Vorbereitung der Studenten durch den Dozenten und die Verlesung langer Referate ohne ausreichende Diskussionsmöglichkeiten das Maß eigener Arbeit für den Studenten noch mehr vermindern. Das „in den traditionell verwalteten Formen abgehaltene Seminar", das in Wirklichkeit „fertig bearbeitete Denkresultate und autoritative Feststellungen (Referate von Studenten und Monologe des Professors)" präsentiert, muß durch organisatorische und wissenschaftliche Neugestaltung wieder die Erarbeitung von Erkenntnisprozessen leisten. Seitens des Seminarleiters ist hierzu vor allem die Wahl des Seminarthemas wichtig und erforderlich, auf dessen „Klärung hin (das Seminar) angelegt ist, und (dessen) Notwendigkeit und Sinn den Studenten einsichtig ist."

2. Die Oligarchie der privilegierten Ordinarien

Verfassungswirklichkeit und Ideologie

Den gegenwärtigen Arbeitsformen von Lehre und Forschung, die von den rationalen Möglichkeiten ersichtlich differieren, unterliegen die Produktionsverhältnisse der Wissenschaft, deren Ableitung sie ja sind, und die auch durch sie aufrecht erhalten werden sollen. „Die durch die Erkenntnisse der neuzeitlichen Wissenschaft mitausgelöste, in einer günstigen historischen Konstellation gezündete explosionsartige Entfesselung der Produktivkräfte mußte auch die Produktionsverhältnisse der Wissenschaft selbst, die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Wissenschaftler in der Hochschule, tiefgreifend umformen." Parallel mit der gesellschaftlichen Entwicklung, in der der Arbeiter von Besitz und Verfügungsgewalt seiner Produktionsmitteln getrennt wurde, vollzog sich die Trennung des Wissenschaftlers von seinen Arbeitsmitteln. Wurde die reine und angewandte Forschung zur Grundlage der industriellen Entwicklung, so wurden die immer umfangreicheren Forschungs- und Betriebsmittel, technische Erzeugnisse eben dieser Industrie, zur Bedingung des weiteren wissenschaftlichen Fortschritts. Wenn dies auch in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern am deutlichsten zu Tage tritt, so ist es doch keineswegs auf diese beschränkt, sondern erfaßt immer mehr auch die geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Gleichzeitig wurde die Wissenschaft „vom Medium ‚spielerischer Muße' und philosophischer Spekulation zur ‚Substanz des praktischen Handelns selbst' (Schelsky), das Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis zur ‚Wissenschaft als Beruf', zum Beruf allerdings in einer kapitalistischen Industriegesellschaft und geprägt von deren Arbeitsverhältnissen."
Dazu zitiert die Denkschrift Max Weber (in „Wissenschaft als Beruf", 1919): „Die großen Institute ... sind ‚staatskapitalistische' Unternehmungen. Sie können nicht verwaltet werden ohne Betriebsmittel größten Umfangs. Und es tritt da der gleiche Umstand ein wie überall, wo der kapitalistische Betrieb einsetzt: die ‚Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln". Der Arbeiter, der Assistent also, ist angewiesen auf die Arbeitsmittel, die

vom Staat zur Verfügung gestellt werden; er ist infolgedessen vom Institutsdirektor ebenso abhängig wie ein Angestellter in einer Fabrik."
Aber nicht nur die Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Institutsdirektor, sondern – wenn auch in gewandelter und gemilderter Form – ebenso die Studenten, die sich als Anstaltsbenutzer dem Hausrecht und der Institutsdisziplin unterwerfen müssen. Darüberhinaus bestimmt der Institutsdirektor den Lehrplan, die Zwischenprüfungen und die Examensbedingungen, er verfügt über die Arbeitsplätze der Studenten und ihre Zulassung zu seinen Seminaren, und er hat schließlich noch einen entscheidenden Einfluß bei der Vergabe von Stipendien; alles in allem sind also auch die Studenten im Studiengang und seinen Bedingungen und in der wirtschaftlichen Existenzgrundlage vom Institutsdirektor durchaus abhängig.
Diese Gewalt des Institutsdirektors und Ordinarius erklärt sich nur zum Teil aus den Rudimenten der mittelalterlich-ständischen Zunftverfassung der Universität. Diese „universitas doctorum, magistrorum et scholarium" hatten echten genossenschaftlichen Charakter. Mit der Industrialisierung der Wissenschaft jedoch erhielt eines dieser ursprünglich unabhängigen genossenschaftlichen Gebilde, die Professorenschaft mit ihren Organen – Fakultäten, Dekane, Senat und Rektor –, eine völlig andere soziale Funktion, indem es zum Herrscher über die wissenschaftlichen ‚Produktionsmittel' wurde gegenüber den von diesen abhängigen Wissenschaftlern und Studenten. „So wie der Lehrstuhlbesitzer über sein Institut verfügt, so haben die Universitätsorgane der Professorenschaft die Gesamthochschule in ihrem Besitz. Der Hochschulzweck wird zum Privatzweck, zu einem ‚Machen von Karrieren' (Marx)". Und danach zitiert die Denkschrift die Rede Prof. E. Baumgartens vor dem Hochschulverband im Juli 1960: „Der Besitz dieser einmal gewonnenen Monopolstellungen (des Ordinariats) aber wird von ihren Inhabern verteidigt mit allen Mitteln unter der Sonne: Religion, Moral, Legenden, Fiktionen."
Doch die Herrschaftsgewalt der kollegialen Organe der Professorenschaft wird durch den „Partikularismus der Institutsdirektoren" ausgehöhlt, deren Position durch die traditionelle Hochschulverfassung nicht erfaßt ist, und die mit ihrer Verfügungsgewalt über große Personen- und Sachetats die akademischen Organe mehr oder minder deutlich und unkontrolliert überspielen. „Daher bestehen die Hauptfunktionen der akademischen Organe der Professorenschaft nicht in der Verwaltung des eigentlichen Wissenschaftsbetriebes – das bleibt den Institutsdirektoren überlassen –, oder in der Planung und Koordinierung der Forschung – das verhindert meist die selbstherrliche Art der Lehrstuhlbesitzer –, sondern in mehr äußerlichen Zwecken.... Die akademische Selbstverwaltung ist gegenwärtig: a) ein Mechanismus, der die äußere Organisation und Koordinierung der Lehrveranstaltungen in den Fakultäten regeln soll; b) eine Karriere-Institution, die ‚in geheimen' Sitzungen über die wissenschaftliche Laufbahn des wissenschaftlichen Nachwuchses entscheidet; c) eine Prüfungsbehörde; d) das Aufsichtsorgan der Studentenschaft; e) Vertretung der Ordinarien gegenüber den Assistenten und Angestellten."

Genossenschaft ohne Genossen

Der Anspruch auf Autonomie des Hochschulbetriebs, der sich heute angesichts der autoritären Verfassungswirklichkeit tatsächlich als reiner Interessenanspruch zur Wahrung bestimmter Privilegien erweist, weil dem jede Entsprechung innerhalb unserer gegenwärtigen – formalen – Gesellschaftsordnung fehlt, hatte jedoch historisch einen realen geistigen und politischen Sinn – wenn dieser auch niemals realisiert wurde.

„Während Humboldt und Fichte die akademische Freiheit der Professoren und Studenten nur als rein geistige, aber um so absolutere, völlig staatsfremde Freiheit in einem privilegierten Raum der ‚Einsamkeit und Muße' verstanden wissen wollten, der vom Staat – faktisch von dem in Preußen ausgebildeten Obrigkeitsstaat – institutionell in Form einer Staatsanstalt schützend umschlossen und von einer konzipierten vorbildlichen Unterrichtsverwaltung gepflegt werden sollte, ging es Schleiermacher... von vornherein darum, unter Aufnahme alter korporativer Traditionen die Universität in der Art eines wissenschaftlichen Vereins, einer Gelehrtenkorporation zum Bollwerk der akademischen Freiheitsrechte g e g e n den Staat, im Rahmen einer bürgerlichen Gesellschaft, auszubauen."

Der aus diesen Konzeptionen resultierende Kompromiß blieb im Sinne beider Seiten praktisch immer arbeitsunfähig, denn nicht nur stand der „akademischen Bürgerschaft" keine politisch emanzipierte bürgerliche Gesellschaft als Lebensraum zur Verfügung, sondern der preußische Obrigkeitsstaat sublimierte sich auch nicht zum Humboldt'schen weltoffenen „Kulturstaat", er wuchs sich im Gegenteil zum nationalen Machtstaat aus. Und „Akademische Freiheit" wurde zum „unpolitischen" Privileg für „zünftige" Wissenschaft, das an die Oligarchie der Ordinariate vergeben wurde.

Einzig die bürgerliche Revolutionsbewegung von 1848 brachte einen neuen Anspruch und eine neue Konzeption der akademischen Freiheit. Gegen das Privilegdenken der Zunftoligarchien wurde die Idee der Freiheit von Forschung und Lehre als Bestandteil der allgemeinen, bürgerlichen Freiheitsrechte gesetzt. Als privatrechtlich-besitzend orientiertes Unabhängigkeitsstreben hob diese Idee auch die Funktion des Schutzes der akademischen Freiheitsrechte durch die akademische Selbstverwaltung gegen die Übergriffe der obrigkeitsstaatlichen Bürokratie hervor. „Aber ebenso wie die Revolution blieb auch die Hochschulreformbewegung von 1848/49 eine Episode. Mit dem Gesinnungswandel der Professorenschaft von den liberalen Idealen von 1848 zur Betonung des ‚Nationalen' im Sinne des Reiches von 1871 vollzog sich auch die Entleerung der akademischen Selbstverwaltungsform zum rein technischen Verwaltungsinstrument des anwachsenden Universitätsbetriebs einerseits und zur repräsentativen Dekoration der Universitäten des Reiches andererseits."
Die bis zum „Dritten Reich" historisch immer wiederkehrende Beschwörung des genossenschaftlichen Charakters der Hochschule bezieht sich jedoch immer – auch und erst recht in der Weimarer Republik – auf eine „geistige" Gemeinsamkeit, keineswegs auf eine faktische Mitbestimmung der ab-

Bevor Sie kaufen, schenken und überraschen wollen
denken Sie daran, daß einige 100 Photo-, Filmkameras und Projektoren für Sie bereitstehen. Erstklassig geschultes Personal möchte Sie nach Ihren Wünschen beraten. 1 Jahr schriftliche Garantie, Umtauschrecht.
1/5 Anzahlung und 10 Monatsraten
PHOTO-HAUSCHILDT,
Darmstadt, Ludwigstraße 9

Man spricht über Ihre gute Wahl
wenn Sie mit einem Photogeschenk überraschen, sei es eine Photo- oder Schmalfilmkamera, Projektor oder irgendein Photo-Zubehör, stets erfreuen Sie den Photoamateur.
1 Jahr schriftliche Garantie, Umtauschrecht. 1/5 Anzahlung und 10 Monatsraten.
PHOTO-HAUSCHILDT,
Darmstadt, Ludwigstraße 9

hängigen Studenten und Assistenten. Die grundsätzliche Gleichberechtigung aller „akademischer Bürger" bietet nach außen die Möglichkeit, Autonomie zu beanspruchen, das soziale Gebilde der Universität indessen im Innern in rein zünftlerischer Manier nach Maßgabe autoritär bestimmbarer Qualifikationen in Gruppen von Lehrlingen, Gesellen und Meistern zu differenzieren.

„Die Stellung der Nichtordinarien und Studenten in der Universität gleicht daher durchaus der unmündigen Stellung von Untertanen in einem Obrigkeitsstaat."

Auch die rein formale volle Mitgliedschaft von ein oder zwei studentischen Vertretern in den akademischen Gremien ist mit der autoritären oligarchischen Struktur der gegenwärtigen Hochschulverfassung durchaus vereinbar, weil – wie es nach dem 2. Weltkrieg die Beispiele an mehreren westdeutschen und Berliner Hochschulen zeigten – die Oligarchie der Ordinarien in ihrer Vorherrschaft unangetastet bleibt. (Wobei allerdings die oft fruchtbare, gemeinsame Beratung, um die es sich bei dieser sogenannten Mitbestimmung in Wirklichkeit handelt, nicht unterschätzt werden sollte.)

Staatliche Herrschaftsfunktionen

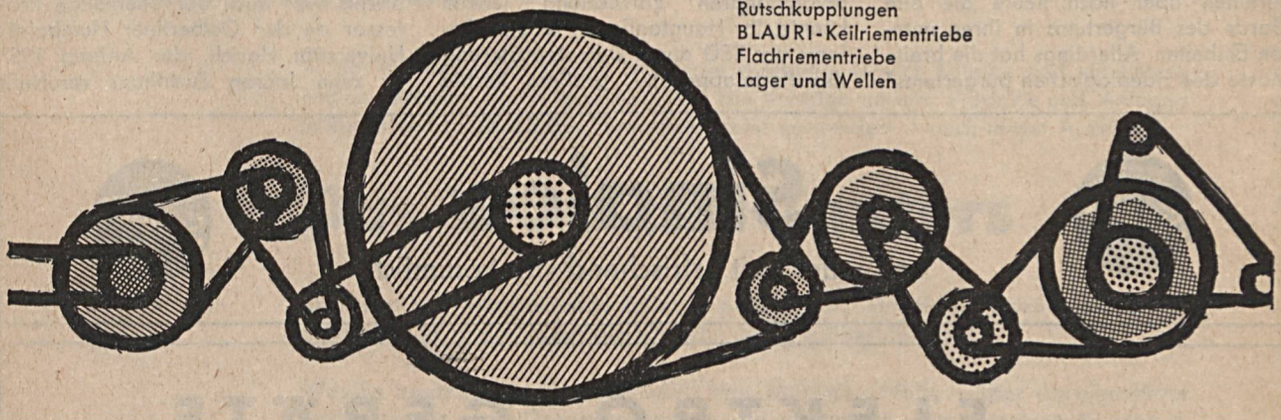
„Als gesellschaftliches Herrschaftsinstrument, dem die wissenschaftlichen ‚Arbeitnehmer' und die Studenten unterstehen, ist die akademische Selbstverwaltung in der bürgerlichen Klassengesellschaft ein Teil der Staatsgewalt."

Der Lehrstuhlinhaber ist Beamter auf Lebenszeit. Er erlangt durch die Verfügungsgewalt über staatliches Kapital einerseits Anteil an der Staatsgewalt, unterliegt jedoch andererseits – als „Staatsdiener", der sich nach den obrigkeitsstaatlichen Verfassungsrechtstheorien verhalten muß, die immer noch vorherrschen – besonderen Treueverpflichtungen und darf einen Teil seiner Grundrechte nicht ausüben. Vor dem Hintergrund dieser äußeren autoritären Bindung durch die oberste Kontrolle über die ‚Produktionsmittel' der Hochschule erweist sich deren innere Herrschaftsstruktur nicht nur selbst als autoritäre Oligarchie, sondern auch letzten Endes sogar als nicht autonome Oligarchie. Deshalb ist auch die Macht des Institutsdirektors nur abgeleitete, delegierte Macht der „Obrigkeit". „In seiner Stellung als Institutsleiter spielt er nur eine eingebildete Kapitalistenrolle, denn nach dem immer noch vorherrschenden obrigkeitsstaatlichen Stil der Staatsverwaltung kann der Institutsdirektor staatlichen Weisungen unterworfen werden. Durch die gegenwärtige Form der staatlichen Finanzierung der Hochschulen wird er auch von zahlreichen Dienststellen der staatlichen Bürokratie abhängig, die auf dem Wege über die Mittelbewilligung für zahlreiche spezielle Bedürfnisse auch Forschung und Lehre beeinflussen."

Schließlich dient auch die Aufsichtsfunktion über die Studentenschaft dazu, der akademischen Selbstverwaltung die Rolle eines staatlichen Herrschaftsinstruments zu übertragen. „Indem die akademischen Organe die freie politische Bestätigung und Opposition der ökonomisch abhängigen und politisch bevormundeten Studenten und Assistenten einschränken, indem sie eine Zensur über die Studentenpresse ausüben, politische Veranstaltungen nach Belieben untersagen, machen sie sich selbst zum Instrument des Staatsapparates." hc

(Wird fortgesetzt)

Stirnradgetriebe
RONTOX-Aufsteckgetriebe
MOTOX-Flanschmotorgetriebe
Kegelradgetriebe
Kegelstirnradgetriebe
CAVEX-Schneckengetriebe
CAVEX-Schneckenradsätze
HYVARI-Getriebe und VARIATOREN
Elastische EUPEX- und RUPEX-Kupplungen
ZAPEX-Zahnkupplungen
ALMAR- und RELA-Schaltkupplungen
AMOLIX-Anlaufkupplungen
Rutschkupplungen
BLAURI-Keilriementriebe
Flachriementriebe
Lager und Wellen



Wir schicken gern Kataloge und
Prospekte mit Berechnungsbeispielen
als Arbeitsunterlagen
für das Studium.

FLENDER · BOCHOLT

Opposition in Mitteldeutschland

Fast täglich erscheinen in unserer Presse Meldungen über Kritik und Selbstkritik in der Sowjetzone, die die Vermutung erlauben, daß es eine Opposition gegen das herrschende Regime Ulbricht gibt. Sie setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen und hat keineswegs als Ziel allein die westliche Demokratie vor Augen. Es vermischen sich westliche Einflüsse mit Tendenzen, die aus den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ideologischen Widersprüchen des stalinistischen Systems selbst erwachsen.

Das Bürgertum

Die Reste des Bürgertums, die Bauern und auch ein Teil der Arbeiterschaft streben für die Sowjetzone die wirtschaftliche und politische Struktur der Bundesrepublik an, die Reprivatisierung der volkseigenen Betriebe und ein parlamentarisch-demokratisches System. Diesen Gruppierungen fehlt jeglicher politischer Einfluß. Als Stützen dieses Bürgertum bekämpft die SED hauptsächlich die christlichen Kirchen, die sie durch öffentlichen und staatlichen Druck zu spalten sucht.
Zum Bürgertum der Sowjetzone zählt nicht nur die kleine Gruppe, die durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung dazu gehört, sondern auch eine zweite größere Gruppe von Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen, die in ihrem Denken von einer „bürgerlichen Ideologie" bestimmt werden. Die nach 1945 aus bürgerlicher Initiative entstandenen Parteien CDU und LDP, die anfänglich relativ selbständig waren, wurden 1948 gleichgeschaltet, vereinen aber noch heute die alte Garde des Bürgertums in ihren unteren Einheiten. Allerdings hat die breite Masse des „ideologischen Bürgertums" keine Organisation und keine klare Vorstellung; so beschränkt sie sich auf Kritik am herrschenden System.

Regime und Arbeiterschaft

Der materiell wirksamste und für das System gefährlichste Widerstand geht von der Arbeiterschaft aus. Der Schwerpunkt ihrer Auseinandersetzung mit der stalinistischen Demokratie liegt auf dem innerbetrieblichen Sektor, im Kampf um die gerechte Verteilung der Prämien, gegen die Herabsetzung der Löhne nach Einführung der 45-Stundenwoche, gegen Normerhöhungen und für höhere soziale und betriebliche Leistungen. Ein politisch bewußter militanter Kern erstrebt die Einführung von Arbeiterräten, für die SED deshalb eine Gefahr, weil ihre Einführung mit der Entmachtung der Bürokratie identisch wäre. Der Widerstand der Arbeiter hat in erster Linie wirtschaftliche Ursachen. Es fehlt jener enge Kontakt mit der oppositionellen Intelligenz, der in Polen und Ungarn entscheidend war.

Die Gegner innerhalb der SED

Die SED-Opposition in den Betrieben ist das Ergebnis der wirtschaftlich und sozial schlechten Lage der Arbeiterschaft. Neben ihr hat sich die Opposition der Parteiintelligenz entwickelt, die aus den Widersprüchen zwischen marxistischer Ideologie und stalinistischer Praxis resultiert. Diese oppositionelle Intelligenz verkörpert für das System deshalb große Gefahr, weil sie eine unzufriedene Masse in einer revolutionären Entwicklung lenken könnte. Ihr Hauptanliegen ist eine Reform der SED durch Demokratisierung des Parteiapparates, größere Rechte für die Mitglieder und eine personelle Änderung der Parteispitze. Da die SED alles bestimmt, ist ihre Umformung entscheidend für eine Weiterentwicklung der Zone. Die wichtigsten Männer der Opposition gegen Ulbricht sind Ollßner und Schirdewan, der heute oft im Zusammenhang einer Nachfolgeschaft von Ulbricht genannt wird. Ihre offene Opposition gegen den stalinistischen Kurs Ulbrichts auf dem 35. Plenum des Zentralkommitees der SED war nur der sichtbare Ausdruck einer Bewegung breiter Teile der Mitgliedschaft und des Funktionärskörpers der SED. Schirdewan war als Kaderchef der SED mit Hilfe der Informationsabteilung sehr gut über die wirkliche Lage in Zone und SED orientiert. Er ist der gefährlichste Gegner Ulbrichts. Seine Anhänger sitzen vor allem im unteren Parteiapparat. Trotz seines Sturzes ist er noch heute Kopf der Parteiopposition. Er hat sich bis heute weigern können, die übliche Selbstkritik abzulegen. Er hat sogar gegen seinen Parteiausschluß gestimmt in der genauen Kenntnis seines Einflusses im Parteiapparat der SED und in den Führungen der Massenorganisationen. Führender Sprecher der Gegner Ulbrichts war auch der ehemalige Professor an der Ostberliner Humboldt-Universität Harich, der Anfang 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

Wir können und wollen nicht
Dinge verkaufen, von denen wir selbst nicht überzeugt sind. Der Kauf eines Photo-Artikels ist Vertrauenssache. Persönlich anschauen und beraten lassen bei
PHOTO-HAUSCHILDT,
Darmstadt, Ludwigstraße 9

Sinalco
Sinalco
zu jeder Zeit erfrischend - bekömmlich
Sinalco

heag
ELEKTRO-GERÄTE
erleichtern das Leben!
HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

wurde. Er hatte dem Marxismus-Leninismus in Diskussionen eine Interpretation gegeben, die von den stalinistischen Sowjetzonenmachthabern als „ideologische Abweichung" bezeichnet wurde. Er forderte die Einführung von Arbeiterräten zur echten Kontrolle der Produktionsmittel durch die Werktätigen, die Auflösung der LPG, die Herstellung der Rechtssicherheit in der DDR durch Auflösung des SSD und der Geheimjustiz, echte Autonomie der Universitäten, Freiheit für Kunst und Wissenschaft und freie Wahlen.
Die SED empfindet, wie jede Partei, die von der totalen ideologischen Feindschaft gegenüber einer anderen Gruppe lebt, das bürgerliche Lager in gewisser Hinsicht als lebensnotwendig, die Kritiker gleicher ideologischer Richtung dagegen als tödliche Gefahr, die so groß ist, daß sie nur ungern klar ausgesprochen wird.

Opposition der Intelligenz

Der überwiegende Teil der mitteldeutschen Schriftsteller und Literaturwissenschaftler fordert Auseinandersetzung mit moderner Kunst und Literatur, entgegen der Isolierung und Rückständigkeit des vom Stalinismus beherrschten Geisteslebens. Auf Parteibefehl wurde diese Diskussion abgestellt. „Es ist selbstverständlich, daß in der DDR keine freie Diskussion geführt werden kann und darf, die nur zur Einschmuggelung fremder antisozialistischer Ideologien führt."
In der Naturwissenschaft wird die SED nicht müde, die technische Intelligenz und die akademischen Lehrkräfte zu umwerben. Andererseits lebt das Regime in panischer Angst, die Gelehrten könnten mit ihrem vorurteilslosen Denken andere Teile der Bevölkerung, insbesondere die akademische Jugend infizieren. Deshalb wird die materielle Bevorzugung mehr als wettgemacht durch den geistigen Druck, dem die Wissenschaftler ausgesetzt sind. Der Stalinismus hat den Widerspruch zwischen den Interessen der Partei und der wissenschaftlichen Wahrheit sehr einfach und radikal gelöst, nämlich im Sinne einer vollkommenen Unterordnung der Wissenschaft unter die Partei. Eine Trennung von Wissen und Glauben wurde vorgenommen.
Die Kommunisten hätten gar zu gerne die alte bürgerliche Intelligenz, der sie mißtrauen, durch eine neue, ihnen ergebene, ersetzt. Nun ist unter ihren Augen, mit ihrer Förderung eine neue Intelligenz herangewachsen, doch sie zeigt sich nicht weniger widerspenstig als die alte. Das alte Argument imperialistischer Agententätigkeit dient immer wieder zum Vorwand, um gegen die aufsässigen Studenten den Staatssicherheitsdienst in Aktion treten zu lassen. Vor wenigen Jahren noch hatte man Jugendliche zu Agitationszwecken in den Westen geschickt, aber auch das erwies sich als Bumerang. Die jungen Menschen sammelten neue Eindrücke, die dem Kommunismus entgegengesetzt waren. Daraufhin wurden die Beziehungen zum Westen auf ein Minimum beschränkt. Eine einjährige Arbeitspflicht vor dem Studium wurde eingeführt, um eine gründliche Gesinnungsprüfung und politische Kontrolle durch Betriebspartei-Organisationen zu ermöglichen. Die Aufnahme an den Universitäten und Hochschulen wurde damit von der kaderpolitischen Beurteilung abhängig. Aber auch diese Maßnahmen zeigten keine Wirkung. Nur jener letzte Vorteil, die materielle Unterstützung jedes Studenten wurde durch die studienfremde Arbeitszeit mehr als wettgemacht.
Während der vergangenen Jahre ist die Opposition gegen den Stalinismus breiter und grundsätzlicher geworden. Ihr Widerstand erfolgt heute von verschiedenen gesellschaftlichen und geistigen Positionen aus, ihr unverändertes gemeinsames Ziel ist die Zerstörung des Systems. Er ist die Antwort eines unterdrückten Volkes auf das jahreswährende Bestreben, Mitteldeutschland in den Sowjetblock zu integrieren.

Werben heißt informieren

SIEMENS

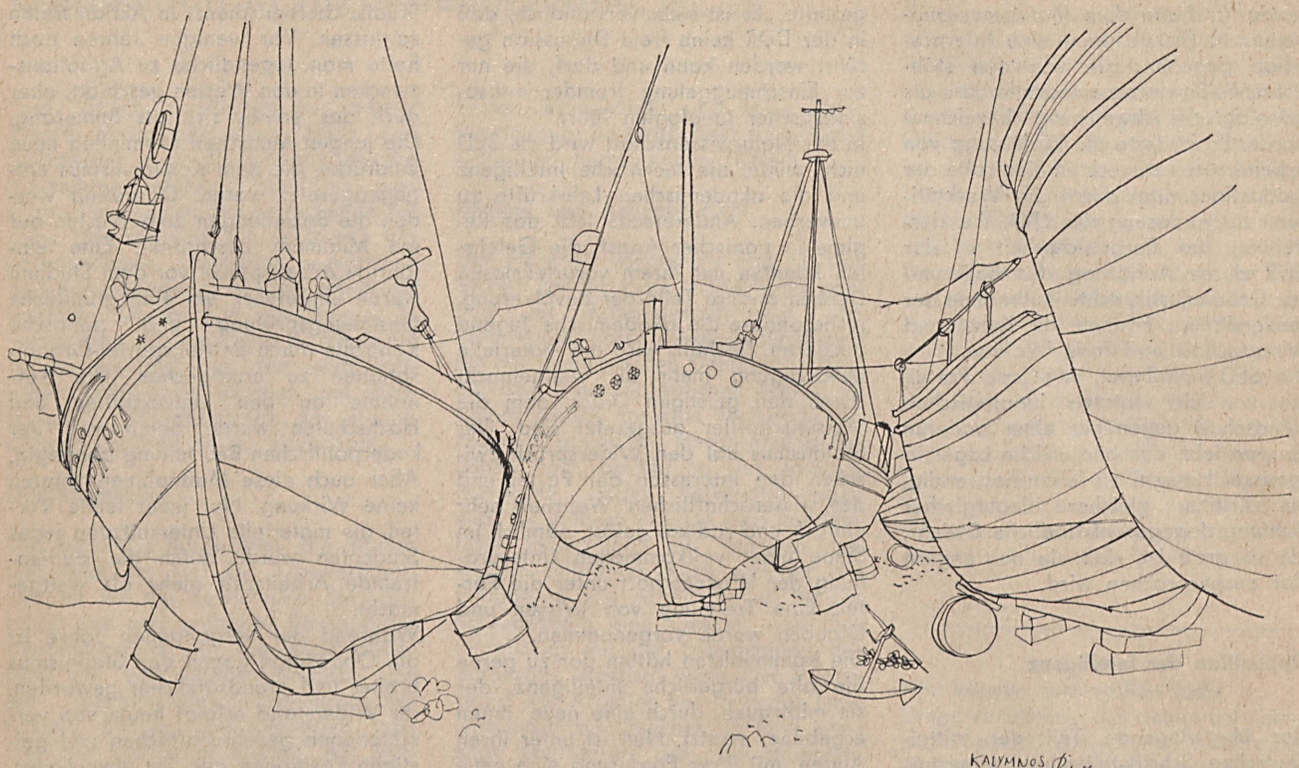
– das gilt besonders für die technische Werbung. Unsere Kunden sind seit Jahren und Jahrzehnten daran gewöhnt, über die Vorzüge unserer Produkte und Anlagen in klarer und anschaulicher Form unterrichtet zu werden – auch in der Anzeige.

Das Wort des Texters

spielt also eine entscheidende Rolle. Je präziser und lebendiger er sich ausdrückt, je handfester er zu argumentieren versteht, um so größer der Erfolg.

Was Sie besonders interessieren wird: Ihre Tätigkeit umfaßt – über das eigentliche Texten hinaus – die Gesamtkonzeption und -gestaltung jeder einzelnen Anzeige in Zusammenarbeit mit unseren graphischen und fotographischen Ateliers. Würde Sie diese Aufgabe reizen? Dann richten Sie bitte Ihre Bewerbung an unsere Personalabteilung, Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50.

SIEMENS – SCHUCKERTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

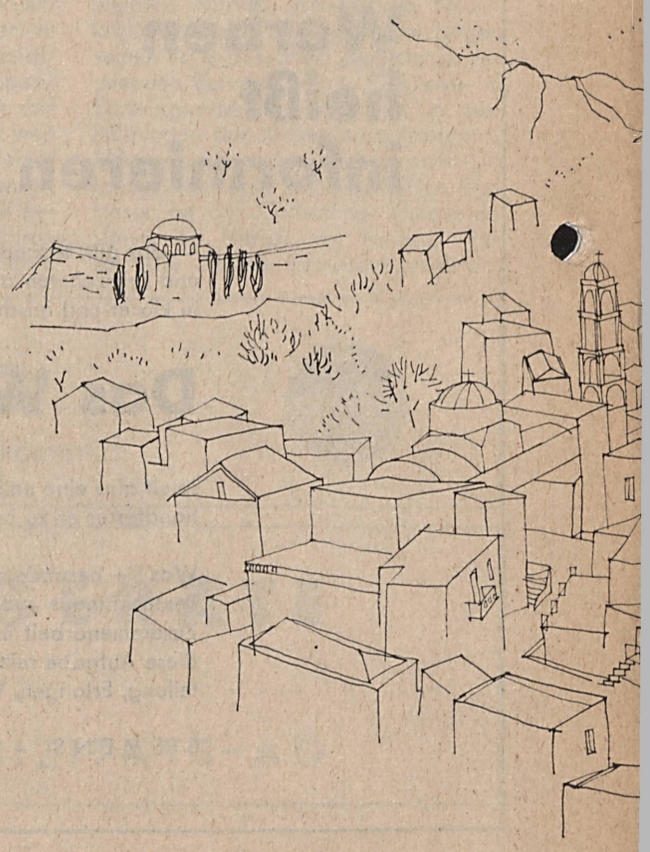


Kalymnos

Das weiße Schiff bewegt sich schwerfällig auf und ab. Ein Himmel von fast grellem Blau wölbt sich über dem Ägäischen Meer. Ringsum lagern Inseln im Wasser. Die Nachmittagssonne wirft violette Schatten über die felsigen Abhänge. Jetzt dreht der Dampfer leicht bei und hält auf einen breitgelagerten Gebirgsrücken zu. Kalymnos! Wir haben uns diese Insel für die letzte Ferienwoche gewählt, gerade weil sich der Reiseführer so sparsam über dieses Eiland äußerte und weil es nichts gab, was unsere Vorstellung von der Insel hätte im Voraus formen können – weder irgendwann gesehene Fotos von Säulentrümmern, noch in der Schule gelernte Sagen.

Ein dreifaches Hornsignal hallt von den Bergwänden zurück; dann gleitet das Schiff mit Zischen und Stampfen in das ruhige Wasser des Hafenbeckens. An drei Seiten der Bucht steigen die Felsen wie in einem Amphitheater an. Hunderte von kleinen, pastellfarbenen Häuschen sitzen darauf. Wie überall auf den griechischen Inseln ist die Ausbootung eine richtige Komödie. Die Zurufe der Matrosen und die Schreie der Verkäufer, die in diesem Wirrwarr von Kisten, Körben und Passagieren auch noch ihre Süßigkeiten an den Mann bringen wollen, das Tuckern der Barkassen und das tiefe Hornsignal, mit dem der Kapitän des Dampfers zur Eile mahnt, sind die Begleitmusik. Endlich ist alles an Land. Der Dampfer verläßt, weiße Wolken speiend, die Bucht. Die beiden Fremden, die mit ihren Rucksäcken vor dem Kafenion stehen, werden neugierig gemustert. Offensichtlich haben die modernen Kreuzfahrer des Tourismus die Insel mangels Altertümer bisher selten aufgesucht. Eine Stunde später sitzen wir in einem der typischen Inselhäuschen, das man uns mit einer wort- und gestenreichen Schlüsselübergabe symbolisch geschenkt hat. Nachbarn schleppen warme Decken herbei und breiten sie auf der aus federnden Brettern gebauten Bettkiste aus, die die ganze Schlafnische ausfüllt. Andere legen trockene Disteln auf das Herdfeuer und schütten Milch in einen der kupfernen Töpfe, von denen eine ganze Sammlung an der Wand über dem Herd hängt. Wer die griechische Gastfreundschaft einmal angenommen hat, kann und darf sich ihrer nicht mehr erwehren.

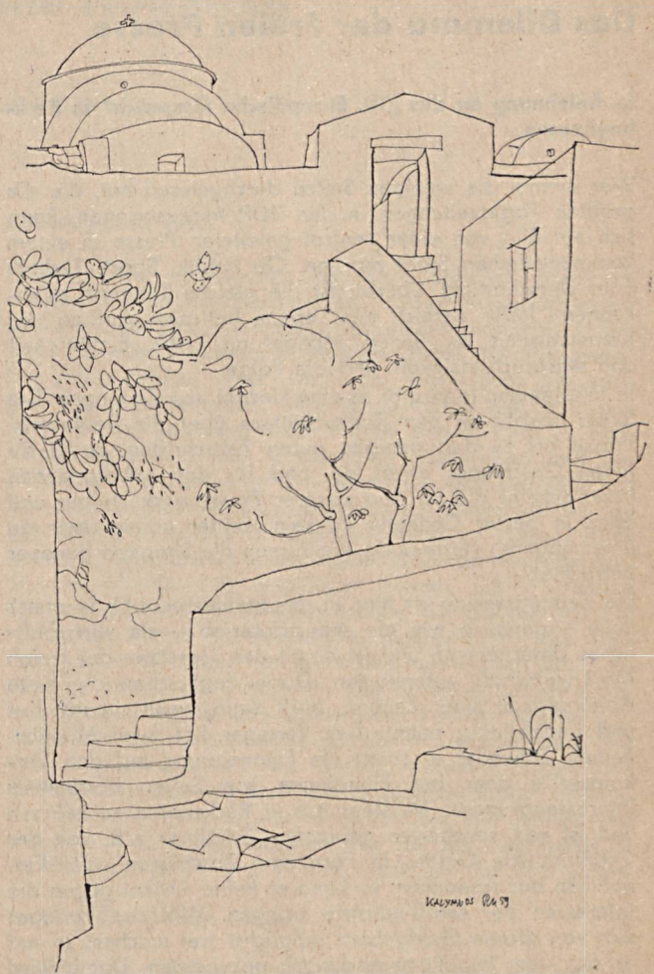
Ein dumpfes Trommeln läßt uns nachts aufspringen. Draußen auf der mondhellen Gasse stehen die Nachbarn mit wehenden, weißen Nachtgewändern. „Sismo", klärt uns einer der Nachbarn auf, Erdbeben! Inzwischen haben sich die Kupferpfannen an der Wand wieder beruhigt. Ab und

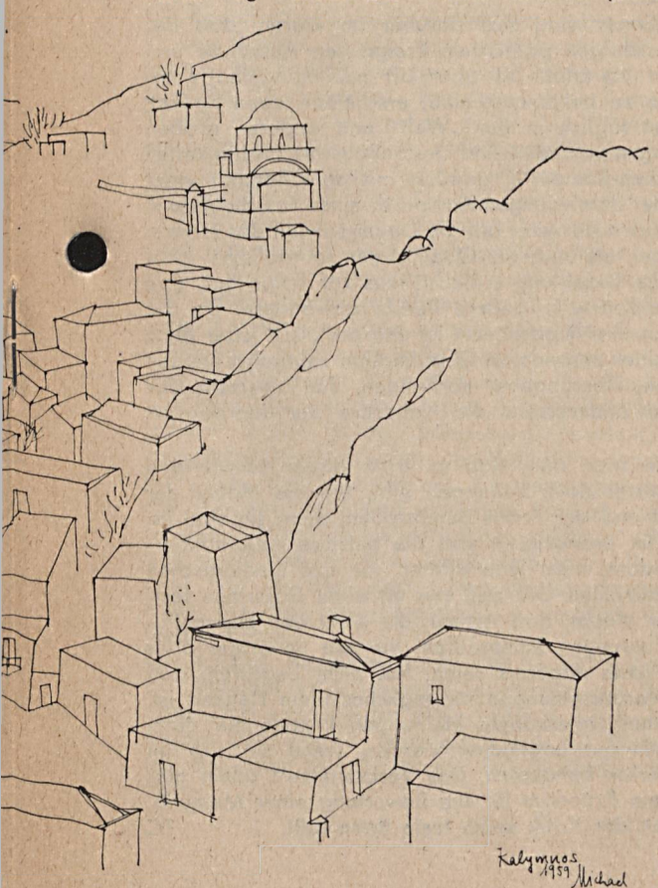


zu läuft noch ein leises Zittern durch den Boden. Die Spukgestalten warten noch. Nachdem bei den letzten Beben ein Drittel der Häuser zusammenbrach, sind die Leute von Kalymnos vorsichtig geworden.

Am folgenden Morgen steigen wir auf die Berge, um eine Übersicht über die Insel zu gewinnen. Hoch oben finden wir ein Kloster an den Berg gelehnt. Das blendende Weiß der Wände und Kuppeln wird durch das frische Grün einiger mühsam gehegter Feigenbäume gemildert. In der Tiefe schäumt das Meer um die Klippen, aber kein Rauschen dringt in diese Höhen. Dann quietscht ein Tor. Eine Nonne bittet die Wanderer in das kühle, dämmrige Gastzimmer, wo uralte goldene Ikone auf den dicken Mauern leuchten. Im Nebenraum pfeift der Spirituskocher. Die Gäste bekommen den obligaten schwarzen Kaffee und zwei Gläser kaltes Quellwasser. Draußen flimmert die Hitze über dem Gestein. Die grauen Felstrümmer lassen nur an wenigen Stellen der Insel das satte Frühlingsgrün hervorleuchten. Was die Sommersonne nicht verdorren wird, das werden die Schafe und Ziegen abnagen,.

Wovon leben die Menschen auf dieser beinahe kahlen, von der Sonne verbrannten Insel? Wir erfahren es beim Gang über die Hafenkais, wo sich in Körben und auf großen Planen der Reichtum dieser Insel häuft: Schwämme. Dunkelbraun ist diese seltsame Meerespflanze, wenn sie von den Tauchern aus der Tiefe des Mittelmeeres geborgen wird. In den stolzen Kaufmannshäusern am Hafen – stolz noch aus der Zeit vor der Erfindung des Gummi- und Kunststoffschwammes – werden die Schwämme gereinigt, sortiert und in große Ballen verpackt. Auf dem kiesigen Strand sind die Boote der Schwammfischer aufgebockt. Es riecht nach harzigem Holz, nach Teer und frischer Ölfarbe. In wenigen Tagen soll die Schwammfischerflotte auslaufen. Bis zum Herbst wird sie dann vor der Küste Nordafrikas kreuzen. Wir sehen die gedrungenen, hölzernen Schiffsleiber und wundern uns, wie acht bis zehn Männer ein halbes Jahr auf so engem Raum zusammenleben können. Jeden Tag werden die Taucher in ihrer primitiven Ausrüstung den dämmrigen Grund des Meeres absuchen und erst blaugefroren wieder auftauchen. Manche werden sich nur mit einem Stein belastet in die Tiefe stürzen, denn die Gefahr, daß Haifische den Luftschlauch des schwerfälligen Taucheranzuges durchbeißen ist größer, als daß sie den Taucher selbst angreifen. Trotzdem werden auch in diesem Herbst wieder an einigen Booten schwarze Fähnchen flattern und viele Taucher werden zum letzten Mal heimkehren, weil ihnen der gewaltige Wasserdruck in der Tiefe das Rückgrat gequetscht und die Beine gelähmt hat.





Aber an all das denkt der Grieche nicht im Frühjahr. Auf den grauen Granitsteinen vor der Kirche klappern die Schuhe der Tänzer. Eine lange Kette – Männer, Frauen und Kinder – bewegt sich zu den Klängen von Zimbal und Gitarre. Der gelbe, harzige Wein fließt reichlich aus Fässern und Ziegenschläuchen und der Duft gebratener Lämmer steigt auf. Als Symbol letzter Modernität, fährt der Eisverkäufer auf seinem mit Spiegeln und pin-ups verzierten Dreirad durch die Menge.

Es ist beklemmend ruhig, als die Schwammtaucher die Insel verlassen. Ganze Menschenwälle umlagern das Hafenbecken. Hier und da löst sich eine kleine Barke mit zwei oder drei Schwammtauchern vom Ufer. Kisten, Flaschen und kurz zuvor in Tücher verpackte Leckerbissen neben sich, rudern sie hinaus zur Flotte, die sich in der Mitte des Hafens sammelt. Draußen auf dem Wasser schwenkt der Pope seinen Weihwasserkessel über den Schiffen. Die Schiffer knien zur letzten Andacht nieder. Der anschwellende Wind trägt Fetzen des monotonen Gesangs herüber. Morgen wird das Hafenbecken leer sein. Der weiße Dampfer wird kommen und auch die beiden Fremden aus Deutschland wieder davontragen.

Richard Michael

Das Dilemma der Freien Presse

In Anlehnung an das „10. Europäische Gespräch" in Recklinghausen

Wer einmal die wenigen Seiten durchgelesen hat, die die größten Tageszeitungen in der DDR herausbringen, kann sich ein Bild von einer zentral geleiteten Presse in einem kommunistischen Staat machen. Ob Politik, Sport, Technik oder Unterhaltung, überall ist die gleiche Tendenz zu erkennen: Jeder Bereich des Lebens hat dem Aufbau des Kommunismus zu dienen. Mangel an Kritik, Eintönigkeit und Anspruchslosigkeit sind die Folge.

In Westdeutschland gibt es eine Unzahl von Zeitungen. Die Skala reicht von den Radaublättern über die Boulevard-Presse bis zu den wenigen guten Zeitschriften. Es ist für jeden Geschmack etwas da, und für den unbefangenen Leser scheint die Struktur unserer Presse wirklich frei und alles in bester Ordnung zu sein. Leider kommt man zu einer anderen Auffassung, wenn man die Situation genauer betrachtet.

Ein Zeitungsverlag ist hier in der Bundesrepublik in erster Linie – genauso wie ein Industriebtrieb – ein wirtschaftliches Unternehmen und ist damit den Gesetzen der freien Marktwirtschaft unterworfen. Darin liegt schon die erste Abhängigkeit einer Zeitung, auch dann, wenn sie sich frei und unabhängig nennt. Der Verleger hat zwei Möglichkeiten: Entweder er stützt die Finanzierung auf den Verkaufserlös oder auf Einnahmen von Seiten bestimmter Interessengruppen. Meistens hat er Rücksichten zu nehmen und ist von vornherein gebunden. Erhält er z. B. von der Großindustrie Gelder in Form von Zuschüssen oder Einnahmen aus Annoncen, so kann er keine Artikel gegen die Interessen der Großindustrie bringen. Will der Verleger sich von diesen Geldgebern möglichst frei machen, so hat er sich dem Publikumsgeschmack anzupassen. Damit wird aber die Aufgabe der Zeitung, die neben der informatorischen vor allem eine meinungsbildende sein soll, manchmal in ihr Gegenteil verkehrt.

Das Pressewesen in der Bundesrepublik spiegelt dieses Bild genau wider: Auf der einen Seite die großen Tageszeitungen usw., und auf der anderen Seite Blätter wie „Bild" und die Mehrzahl der Illustrierten. Vielleicht wäre das englische Beispiel nachahmenswert: In England gibt es mehrere Zeitungen, deren Finanzierung auf einer Stiftung beruht – „Times", „Observer", „Guardian" und „Economist". Sie werden von Treuhändern verwaltet. Zwar haben diese Zeitungen keine große Auflage, aber sie sollen trotzdem einen außerordentlichen politischen Einfluß ausüben, zumal sie diejenige Schicht der Bevölkerung ansprechen, die in England meinungsbildend ist. Ob das allerdings in Deutschland möglich ist, muß bezweifelt werden. Hierzulande haben die Parteien – vor allem die Regierungspartei – den stärksten Einfluß auf die Meinung der Bevölkerung. Da unsere Parteien aber in ihren Ansichten starr und dogmatisch sind, wird man sich von dem englischen Beispiel nicht allzuviel versprechen dürfen, solange diese Zeitungen keine Millionenauflage haben und direkt auf den Wähler wirken können.

Wären die Zeitungen der einzelnen Interessengruppen in ihrer Bedeutung und Wirkungsmöglichkeit in etwa gleichwertig, so hätten wir zwar im allgemeinen keine objektive Information, aber es würde eine Konzentrierung der Meinungsbildung – und damit ein Abbau der Demokratie – vermieden. Leider ist auch dies nicht der Fall. Die Industrie, als der kapitalkräftigste Partner, und die Regierung arbeiten Hand in Hand. Niemand kann die Gelder kontrollieren, die in die Kassen der Regierungspartei fließen. Zwar sind die Parteien laut Grundgesetz verpflichtet, über ihre Finanzen öffentlich Rechenschaft abzulegen, doch hat dies bisher nur die SPD ein einziges Mal getan. Das ist ein Zustand permanenten Verfassungsbruchs, aber niemanden kümmert das. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Situation der FDP: Als sie vor einigen Jahren mit der SPD sympathisierte, wurde sie in der deutschen Presse fast totgeschwiegen und erhielt keine Gelder mehr. Erst als die FDP sich vor der letzten Wahl eindeutig zur CDU bekannte, wurde sie wieder vom Großkapital unterstützt. (FDP-Referent Brahns auf einer Versammlung der Jungdemokraten).

Ein anderes Beispiel für den Druck, den die Regierung über das Großkapital auf die Presse ausübt, ist der Fall „Paul Sethe". Paul Sethe war Redakteur bei der FAZ. Auf Grund seiner nicht gerade regierungsfreundlichen Artikel wurde der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nahegelegt, Paul Sethe zu entlassen, andernfalls drohte die Industrie, keine Annoncen mehr aufzugeben. Daraufhin beantragte Paul Sethe seine Entlassung.

Eine weitere Schwierigkeit für die Presse ist die Beschaffung von wichtigen Informationen. Schon das Informiertsein ist eine Machtfrage. Der Journalist erhält manchmal nur schwer oder keinen Zugang zu den eigentlichen Informationsquellen. Der Wert einer Information ist aber auch schon durch das Weglassen von anderen Informationen und durch die Wahl des Zeitpunktes, an dem sie gegeben wird, von vornherein manipulierbar.

Hätte die Öffentlichkeit vor dem 17. September gewußt, daß die deutsche Regierung dem amerikanischen „Plan für den Notfall", – sich einer eventuellen Schließung der Sektorengrenze nicht zu widersetzen, – zugestimmt hat, so so wäre das Wahlergebnis wahrscheinlich noch ungünstiger für die CDU ausgefallen. Selbst heute wird diese Tatsache in den westdeutschen Zeitungen noch verschwiegen, während die ausländischen Zeitungen diese Nachricht längst gebracht haben (z. B. L'Express vom 19. 10. 61). Fürchten die Redaktionen unserer deutschen Zeitungen etwa irgendwelche Repressalien oder erscheint ihnen die Nachricht bedeutungslos?

Die Redaktionen sind sich darüber im klaren, daß der Leser bei wichtigen politischen Ereignissen Auskünfte und Erklärungen erwartet. Da aber oft nur mangelhafte Informationen zu bekommen sind, erscheinen dann Artikel, wie sie fast täglich in der „Welt" und anderen großen Tageszeitungen zu finden sind: Aufgebauschte Nichtigkeiten im 5-Groschen-Romanstil, gewürzt mit dem Bonmot einer Putzfrau oder dem witzigen Ausspruch eines Taxichauffeurs. Natürlich leiden darunter auf die Dauer sowohl das Niveau der Zeitungen als auch die Qualität der Journalisten. Weiterhin ist die Bezahlung schlecht, was zur Folge hat, daß qualifizierte Kräfte in andere Berufe abwandern. Da der Journalismus ein Wunschberuf ist und praktisch jeder ohne Nachweis einer besonderen Qualifikation Journalist werden kann, ist ein Überangebot vorhanden, das einerseits das Niveau und andererseits die Honorare der Journalisten drückt.

Wir können froh sein, daß es trotz dieser schwierigen Situation immer noch Zeitungen gibt, die die Mauer der Konformität und der Tabus durchstoßen, denn sie sind es, die die Kritik provozieren und die geistige Auseinandersetzung fördern, nicht jene Blätter, die aus ideologischen oder kommerziellen Gründen stur an alten Doktrinen festhalten. Wer glaubt, daß Artikel, die nicht den konventionellen Auffassungen entsprechen, nur ein unnötiges oder gar gefährliches Ärgernis seien, hat nicht begriffen, daß Kritik die Voraussetzungen für jegliches neue Denken ist. Auch allgemein anerkannte Meinungen können nur dann weiterhin als gut angesehen werden, wenn sie sich im Felde der Kritik behaupten. Das Verbreitetsein allein gibt uns noch kein Kriterium für die Bewertung einer Meinung, solange man der Kritik keine freie Bahn läßt. TC

Berlin - Stadt ohne Hoffnung

Von unserem Berliner Mitarbeiter

„Kommen Sie 'mal mit", sagte der junge Volkspolizist zu mir nach einem Blick in meine Tasche. Soll ich das unangenehme Gefühl in der Magengrube leugnen, das mich bei diesem vielzitierten Satz ankommt? Die Zeitung wird konfiziert, Butter und Kaffee dagegen darf ich behalten, brauche auch nicht zu erzählen, für wen sie bestimmt sind. An das Magengrubengefühl gewöhnt man sich nicht. Es kommt jedesmal, wenn man sich am S-Bahnhof Friedrichstraße die Erlaubnis holt, einen Tag in Ostberlin herumzulaufen – „Demokratischer Sektor" nannte man es dort früher und neuerdings „Hauptstadt der DDR".

. . . oder sind es bereits zwei Städte?

Handelt es sich noch um „eine" Stadt bei dieser Häuseransammlung zwischen Müggelsee und Havel, oder sind es bereits zwei Städte? „Berlin" und „Sektor" sagt man im Westen, „Berlin" und „Westberlin" hört man im Osten. Jeweils der eigene Teil trägt den alten Namen. Was spricht für die „eine" Stadt? Bestenfalls der Dialekt, denn die Sprache, die offizielle zumindest, ist durchaus verschieden. Selbst der Sprachgebrauch beginnt sich zu differenzieren. Im Westen benützt man mehr Fremdwörter, die man drüben nicht mehr versteht, im Osten Ausdrücke aus dem „Parteichinesisch", Abkürzungen, einprägsame Wortverbindungen („Kriegsminister Strauß"), Wendungen, die man bei uns zwar kennt, die aber nicht dem aktiven Wortschatz angehören.

Wie man eine Stadt teilt

Die Kanalisation ist noch einheitlich, – aber es sind Gitter in den Röhren. Es gibt eine gemeinsame Wasserversorgung – die Energie dagegen wird streng getrennt produziert. Der Telefonverkehr zwischen beiden Teilen der Stadt ist seit Jahren unterbrochen. Nach dem 13. August wurde nun auch die Trennung des Verkehrsmittelnetzes vollständig. Die U-Bahn verblieb im wesentlichen in der Hand der Westberliner BVG. Zwei Strecken, im „westlichen" Norden, in Tegel und am Gesundbrunnen beginnend, durchfahren ohne Halt die zum Sektor gehörende Stadtmitte und enden in den Wohnbezirken des Südens, in Tempelhof und Neukölln. Das Ostberliner U-Bahnnetz sank zum kümmerlichen Torso herab, zwei kurze Strecken sind der Rest.
Die S-Bahn blieb auch in Westberlin unter östlicher Regie, aber das Bahnnetz ist aufgespalten, die Ringbahn unterbrochen. Züge aus den westlich und südlich der Stadt gelegenen Orten Teltow, Babelsberg, Potsdam, Falkensee und Henningsdorf werden um Westberlin herumgeleitet.
Zahlreiche Verbindungen und Abzweigungen in der Nähe der Sektorengrenze sind stillgelegt, Brücken und Gleise an einigen Stellen demontiert. Eine „störfreie" Strecke von Schönfließ über Pankow zur Schönhauser Allee wurde in aller Eile für den elektrischen Verkehr hergerichtet, da früher die Züge dieser Strecke über ein Stück Westberliner Gebiet fuhren.
Der einzige Berührungspunkt der beiden S-Bahnnetze ist der Bahnhof Friedrichstraße, doch die von Westen und Osten dort einlaufenden Züge enden auf getrennten Bahnsteigen. Dazwischen Transportpolizei mit Maschinenpistolen, die jeden Zug durchsucht, Passierscheinstelle, Zollkontrolle.

„Staatsgrenze West"

Umfangreiche Bauarbeiten vor dem Bahnhof Friedrichstraße, an den Fernbahnsteigen in der Alexanderstraße und am Ostbahnhof (ehemals Schlesischer Bahnhof) sollen wohl die neue Situation in Stein und Stahl dokumentieren. Die „Staatsgrenze West" wird vom Provisorium nun auch räumlich zur Institution. Wie schon durch den Bau der neuen Mauer von zwei Meter Stärke, den so fatal an Stellungskrieg erinnernden mannstiefen Laufgraben und die stählernen Panzerhindernisse wird hier wohl vornehmlich der eigenen Bevölkerung nachdrücklich versichert, sie tue gut daran, nicht auf baldige Änderung zu hoffen. Auch gegen Kompromisse bei etwaigen Großmächteverhandlungen, die Ulbricht sehr ungelegen kämen, bilden massive Bauten und eine gut funktionierende Grenzbürokratie ein wirksames Mittel. Rationalen Überlegungen hält das freilich nicht stand, aber die souveräne Ausnutzung des Irrationalen hatten die Diktaturen den parlamentarischen Demokratien schon immer voraus. (Von Packard wissen wir, daß ihnen auf unserer Seite nur die Industriewerbung das Wasser reichen kann.) Eine Grenze, die wirklich wie eine Grenze aussieht, wird auch von angeblich rational denkenden Staatsmännern leichter akzeptiert als jene grauviolette Mauer aus den Augustnächten, von der kritische Fachleute meinten, ein frostreicher Winter werde ihr den Rest geben.

Es sind die kleinen Dinge . . .

In Westberlin fahren die S-Bahnzüge unverkürzt und im alten 5-Minuten-Abstand. Aber sie sind immer noch fast leer. Der Boykott gegen die östliche Reichsbahn bröckelt erstaunlich langsam ab. Staat einer S-Bahnfahrt von 10 Minuten fast ohne Wartezeit und von überdeckten Bahnsteigen aus braucht man mindestens die doppelte Fahrzeit im zugigen Bus, steht womöglich vorher 10 Minuten in Regen, Wind und Kälte, erlebt dann die „Freude", daß der Bus besetzt ist. Auf manchen Strecken, die die S-Bahn ersetzen sollen, sind die Verhältnisse katastrophal. Es fehlt an Fahrzeugen und Personal. Die 70 Busse und ca. 15 Schaffner aus Westdeutschland und die neu angeworbenen Hilfsschaffner, meist Studenten, reichen nicht aus. Dazu sind die Wagen ungewohnt, zum Teil auch unpraktisch, das Hilfspersonal kein vollwertiger Ersatz. Ihrem Ärger machen die Fahrgäste oft unverhohlen Luft – sie schimpfen, frieren aber boykottieren die verlockend bequeme S-Bahn.
Der Heroismus, an vorderster Front die westliche Freiheit zu verteidigen, ist – vielleicht – ein erhebendes Gefühl. Aber täglich eine Viertelstunde früher aufstehen zu müssen, sich täglich über die unbequeme Fahrt zu ärgern und keine grundsätzliche Änderung des unerfreulichen Zustandes abzusehen, trifft den von sich aus gar nicht so arg heroischen Menschen an verwundbarer Stelle. Eigentlich kann man gar nicht jahrelang heroisch sein. Jeder Soldat des Zweiten Weltkrieges weiß das. Aber die Berliner hielten nicht nur die elf Monate Blockade aus, sie fanden sich damit ab, auf allen Seiten von Stacheldraht umgeben zu sein. Jetzt stoßen sie mitten in ihrer Stadt auf die Mauer, und sie scheinen sie genauso zu „schlucken" wie den Stacheldraht. Sie haben schwerste Belastungen mit einer Haltung getragen, die ihnen in der ganzen Welt Achtung eingebracht hat.

Vor diesem Hintergrund ist das Verkehrsproblem infolge des S-Bahn-Boykotts nur ein kleines Beispiel, eine unwichtige Frage. Aber es sind die kleinen Dinge, die den Menschen auf die Dauer mürbe machen. Man kann gegen die Mauer und gegen die Maschinenpistolen vielleicht noch gerade heroisch sein, aber nicht gegen kalte Füße und Ärger in Permanenz.

Die sowjetische Taktik

Im gleichen Maße gilt das für den Bereich des politischen Bewußtseins, vielleicht noch stärker als für die Physis und die körperliche Bequemlichkeit, und am besten scheinen das die sowjetischen Politiker zu wissen. Sie haben aus dem Debakel der Blockade – in östlicher Sicht – ihre Lehren gezogen.
Das Ergebnis ist die Salami- und Nadelstich-Taktik, man kann auch sagen, die Politik der ständigen Unsicherheit. So wechseln, für jedermann sichtbar seit dem Ultimatum vom November 1958, in der Berlinfrage Drohungen und Verhandlungsangebote in schöner Regelmäßigkeit einander ab. Die gutklingende These von der „entmilitarisierten freien Stadt" findet Freunde im neutralen Lager, unter britischen Sozialisten und amerikanischen Senatoren. Kleine Repressalien im Paketverkehr, auf der Autobahn, den Kanälen und der Paukenschlag vom 13. August, machen im rechten Augenblick bewußt, daß man ja auch noch die Macht zu einseitigem Vorgehen besitzt. Die Unsicherheit im Lager der westlichen Politiker, das Fehlen eines Bonner Deutschland- und Berlinkonzepts tun das Ihre dazu. Wenn man in Berlin die betont optimistischen Verlautbarungen aus offiziellem Munde hört, hat man – wieder einmal – ein ungutes Gefühl im Magen. Die Lage gibt zu keinerlei Optimismus Anlaß. Aber viel bedenklicher erscheint, daß die Berliner nicht allein an der Kraft und Festigkeit des Westens zweifeln. Zum ersten Mal scheinen sie in der eigenen moralischen Substanz getroffen zu sein, etwas von ihrem fröhlichen Selbstvertrauen eingebüßt zu haben. Am deutlichsten wird diese freilich nur in Ansätzen sichtbare Änderung, wenn man den sprichwörtlichen, schnoddrigen Humor der Berliner häufiger durch eine gewisse Reizbarkeit verdrängt findet.

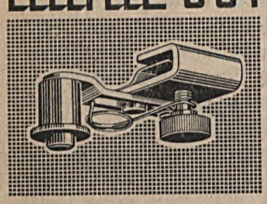
„Was kann man in Berlin schon werden?"

Berlin war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Ziel einer starken Zuwanderung aus dem Osten. Daneben spielte es schon in den Gründerjahren und in der Zeit der Weimarer Republik eine Rolle als bevorzugte Durchgangsstation bei der Weiterbewegung nach Westdeutschland, doch blieb die Zahl der Abwanderer stets weit hinter der der nur Hinzugekommenden zurück.
Der Zustrom aus dem Osten hielt nach dem Zweiten Weltkrieg an, in steigendem Maße mit Herzklopfen verbunden, zuletzt mit drakonischen Strafen wegen Republikflucht oder Menschenraub bedroht. Die überwiegende Zahl der drei Millionen Sowjetzonenflüchtlinge kam über Berlin, viele von ihnen blieben dort.
Der Strom ist nun versiegt. Nur noch wenige klettern über den Stacheldraht, schwimmen durch die Kanäle: Todeskandidaten. Die Abwanderung nach Westen jedoch ist geblieben, aber sie wirkt sich jetzt als Bevölkerungsschwund aus. Auf 5000 bis 6000 wird die Zahl der nach dem 13. August Weggezogenen geschätzt, keine Rentner und Pensionäre, sondern arbeitsfähige, jüngere Menschen.
Berlin überaltert. Beträgt der Anteil der über 65-jährigen in der Bundesrepublik rund 10% der Gesamtbevölkerung, so sind es über 18% in Berlin. Der Versuch, durch nationale Gefühlsaufwallung Jungarbeiter von Westdeutschland nach Berlin zu locken, ist bisher fehlgeschlagen. An Rhein, Ruhr, Main und Neckar verdient man zwar nicht unbedingt mehr, man hat jedoch bessere Perspektiven: „Was kann man in Berlin schon werden?" lautet die entscheidende Frage. Von den nationalen Gefühlen kann man offensichtlich nur noch in Akademikerkreisen etwas erwarten. Die Zahl derjenigen Studierenden, denen zumeist ein elterliches Verdikt das Weiterstudium an der Spree unmöglich machte, wird von den spontanen Immatrikulationsgesuchen nach dem Mauerbau bei weitem übertroffen.
Die Industrie siedelt aus. Nicht in dem Maße, wie es der Herr Karl-Eduard von Schnitzler im Abendkommentar von Radio DDR hämisch behauptete. Aber die Bewegung ist auch nicht so unbedeutend, daß man sie ignorieren könnte. Neue Zweigwerke bedeutender Berliner Unternehmen entstehen in der Bundesrepublik, sei es zum Zwecke größerer Streuung der Investitionen und daher stärkerer Krisenfestigkeit, sei es wegen des zu geringen Arbeitskräftereservoirs in Berlin, das sich in einigen Branchen durch den Ausfall der 60 000 bis 80 000 Grenzgänger zum existenzgefährdenden Mangel ausgewachsen hat. Auch die Transportbehinderung auf der Autobahn spielt eine Rolle, wurde doch vor einigen Wochen eine Ladung Eternitplatten als „militärisches Gut" festgehalten.
Aber nicht nur bevölkerungsstatistisch ist die Stadt „zu alt". Seit jenen Augusttagen scheint sie als Ganzes gealtert, ernster und besorgter geworden. Das ist mehr als jener Schrecken, der auch vielen Bundesdeutschen damals in die Glieder fuhr und einen läppischen Wahlkampf um den schöneren Urlaub und den blauen Himmel samt seinen Plakaten wegfegte. Die Berliner geht es persönlich an, und sie verleugnen es nicht.

Die östliche Hälfte der Stadt

Ist schon der Himmel über Westberlin um einige Grade düsterer geworden, so wirkte die östliche Hälfte der Stadt noch nie so grau wie in diesen Tagen. Die Versorgungslage ist nach wie vor schlecht: um Äpfel und Zitrusfrüchte gibt es Hausfrauenschlangen vor den Geschäften der HO „Obt und Gemüse". Private Läden werden mit Mangelware nicht beliefert. Textilien sind zwar modischer als früher, aber teuer – ein keineswegs aufregender Damenmantel kostete 680 Mark. Bohnenkaffee ist nur selten zu haben. Auf offener Straße frug mich ein Halbwüchsiger nach Westzigaretten, er wollte sie bezahlen. Ein Kuriosum: Drei Wochen vor Weihnachten gab es in zwei der bedeutendsten Ostberliner Buchhandlungen kein gedrucktes Wort von Brecht zu kaufen. Zufall? Zur gleichen Zeit waren

dahle 501



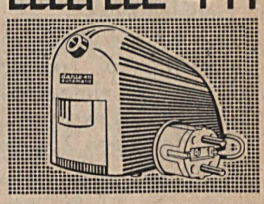
REISSCHIENEN-FÜHRUNG

Für rechtwinklige und parallele Führung der Reißschiene sorgt dieses Zeichenhilfsgerät. Unentbehrlich für jeden Schüler, Studenten und Zeichner in Ausbildung bzw. Beruf.

MINENSPITZGERÄT

Ein Minenspitzgerät von höchstem Gebrauchswert. Sekundenschnell nadelfeine und zentrische Spitzen. Unentbehrlich für jeden, der p l a n t – z e i c h n e t – s c h r e i b t

dahle 411



Ihr Fachhändler führt Ihnen „dahle"-Geräte gern vor.
WILHELM DAHLE, Metallwarenfabrik, Coburg/Bayern, Postfach 298

bekanntlich die Stücke des Kommunisten Brecht von fast allein westdeutschen Bühnen verschwunden. In Westberlin steht er nirgendwo auf dem Spielplan.
Das Schlangenstehen gehört in die gleich Kategorie an sich nebensächlicher Dinge wie die vorher genannetn Westberliner Verkehrsprobleme, die – in hinreichender Quantität genossen – moraluntergrabend wirken und damit in einer andere Qualität umschlagen. So würde es jedenfalls der Dialektische Materialismus mit einem seiner Grundgesetze erklären.
Im Sektor bedarf es nicht dieser in kleinen Dosen dargebotenen Unzulänglichkeiten des Systems, um eine Stimmung zu erzeugen, für die das Wort Resignation beinahe zu schwach ist. Der plötzliche Verlust der Möglichkeit „hinüber"zufahren, von Verwandten, Bekannten und damit auch von Informationen abgeschnitten zu sein, sich persönlicher Bedrohung nicht mehr entziehen zu können, werden unmittelbar und schmerzlich erfahren. Zur Kehrseite des Bildes gehören der Triumph der Funktionäre über den angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 13. August, über die friedensstiftende Tat des Mauerbaus, das Bild zahlreicher Bewaffneter überall in der Stadt, der Werbefeldzug zum „Schutz des Vaterlandes" und die sadistische Behandlung der ehemaligen Grenzgänger, die für ihre früheren Vorteile (40% des Lohnes in Westmark) auf den schlechtesten Arbeitsplätzen des sozialistischen Staates büßen.

. . . zu nahe ist die Mauer

In Berlin selbst findet man kaum Vorstellungen zur Lösung des Problems, die über die Sicherung des Status quo für Westberlin hinausgehen. An eine Wendung zum besseren für den Sektor und die Zone glaubt in absehbarer Zeit kein Mensch, eher an weitere Absperrmaßnahmen, beispielsweise die Einschränkung der Besuche Westdeutscher in Ostberlin, die zur Zeit ziemlich reibungslos vonstatten gehen, oder weitere Behinderungen im Paketverkehr.
Mit nüchternem, kühlem Verstand wird man an die politischen Fragen herangehen müssen, auch mit Kühnheit im rechten Augenblick. In Berlin traut man in dieser Hinsicht dem jungen Präsidenten mehr zu als dem alten Kanzler. Von den Berlinern jedoch wäre mit dieser Forderung zuviel verlangt: zu nahe ist die Mauer, zu häufig der Anblick weinender Menschen an dieser offenen Wunde einer Stadt und eines Volkes. br

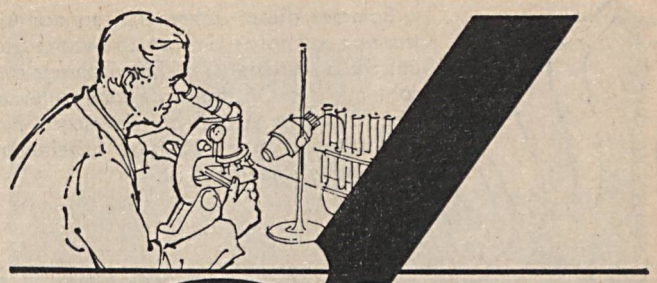
Die Bockshaut

ALT-DARMSTÄDTER SPEISERESTAURANT · HOTEL

Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- und Fremdenzimmer

KIRCHSTRASSE 7 - Ruf 74558

Pschorrbräu, München, u. Michelsbräu, Babenhausen, im Faßausschank



damit auf Bakterien-Jagd?

Der Briefmarkensammler kommt mit der Lupe aus; der Bakteriologe aber braucht sein Mikroskop.

Besondere Aufgaben erfordern eben besondere Werkzeuge.

Auch der zeichnende Techniker braucht nicht einfach „einen Bleistift", sondern hochwertige Spezial-Zeichenstifte und Zeichenminen wie

MARS-LUMOGRAPH.

Sie sind vorbildlich in Strichschärfe, Deckkraft und Lichtpausfähigkeit und bieten auch bezüglich Bruchfestigkeit, Radierbarkeit und geringer Abnutzung weit mehr, als die Zeichen-Praxis normalerweise verlangt.

Die 19 LUMOGRAPH-Härten sind gleichmäßig abgestuft und werden - das ist besonders wichtig - präzise eingehalten.

Zu hervorragenden Zeichenminen gehören selbstverständlich „perfekte" Klemmstifte:

MARS-TECHNICO-Klemmstifte

stehen bei Fachleuten wegen ihrer so zuverlässigen Klemmzange seit je in gutem Ruf.

Ihre neue wohlausgewogene Gestalt ist ein Beispiel geglückter Formgebung, denn so zuverlässig und arbeitsgerecht MARS-TECHNICO-Klemmstifte schon immer waren, so formschön sind sie nun auch und offensichtlich wertvoll im Material.

MARS-LUMOGRAPH-Zeichenstifte in 19 Härten
MARS-LUMOGRAPH-Zeichenminen in 18 Härten
MARS-TECHNICO-Klemmstifte für 18 Härten

Wir senden Ihnen gern Probeminen und Informationsmaterial, wenn Sie uns schreiben und sich auf diese Anzeige beziehen.

J.S. STAEDTLER

MARS BLEISTIFT- UND FÜLLSCHREIBGERÄTE-FABRIK NÜRNBERG

Im Sommer dieses Jahres fuhren auf Anregung des „Internationalen Studentenbundes" (ISSF) acht Gruppen mit insgesamt 84 Studenten zu einem dreimonatigen Aufenthalt in afrikanische, südamerikanische und asiatische Entwicklungsländer. Ziel dieses Arbeits- und Studienaufenthaltes war es, Probleme des Gastlandes kennenzulernen, mit dortigen Studenten Verbindung aufzunehmen und in siebenwöchiger Arbeit bei deutschen Firmen die Bedingungungen zu studieren, unter denen deutsche Fachkräfte in diesen Ländern arbeiten müssen, um dabei festzustellen, inwieweit man selbst für eine solche Arbeit geeignet ist.

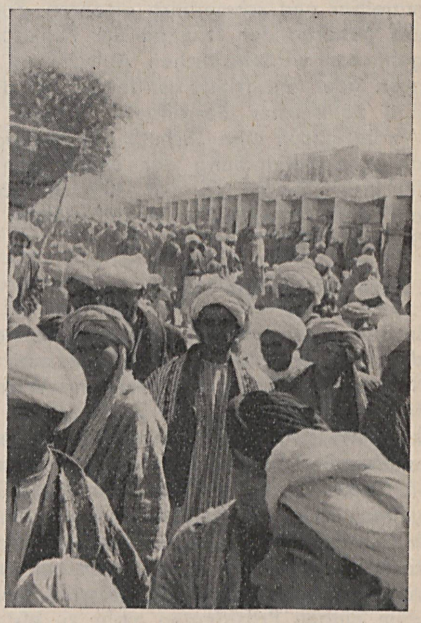
Afghanistan - gestern - heute - morgen

Bericht einer Reise

Lieber Michael,
in meiner Postkarte aus Afghanistan hatte ich versprochen, Dir später einen Gesamtüberblick über unsere Reise zu geben. Wir acht deutsche Studenten hatten während unseres Aufenthaltes die einmalige Gelegenheit, mehr von diesem Land kennenzulernen als die Europäer, die jahrelang dort arbeiten, aber meistens an dem, was um sie herum vorgeht, wenig oder gar kein Interesse zeigen. Auch für uns war es nur in einigen Fällen möglich, hinter dem, was wir sahen, auch die Ursachen zu erkennen. Der Versuch eines Resümees nach dreimonatigem Aufenthalt muß bruchstückhaft bleiben.

Die islamische Zeitrechnung schreibt augenblicklich das Jahr 1340. Bei vielem in diesem Land, hat man von unseren (richtigen?) europäischen Begriffen aus tatsächlich die Vorstellung, um Jahrhunderte zurückversetzt zu sein. Das wurde uns deutlich, als wir auf dem Flugplatz von Kabul, der Hauptstadt, ankamen: die Maschine setzte zur Landung an – sie mußte wieder hochziehen. Auf der Landebahn stand ein Lorry, wie die LKWs dort heißen, unter dem seelenruhig ein Afghane schlief. Kabul kennt bis heute weder eine zentrale Wasserversorgung noch eine zentrale Kanalisation. Der überwiegende Teil der Bevölkerung bezieht das Wasser, teilweise sogar das Kochwasser, aus Gräben, in die genauso die Abwässer eingeleitet werden. Entscheidend sind nicht die materiellen Schwächen, entscheidend ist die geistige Situation.

Afghanistan ist bis hinein in die kleinsten Regungen des Alltags geprägt vom Islam. Du kommst in einen Teppichladen, um in stundenlangen Diskussionen einen Teppich zu einem annehmbaren Preis zu erhandeln, mittdrin steht einer der Händler auf, breitet einen Teppich auf dem Boden aus und beginnt zu beten, ohne daß sich die anderen dadurch in ihren Verhandlungen stören lassen. Du hast das Gefühl plötzlich der Einheit von Religion und Leben gegenüberzustehen. Welchen Einfluß die Religion heute aber tatsächlich auf das Leben der Menschen in Afghanistan ausübt, kann Dir niemand sagen. Selbst überzeugte Mohammedaner geben zu, daß die Gebote des Islam weitaus nicht mehr von allen befolgt werden. – An zwei Punkten wird Dir die Macht des Islam deutlich: fast die gesamte Strafgesetzgebung wird noch heute ausschließlich vom Koran bestimmt, Richter sind die Mullahs, die islamischen Geistlichen. – Bis vor zwei Jahren mußten alle Frauen in der Öffentlichkeit verschleiert sein, von Kopf bis zum Fuß eingehüllt in einem Umhang, der nur an den Augen von einem Gitter unterbrochen war. Diese, von irgend einem sexuell offensichtlich überempfindlichen Mullah, vor etlichen Jahrhunderten eingeführte Regelung hat das öffentliche Leben geprägt: Die Frau lebt zurückgezogen: das Privatleben spielt sich vollständig im Hause ab. Die Häuser sind zur Straßenseite meist völlig abgeschlossen. Selbst die Häuser der Europäer sind von einer übermannshohen Mauer umgeben, die jedem Fremden die Einsicht verwehrt.

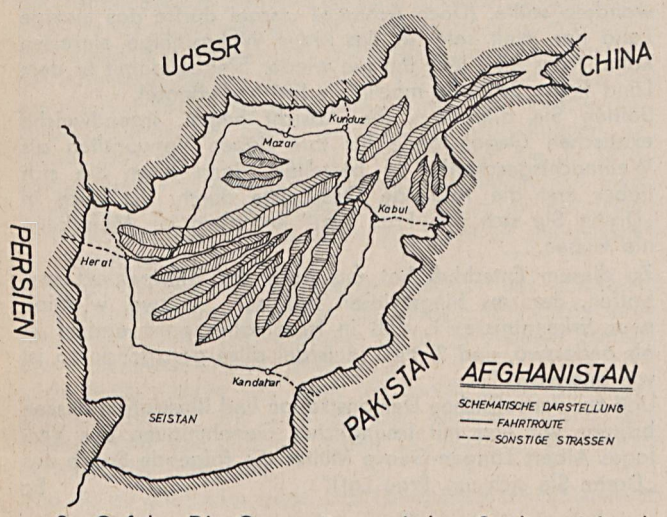


Markt in Quaisar/Nordafghanistan

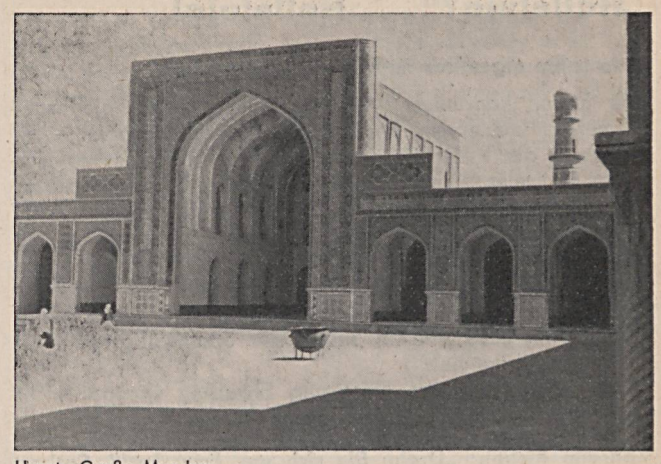
Links: Grabplatte aus der Nähe Herats

Afghanistans Landstraßen —
Afghanistans LKWs

Im öffentlichen Leben, etwa während eines Marktes, sieht man praktisch nur Männer.
Von den älteren Frauen dürfte in Kabul etwa ein Viertel in der Öffentlichkeit ohne Schleier laufen, von den jüngeren, die in diesen Jahren noch die Schule oder die Universität besucht haben, fast alle. – Der langsame Übergang ist zweifelsohne sehr geschickt. Er birgt gleichzeitig eine



große Gefahr. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen älterer und jüngerer Generation, werden immer größer. Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen der Religion und der neuen Welt, der Industrialisierung, den Gedanken des Sozialismus steht Afghanistan noch bevor. Der zweite, vielleicht noch ausschlaggebendere Faktor in der Entwicklung Afghanistans ist die Geschichte. Es ist für einen Europäer fast unvorstellbar, daß eine Katastrophe, die vor über 700 Jahren über das Land hereingebrochen ist, heute noch nicht überwunden sein soll. 1220 fiel Dschingis Khan in Afghanistan ein und verwüstete es total. Auf der Fahrt durch das Land sieht man immer wieder riesige Ruinenfelder, Städte, die vor Dschingis Khan blühende Siedlungen waren, wahrscheinlich jede mit einigen Tausend Einwohnern. Das verheerende war nicht die Vernichtung der Städte an sich, sondern die Verwüstung der Bewässerungsanlagen. Da gleichzeitig der größte Teil der Bevölkerung ermordet wurde, war in den Jahrzehnten nach diesem oder einem späteren Einfall niemand in der Lage, die Staudämme und Kanäle wieder aufzubauen. Das Klima besorgte den Rest. Einige Jahrzehnte lang Regen im Frühjahr und im Sommer glühende Hitze bei fast vollkommener Trockenheit; das Ergebnis: Landschaften, die zu den Kornkammern Alexanders gehörten, sind heute Steppen oder Salzwüsten.
Die Afghanen haben resigniert. Das einst echt gemeinte „Inschallah" – Gott hat es so gewollt – schlug in einen Fatalismus um, mit dem heute vieles entschuldigt wird.
Hilfe von außen ist nötig. Die Amerikaner arbeiten heute im Süden des Landes, die Sowjetunion im Norden. Afghanistan steht damit mitten in der Ost-West-Auseinandersetzung. Ob die Hilfe aus dem Ausland, gleichgültig ob aus dem Westen oder dem Osten, den Fatalismus, die Gleichgültigkeit allem Materiellen gegenüber, zu ändern vermag? Ich bezweifle es. Lebendigen Anschauungsunterricht erhält man, wenn man über die einzige für normale Wagen wenigstens einigermaßen erträgliche Straße des Landes fährt. An den Stellen, wo Amerikaner oder Sowjetrussen die Straße bauen oder unterhalten, ist sie befahrbar. In den anderen Teilen: zerstörte Brücken, Schlaglöcher oder einfach Pisten durch den Sand.
Wir sind drei Wochen lang durch das Land gefahren. Ich kann Dir nicht von allem schreiben, was wir erlebt haben. Charakteristisch eine große Freundlichkeit, mit der man überall als Deutscher aufgenommen wurde. Aber gleich-



Herat: Große Moschee

zeitig etwas deprimierend, wenn man feststellt, daß einer der Hauptgründe dafür in unserer Gegnerschaft zu England im letzten Krieg begründet liegt. Am eindrucksvollsten Herat: Im 15. Jahrhundert eines der Zentren der „Islamischen Renaissance" – Sitz einer theologischen Hochschule, deren geistige Auswirkungen bis nach Europa reichten. Heute besteht aus dieser Zeit u. a. noch die „Große Moschee". Wir hatten, nach all dem, was wir auf der bisherigen Fahrt an Zerstörtem und Halbzerfallenem gesehen hatten, nicht erwartet, ein Bauwerk vorzufinden, daß noch heute voller Schönheit dasteht. Über Jahrhunderte hinweg ist die Kunst des Kachelbrennens bei der Bevölkerung erhalten geblieben. Kunsthandwerk, von dem sonst in ganz Afghanistan (mit Ausnahme der Teppichknüpfens) kaum etwas zu spüren ist, hier lebt es noch. Aber daneben die halbzerfallenen Lehmhäuser, genau wie in jeder anderen Stadt. Geistig stehen uns die Baudenkmäler in Herat und der Umgebung erstaunlich nahe. Als wir ein altes Grabdenkmal, eine Ansammlung von Heiligengräbern in der Nähe der Stadt besuchten – ich habe Dir die Zeichnung einer Grabplatte mitgeschickt – sahen wir in einer Seitennische einen alten islamischen Geistlichen, der mit einem Rosenkranz in der Hand betete. Die Bruchstücke eines Chorals, die er dabei formulierte, erinnerten in ihrer Melodik etwas an gregorianische Choräle. Dazu die Umgebung, eine geschlossene Anlage, Grabplatten unter Olivenbäumen und Kiefern, an den Seitenwänden in Ornamenten immer wieder das Band, das sich ins Unendliche fortsetzen ließ: Die geistige Atmosphäre könnte ich mir in einem Klostergarten in Südfrankreich genauso vorstellen. Ich hatte plötzlich das Gefühl, zu dieser Welt einen Zugang gewonnen zu haben.
Ich hoffe, daß es mir mit diesem Bericht, so subjektiv wie er ist, gelungen ist, Dir einen kleinen Eindruck von Afghanistan zu vermitteln. Sei vielmals gegrüßt von Deinem Klaus.

Straßenbild von Kabul

„Halleluja?" . . . Halleluja!

Man sollte eigentlich nach Israel auswandern

Wir haben kapituliert. Wir liegen am Boden, niedergeschmettert von einem, der – nach eigenen Angaben – „in Tel Aviv als freier Schriftsteller (lebt), nachdem er sich zuvor als freier Schlosser im Kibbuz, freier Garagenbesitzer und in einer Reihe anderer freier Berufe betätigt hat." Unsere Zwerchfelle sind zerstört, obwohl wir doch nur mit äußerster Vorsicht die TNT-haltigen Pointen genossen haben, die dieser Ephraim Kishon, von dem hier die Rede und im Folgenden die Story ist, in jede auch seiner kleinsten Nebensätze und in selbst die unauffälligsten Fußnoten eingebaut hat.
Nach unserer eigenen Erfahrung brauchen wir gar nicht mehr auf die Gefährlichkeit dieses Buches hinzuweisen:

Ephraim Kishon: „Drehn Sie sich um, Frau Lot!", Satiren aus Israel. Ins Deutsche übertragen von Friedrich Torberg. Verlag Langen-Müller, München. 220 S., Leinen, DM 14,80.

Worinnen 37 Satiren enthalten sind, zu denen man auch noch des Autors heimtückische Einführung und den Klappentext zählen muß. Der Preis des Buches ist eigentlich das einzige Mittel, das Unvorsichtige vor einem Kauf zurückschrecken läßt. (Es soll ja noch eine verschwindende Minderheit von Bundesbürgern geben, die nie Geld haben. Aber wie ist das in Israel? Kishon: „Das gesamte Großkapital ist hierzulande in jüdischen Händen zusammengezogen, ein Umstand, der allseits heftigen Unwillen erregt.") Zum Buch selbst können wir keine weiteren Hinweise geben, als eben den, die Irrsinnstat zu unternehmen, sich anschließend in die Behandlung eines fähigen Spezialisten für innere Chirurgie zu begeben und zu guter Letzt – gleich uns – zu beschließen, daß man eigentlich nach Israel auswandern sollte. (Doch Achtung! „Israel dürfte das einzige Land der Welt sein, in das jeder Wahnsinnige einreisen kann. Aber man läßt ihn nie wieder hinaus, damit er dem Land keine Schande macht." – Kishon-Fußnote).
Sollten Sie allerdings die Absicht hegen, irgendwelche exotischen Gegenstände für Ihre lieben Verwandten als Weihnachtsgeschenke zu bestellen, dann lesen Sie sich lieber erst die folgende Geschichte durch, die auch in „Drehn Sie sich um, Frau Lot!" enthalten ist. Man kann nie wissen. . . .
Zu diesem Entschluß hat uns auch der Klappentext verholfen, der uns hingewiesen hat auf „. . . zwei wichtige neue Erkenntnisse: 1. daß in Israel alles ganz anders ist als anderswo, und 2. daß in Israel alles ganzgenau so ist wie anderswo."
Und zur vortrefflichen Demonstration und Illustration dessen bringen wir hier mit freundlicher Genehmigung des Verlages Albert Langen-Georg Müller die folgende Satire aus „Drehn Sie sich um, Frau Lot!" hc

EPHRAIM KISHON:

DER SCHAUKELHENGST

Mit Ihrer freundlichen Erlaubnis kommen wir nunmehr zu den künstlichen Zores. Ohne falsche Bescheidenheit: die Juden waren seit jeher Meister in der Kunst, sich das Leben möglichst kompliziert zu gestalten. Auch hier in Israel haben wir es auf diesem Gebiet zu bedeutenden Leistungen gebracht, vor allem dank unserer Bürokratie. Es gibt kein größeres Glücksgefühl, als mit einer Regierungsstelle zu tun gehabt zu haben, und nicht selten entringt sich dem glücklich Überlebenden hernach der Ausruf: „Mit wem haben die mich verwechselt?" Aber das ist nicht die Regel. Die Regel ist, daß man von den verschiedenen Beamten hin- und hergeschickt wird. Manchmal auch her und hin. Und niemals in eine bestimmte Richtung.
Als meinem Freund Jossele ein Sohn geboren wurde, wollte ich dem Kleinen ein besonders schönes Geschenk kaufen, ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt. Infolgedessen schrieb ich einen Brief an Onkel Egon nach Amerika. (Das briefliche Anschnorren amerikanischer Verwandter ist ein alter israelischer Nationalsport, der nach ungefähr folgenden Regeln gespielt wird: Man entdeckt in den Vereinigten Staaten einen entfernten Verwandten, um den man sich sein Lebtag nicht gekümmert hat, und läßt den ersten Versuchsballon starten, wobei es sich empfiehlt, eine möglichst zittrige Handschrift zu verwenden: „Einziger und einzig geliebter Onkel, Du wirst Dich sicherlich gewundert haben, warum Du so lange nichts von mir gehört hast. Aber das Leben hier ist schwer und ich bin sehr beschäftigt. Brauchst Du vielleicht irgend etwas, mein Lieber? Wenn ja, dann schreibe mir, und ich schicke Dir sofort ein großes Hilfspaket. Aber Du mußt Dich beeilen, denn ich stehe am Rande des Hungertodes. . . "
Wenn der betreffende Onkel – der natürlich auch eine Tante, ein Vetter oder sonst etwas Entferntes sein kann – die Unvorsichtigkeit begeht, auf einen solchen Brief zu antworten, ist der Grundstein zu einer langen, fruchtbaren Zusammenarbeit gelegt). Knappe zehn Tage später wurde ich von der Zollabteilung des Hauptpostamtes verständigt, daß ein großes Paket für mich angekommen sei.
Der Beamte, bei dem ich mich einfand, war außerordentlich höflich und schälte mit engelsgleicher Geduld eine Papierverpackung nach der anderen ab, bis sich meinem Blick der verblüffende Anblick eines stattlichen, wohlproportionierten Schaukelpferdes bot.
Ich muß gestehen, daß ich mich ein wenig über Onkel Egon ärgerte. Josseles Sohn war um diese Zeit zwei Wochen alt, und ein zwei Wochen altes Baby braucht kein Schaukelpferd. Aber nun war es einmal da, und ich wollte es ausprobieren. Doch das erlaubte mir der Beamte nicht. Ich dürfe, so erklärt er mir, das Schaukelpferd nicht anrühren, bevor ich nicht die Zollgebühr erlegt hätte. Sie belief sich auf 871,30 Pfund.
„Das ist ja der helle Wahnsinn! Warum so viel?"
„Sehen Sie selbst", sagte der Beamte und hielt mir irgendeine Gebührentabelle unter die Nase. „Es handelt sich um ein für Reitzwecke importiertes Vollblut."
„Vollblut? Wovon sprechen Sie?"
„Unser beeideter Sachverständiger hat diesen Hengst als dreijähriges, hochgezüchtetes, normannisches Rennpferd klassifiziert. Und erzählen Sie mir gefälligst nicht, daß es aus Holz ist, denn in § 117/82/kp steht kein Wort davon, aus welchem Material ein Pferd hergestellt wird. Ein Pferd ist ein Pferd." Damit schloß der Beamte seine Darlegungen.
Da er jedoch nicht nur Beamter, sondern auch Mensch war, gab er mir den Rat – „streng vertraulich", wie er sofort hervorhob –, eine Eingabe an die Zollbehörde zu richten und das Pferd als „Spielzeug" zu deklarieren. Ich dankte ihm für seine Hilfsbereitschaft, verschaffte mir ein notariell beglaubigtes Geburtszertifikat des Spitals, wo Josseles Sohn das

Licht der Welt erblickt hatte, und untermauerte damit meine Eingabe. Außerdem brachte ich eine eidesstattliche Versicherung bei, daß ich bereits im Jahre 1928 jede gesetzwidrige Erwerbstätigkeit aufgegeben habe und nicht beabsichtige, das Pferd mit Profit zu verkaufen.

Die Eingabe ging ihren vorschriftsmäßigen Weg, und schon nach wenigen Wochen hielt ich den vorgedruckten Bescheid der Zollbehörde in Händen: meinem Ansuchen könne leider nicht stattgegeben werden. Ich setzte mich sofort mit einem Rechtsanwalt in Verbindung, der nach gründlichem Studium der Angelegenheit zu dem Schluß kam, daß die Höhe des geforderten Zollbetrages auf den Vermerk „für Reitzwecke" zurückzuführen sei. Seine weiteren Nachforschungen ergaben, daß die Zollgebühr für Nutzpferde, die im Wirtschaftsleben Verwendung finden könnten, bedeutend niedriger sei. Wir richteten deshalb ein Gesuch an das Landwirtschaftsministerium und baten, das Pferd als „Nutzpferd" zu klassifiziern.

Bald darauf erschien ein hoher Beamter des Landwirtschaftsministeriums in meiner Wohnung und machte mich aufmerksam, daß ich vergessen hatte, in meinem Gesuch den Namen des Pferdes anzuführen.

„Schultheiß", sagte ich, denn ich besaß einen pferdegesichtigen Freund, der so hieß. Der Beamte notierte den Namen und übergab mir einen Durchschlag des hierzu verwendeten Formulars.

Von da an ging alles glatt. Das Landwirtschaftsministerium verständigte mich, daß ich Schultheiß als Nutzpferd führen dürfe, sobald ich den Nachweis erbracht hätte, daß ich ihn für meine Zuchtfarm benötige. Da es offenes Geheimnis war, daß ich keine Zuchtfarm besaß, wandte ich mich von neuem an meinen Anwalt, der mir nach Prüfung der einschlägigen Gesetze den Bescheid gab, daß schon der Besitz einer einzigen Stute mich zur Haltung eines Hengstes berechtige. Wir verständigten das Landwirtschaftsministerium, daß meine Stute Brunhilde in Naharia eingestellt sei. Ein in Naharia wohnhafter Jockey, der zu meinen begeisterten Lesern gehört, erklärte sich gegen mäßiges Entgelt (fünfzig Pfund) bereit, mir eine schriftliche Bescheinigung auszustellen, die überdies den Vermerk enthielt, daß Brunhilde rossig und eine sofortige Intervention Schultheißens von größter Wichtigkeit für die israelitische Pferdezucht wäre.

Eine Woche später läutete es an meiner Türe. Zwei Detektive drangen ein und wiesen einen gerichtlichen Hausdurchsuchungsbefehl vor. Der Staat Israel hatte mich auf Betrug verklagt.

„Sie wollen uns einreden, daß ein Schaukelpferd Junge kriegen kann?" schnauzte einer der Detektive mich an. „Halten Sie uns für komplette Idioten?"

Ich bejahte, packte das Nötigste zusammen und nahm Abschied von meinem Weib. Erst im letzten Augenblick fand ich meine oft bewährte Schlagfertigkeit wieder:

„Aber meine Herren", sagte ich. „Wissen Sie denn nicht, daß auch Brunhilde ein Schaukelpferd ist?"

Die Detektive flüsterten miteinander und entschieden sodann, daß dies natürlich eine grundlegende Änderung der ganzen Situation bedeute, brachten ihre Entschuldigungen vor und verabschiedeten sich. Zwei Stunden später wurde mir eine Rechnung im Betrag von hundertsiebzehn Pfund zugestellt: „Stallgebühren für Hegst Schultheiß." (Onkel Egon, so schien es, war ein weitblickender Mann und mit den Verhältnissen in unserem jungen Staate erstaunlich gut vertraut; offenbar hatte er es darauf angelegt, daß Jossels Sprößling den geschenkten Gaul erst dann zu sehen bekäme, wenn er ihm ins Maul schauen könnte.)

Ein weiterer Zwischenfall ergab sich mit dem von der Regierung bestellten Tierarzt. Dieser erschien auf Anweisung des Landwirtschaftsministeriums im Zolldepot, untersuchte den staubüberdeckten Schultheiß und diagnostizierte „unhygienische Verfassung, möglicherweise ansteckend". Der Befund hätte ernsthafte Folgen haben können, aber zum Glück stellte sich heraus, daß ein Vetter des Pferdedoktors mit dem Schwager von Frau Toscanini verwandt war, so daß dem Befund noch ein Vermerk hinzugefügt wurde: „Die Zeugungsfähigkeit des Hengstes ist zweifelhaft."

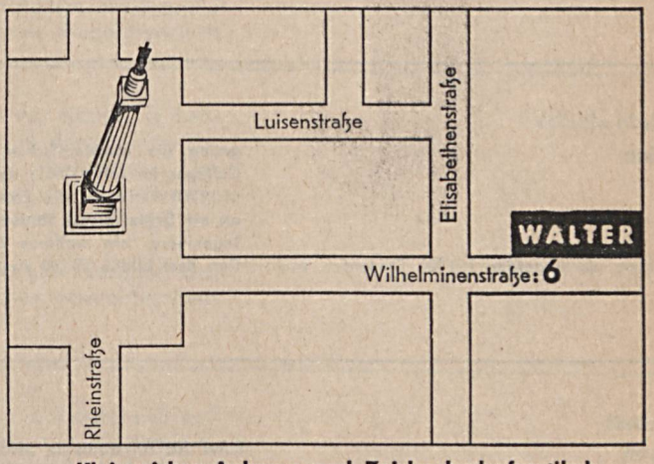
Leider waren damit noch nicht alle Schwierigkeiten aus der Welt geschafft. Das Landwirtschaftsministerium verlangte zu wissen, wo ich die Schaukelstute namens Brunhilde gekauft und wieviel Luxussteuer ich für sie bezahlt hätte. (Nach Ansicht des israelischen Finanzministers ist alles, was für Geld erworben werden kann, ein Luxus). An diesem Punkt der Entwicklung trat mein Anwalt – mit der Begründung, daß er eine Familie erhalten müsse – von meinem Fall zurück. Der Gedanke, daß ich nunmehr allein dem gesamten Staatsapparat gegenüberstand, riß mich zu dem nicht unsriskanten Schritt hin, ein Einfuhrlizenzformular für rückwärtige Motorradketten mit Brunhildes Namen auszufüllen und das das Ministerium zu schicken.

In der darauffolgenden Nacht wurde ich verhaftet. Offenbar war das Formular nicht mit der ausreichenden Menge von Stempeln versehen – ein Verbrechen, das nach ottomanischem Recht noch schwerer wiegt als der Verrat von Atomgeheimnissen. (Der Staat Israel hat noch keine eigene Jurisdiktion ausgearbeitet und stützt sich deshalb zum Teil auf die englischen, zum Teil auf die alten türkischen Gesetze – je nachdem, was für die Regierung gerade vorteilhafter ist.)

Die Verhandlung war kurz. Dank meiner bisherigen Unbescholtenheit bekam ich nur zwei Jahre Gefängnis; die drei Monate, die ich im Verkehr mit den Behörden verbracht hatte, wurden mir angerechnet.

Man wies mich in die Zelle Nummer 18 des alten Gefängnisses von Jaffa ein. Anfangs litt ich sehr unter dem ungerechten Urteil und vor allem unter der Einsamkeit, aber eines Tages wurde die Zellentür aufgestoßen, und ich erhielt die Gesellschaft eines gutartigen, wenngleich schon etwas herabgekommenen Zugpferdes. Es war gleichfalls wegen Betrugs verurteilt worden, weil es sich vor den Hafenbehörden in Haifa als Schaukelpferd ausgegeben hatte.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages entnommen aus: Ephraim Kishon: „Drehn Sie sich um, Frau Lot!", Satiren aus Israel; erschienen im Verlag Albert Langen — Georg Müller, München.



Kleinzeichen-Anlagen und Zeichenbedarfsartikel in größter Auswahl

Wolfgang Walter

Lieferung im Darmstädter Raum frei Haus
Wilhelminenstraße 6 DARMSTADT Ruf 75562 u. 75190

AUSLAND

Österreich

Schüsse gegen das österreichische Parlament wurden zu nächtlicher Stunde aus einem Auto unbekannten Kennzeichens abgefeuert. Die Polizei fand am Tatort neben den Einschlägen ein Plakat mit den Farben schwarz-rot-gold und der Ankündigung „Die deutsche Burschenschaft kämpft weiter". Der Zwischenfall wird im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer rechts-extremistischen Geheimorganisation gebracht, die sich vornehmlich aus Studenten der Burschenschaft „Olympia" zusammensetzte und auf deren Konto auch Molotow-Coktail-Attentate in italienischen Städten in Zusammenhang mit der Südtirolfrage kommen. Der österreichische Innenminister hat die Auflösung der „Olympia" angekündigt. Studentenspiegel

Schweden

Der Nationalverband der schwedischen Studenten wendet sich in seinem Zentralorgan „Studenten" aufs neue gegen die in den Satzungen des Nationalverbandes enthaltene Klausel, nach der es den Delegierten verboten ist, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Nachdem die „student as such"-Klausel von der ISC aufgehoben worden ist, sei für die Delegierten der schwedischen Studentenschaft auf internationalen Studentenkonferenzen eine neue Situation entstanden, die eine aktive Mitarbeit der SFS-Delegierten an den Beschlüssen mit politischem Akzent unmöglich machten. Studentenspiegel

USA

Studenten der New Yorker Stadt-Colleges protestieren gegenwärtig gegen das von den Universitätspräsidenten verhängte Redeverbot für Kommunisten und andere Sprecher. Das letzte Verbot wurde von dem Präsidenten am Brooklyn-College gegen den Assembly-Mann der Demokraten, Mark Lane, erlassen, weil er bereits wegen Friedensbruch bestraft und dadurch vorbelastet sei. Lane hatte sich letzten Sommer an einer „Friedensfahrt" nach Jackson im Staate Missouri beteiligt und war dort wegen des genannten Delikts abgeurteilt und bestraft worden. Studentenspiegel

Kongo

Die erste Nationale Pädagogische Hochschule konnte in Leopoldville eröffnet werden In dem Institut sollen Lehrer für Oberschulen ausgebildet werden. Daneben gibt es Schnellkurse, in denen ausgewählte Volksschullehrer die Lehrbefähigung für die unteren Klassen der Oberschule erwerben können. Die Hochschule plant ferner ein bewegliches „Lehrer-Team" zu schaffen, das im ganzen Land eingesetzt werden kann. Für den Lehrkörper der Hochschule wurden 7 Professoren von der UNESCO entsandt. Der British Council hat sich bereit erklärt, einen oder zwei Englisch-Lehrer zur Verfügung zu stellen. Der Lehrbetrieb begann am 20. November Studentenspiegel

China

Diplome an ungefähr 160 000 Studenten vergaben die rotchinesischen Universitäten und Colleges im Jahre 1961; das sind 27 000 mehr als 1960 berichtete die Presse Rotchinas. Mehr als ein Drittel dieser Studenten sind angehende Ingenieure, ein weiteres Drittel sind Lehrer. Den Rest bilden 19 000 Ärzte, 10 000 Landwirtschaftsexperten sowie Studenten der Natur- und Sozialwissenschaften, Literatur, Kunst, Sprachen usw. — Dazu sagte der Außenminister Chen Yi, um dem Staate zu dienen, müsse nicht jeder Abiturient ein politisch aktiver Kommunist sein. Studentenspiegel

Japan

Rund 200 linksradikale Studenten demonstrierten am 31. Oktober vor der sowjetischen Botschaft gegen die russische 50-Megatonnen Versuchsbombe. Führer der ultra-linken Studentenvereinigung Zengakuren versuchten, dem Botschaftspersonal eine Protestnote zu überreichen, wurden aber nach Mitteilung der Polizei nicht in das Gebäude vorgelassen. Auf dem Wege zur Botschaft protestierten die Demonstranten mit Plakaten und Sprechchören gegen den russischen Superbomben-Test.
Studentenspiegel

Stipendien

Eine zu enge Bindung der Austauschprogramme an die jeweiligen Kulturabkommen beklagten die Auslandsreferenten der Allgemeinen Studentenausschüsse an den westdeutschen und Westberliner Universitäten und Hochschulen auf einem Seminar in Honnef. Durch diese enge Bindung sei es vielfach ausländischen Studenten nur durch gute persönliche Beziehungen zu ihrer Regierung möglich, in den Genuß eines Stipendiums in Deutschland zu kommen. Es wurde vorgeschlagen, mehr Stipendien für unmittelbare Bewerber dem deutschen akademischen Austauschdienst zur Verfügung zu stellen.

Deutscher Studentenpressedienst

Konferenz der Kultusminister

Die ständige Konferenz der Kultusminister der Länder gab jetzt bekannt, daß vorbehaltlich der Genehmigung der Landesparlamente in den Haushaltsplänen 1962 u. a. 355 Ordinariate und Extra-Ordinariate, 731 Stellen für wissenschaftliche Lehrkräfte sowie 1276 Stellen für wissenschaftliche Assistenten geschaffen werden. Damit werden die von der Kultusministerkonferenz vorgelegten Vorschläge zur Durchführung der Empfehlung des Wissenschaftsrates in vollem Umfang verwirklicht. Die neuen Lehrstühle sollen vornehmlich in den Disziplinen eingerichtet werden, bei denen zur Zeit das Studium durch Massenandrang erschwert ist.

VDS-info.

ISSF protestiert

Der Internationale Studentenbund ISSF protestierte in einem Schreiben gegen die zwangsweise Rekrutierung der ostzonalen Studenten zum Waffendienst. In seinem Aufruf schreibt der ISSF: „Der Waffendienst als Voraussetzung zum Studium in Mitteldeutschland ist eine derartig eklatante Verletzung jedes klassischen Bildungsbegriffes, daß wir dieser Forderung fassungslos gegenüberstehen, umsomehr, als diese Maßnahme dazu beitragen soll, Haß und Furcht zwischen Menschen eines Volkes zu verbreiten."

VDS–info.

SHB wirbt

Neue Wege der Mitgliederwerbung beschritt der sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) in seiner Bonner Ortsgruppe, in dem er am 9. 11. junge Semester der Universität Bonn zu einem Kontaktabend einlud. Prof. Carlo Schmid, sowie andere Parlamentarier der SPD und verschiedene Hochschullehrer stellten sich den jungen Studenten zu Gesprächen zur Verfügung. Dabei betonte Carlo Schmid, daß der SHB von der SPD unabhängig sei. Auf die Abspaltung des sozialistischen deutschen Studentenbundes SBS anspielend, erklärte Prof. Schmid, daß gelegentlich starke Meinungsverschiedenheiten eine organisatorische Trennung von der Partei notwendig machen, daß man aber trotzdem miteinander Freund bleiben könnte.

Information aus der Studentenschaft

VDS-Reinfall

Anfang Mai 1961 führte der Nationale Studentenverband des Kongo in Leopoldville seinen ersten Kongreß durch. Dieser Kongreß wurde durch einen Zuschuß des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) mitfinanziert. Der VDS hatte von jedem seiner 200 000 Studenten einen Betrag von fünf Pfennig erhoben und diese Spenden dem Nationalen Studentenverband des Kongo zur Verfügung gestellt.

Wie aus Leopoldville bekannt wird, hat der Nationale Studentenverband des Kongo jetzt einen Aufnahmeantrag an den Kommunistischen Internationalen Studentenbund (IBS), gestellt.

Justiz

Die Mannheimer Staatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann beklagte sich auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum über die Hindernisse, die der zentralen Untersuchungsstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg bereitet werden. Danach ist es den mit der Strafverfolgung betrauten Staatsanwälten nicht möglich, die gesuchten Personen im Fahndungsbuch auszuschreiben. Begründung: die Polizei-Organe seien zu stark mit Nationalsozialisten durchsetzt und daher unzuverlässig. Es sei „nicht gewährleistet, daß einer, der ausgeschrieben wird, nicht am nächsten Tag gewarnt ist."

Der Spiegel, Dezember 1961

Bücher

Hans Anger:
Probleme der deutschen Universität
Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten.
I. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1960, 675 S., DM 39,– (Bw.) 44,– (Lw)

Die vorliegende sehr sorgfältige soziologische Untersuchung wurde an den Universitäten Bonn, Frankfurt, Heidelberg und Kiel im Wintersemester 1953/54 durchgeführt. 64 offene Fragen (die sich nicht durch ja oder nein und andere festliegende Kurzantworten beantworten ließen) wurden an 138 Professoren und Dozenten gestellt, das sind 14% des Lehrkörpers der befragten Hochschulen. Der Verfasser stellt ausdrücklich fest, daß die Ergebnisse keine statisch gesicherte Geltung für Technische Hochschulen haben. Man kann aber trotzdem sicher einige Ergebnisse als auch für die Professoren und Dozenten gültig annehmen. Aus einzelnen Fragen ergeben sich Fragengruppen zu den Themen:

1. Studienmotive der Studenten,
2. Studentisches Gemeinschaftsleben (Korporationen und freistudentisches Gemeinschaftsleben),
3. Studentische Selbstverwaltung,
4. Das Verhältnis Dozent/Student,
5. Einheit der Universität
6. Aufgaben und Ziele der Universität
6. Nachwuchsprobleme: Ergänzung und Gliederung des Lehrkörpers,
8. Universität und Frau: die Frau als Studentin — die Frau als Dozentin.

Dr. Hans Anger ist Mitglied des Instituts für empirische Soziologie der Wirtschaftshochschule Mannheim, das von Professor Eduard Baumgarten geleitet wird, der mit seinen Vorschlägen zur Hochschulreform hervorgetreten ist.

Das Anliegen einer Hochschulreform ist auch die Grundlage der vorliegenden Untersuchung, das wird an vielen Stellen deutlich, besonders in dem Fragenkomplex Nachwuchsprobleme: Ergänzung und Gliederung des Lehrkörpers.

In dem Buch werden nicht nur die statistischen Ergebnisse wiedergegeben. Bei jedem Fragenkomplex werden in einer Richtung besonders auffallende oder für den Durchschnitt typische Aussagen in einer Übersicht wörtlich (selbstverständlich ohne Namensnennung des Befragten, aber mit Nennung seiner Fakultät) abgedruckt. Anger geht jeder Einzelheit genau nach. Besonders aufschlußreich sind die Querverbindungen, die er zwischen den einzelnen Fragenkomplexen zieht. So stellt er z. B. fest: Wo zu erkennen gibt, daß das Nachwuchsproblem in seinen Augen ein akute Frage ist, setzt sich im Interesse eines fruchtbaren Lehrbetriebs oft energisch für eine Beseitigung des zahlenmäßigen Mißverhältnisses zwischen Studenten und Dozenten ein, befürwortet im allgemeinen einen engeren Kontakt zwischen Lehrer und Schüler, interessiert sich für Fragen des studentischen Gemeisnchaftslebens und scheint auch über die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung besser informiert zu sein als der Durchschnitt der Befragten. In allen diesen Punkten nimmt die Gegengruppe die umgekehrte Haltung ein: selten heißt es bei dieser Gruppe, daß ein engerer Kontakt zwischen Lehrer und Schüler dem Lehrbetrieb förderlich sei, nur in Ausnahmefällen wird über das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen Dozenten und man hält sehr selten eine Vergrößerung des Lehrkörpers für erforderlich. Uber die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung ist diese Gruppe offenbar besonders schlecht informiert.

Die Gründlichkeit des Buches läßt wenig zu wünschen übrig und straft die sicher häufig verbreitete Meinung Lügen, daß die Soziologie und die Methoden der Umfragen oberflächlich seien.

Als Gegenstück fehlt noch eine umfassendere Untersuchung über die Studenten.

Uber manche Einstellung des Lehrkörpers gibt die Untersuchung Aufklärung, sie zerstört manche Illusionen und zwingt uns, alle Uberlegungen zur Hochschulreform auf eine sehr nüchterne, leider allzu nüchterne Grundlage zu stellen, nämlich die wahrscheinliche Einstellung eines großen Teiles des Lehrkörpers.

wm

HALLOO-WACH macht munter

Franz Dornseiff:
Der deutsche Wortschatz nach Sachgruppen mit alphabetischem Generalregister.
Verlag Walter de Gruyter & Co, Berlin W 35, 1959, 922 S., DM 38,–.

Wer Freude an der Sprache hat, wird auch dieses dickleibige Wörterbuch schätzen und überrascht sein, daß man sich darin wie in einen Roman vertiefen kann. Das Buch unternimmt den Versuch, die Wörter der deutschen Sprache nach Sachgruppen begrifflich geordnet vorzuführen. Man findet darin also die Bezeichnungsmöglichkeiten für einen bestimmten Gegenstand oder Begriff, d. h. die Wörter ähnlicher oder fast gleicher Bedeutung (Synonyma).

Dieses Wörterbuch hat neben seinem Wert für die Sprachwissenschaft einen allgemeinen Gebrauchswert. Es liefert das Wort, das auf der Zunge liegt, sich aber nicht einstellt, und erschließt dem, der sich einmal mit dem Nachschlagen vertraut gemacht hat, den unerschöpflichen Reichtum der Sprache. Man muß nicht unbedingt Schriftsteller oder Germanist sein, um den Reiz zu verspüren, der darin liegt, einen Sachverhalt oder ein Erlebnis treffend und schön auszudrücken. Ein Synonymen-Wörterbuch ist ein nützliches Handwerkszeug für jeden Schreibenden. Es löst die Ausdruckshemmungen, indem es die abgedroschenen Wörter beiseite räumt, die die Sprachkanäle zu versperren drohen, und andere unverbrauchte Ausdrücke anbietet.

Der „Dornseiff" ist nicht das einzigste Synonymen-Wörterbuch der deutschen Sprache. In dem Nachschlagewerk von Wehrle-Eggers des Ernst-Klett-Verlages liegt jetzt ein in Preis und Qualität etwa gleichwertiger Konkurrent auf dem Markt vor. Der Wert eines solchen Wörterbuchs hängt stark von dem System der Anordnung ab. Dornseff teilt den gesamten Wortschatz in 20 Hauptgruppen ein. In dieses Begriffssystem ist der gesamte Wortschatz unter ca. 1000 Stichworten eingeordnet. Damit auch derjenige, der noch nicht mit dem System des Buches vertraut ist, schnell das Wort findet, dessen Synonyme er sucht, ist dem Hauptteil ein umfangreiches alphabetisches Generalregister angefügt. Mit seiner Hilfe gelangt man fast immer ohne langes Suchen zu seinem Ziel.

Der „Dornseiff" hat sich seit Jahrzehnten bewährt, er liegt nun schon in der 5. Auflage vor. Wenn es auch immer noch Wörter geben mag, die er nicht enthält, so dürfte die Anzahl und Vielseitigkeit der hier zusammengestellten Synonyme doch allen vernünftigen Ansprüchen genügen.

ra.

Heinz Robert Schlette:
Sowjethumanismus
Prämissen und Maximen kommunistischer Pädagogigk.
Kösel-Verlag, München, DM 5,80

Mit Heinz Robert Schlettes ‚Sowjethumanismus' wird uns eine Erscheinung vorgelegt, die es wert ist, gelobt zu werden. Es ist dabei besonders zu erwähnen, daß fast ausschließlich sowjetische Literatur — größtenteils neuesten

Wir vermitteln unverbindlich, individuell und kostenfrei Stellen für

AKADEMIKER ALLER FACHRICHTUNGEN

Für Examenskandidaten erscheint jetzt laufend ein Stellenanzeiger mit Stellenangeboten für Jungakademiker, der bei den Prüfungsämtern und dem AStA erhältlich ist.

Anmeldevordrucke für eine Vermittlung sind ebenfalls beim AStA zu erhalten.

Interessenten werden gebeten, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

ZENTRALSTELLE FÜR ARBEITSVERMITTLUNG
Frankfurt am Main, Eschersheimer Landstraße 1—7

Datums — verwendet wurden, aber ebenso kritische Stimmen (J. P. Sartre, A. Camus) zu Wort kamen. Die Aufgabe des Buches sah Schlette darin, ‚die Folgerichtigkeit darzustellen, die vom Marxismus-Leninismus als Ideologie zur kommunistischen Pädagogik führt'. Daß die Untersuchung in der Form potentieller Übereinstimmung niedergeschrieben wurde, macht sie noch interessanter.
Im ersten Kapitel wird die Geschichte als Negation der Metaphysik geschildert und damit die Begründung der Prämissen der Dialektik gegeben. Das zweite Kapitel (der Mensch im Prozeß der Geschichte) enthält eine Erklärung der Auffassung Plechanows von Freiheit und Notwendigkeit (Freiheit der Einsicht in die Notwendigkeiten). Es wird die Wichtigkeit der Beseitigung des objektiven Feindes trotz subjektiver Gutwilligkeit behandelt, wobei der Einzelne als ‚Personifikation ökonomischer Kategorien' angesehen wird. Auf die Festlegung der Normen durch die Partei und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten wird anschließend hingewiesen. Beides Probleme, die in der aktuellen Außenpolitik der Sowjetunion eine entscheidende Bedeutung haben. Ein Kapitel über die Erziehung zur Dialektik schließt sich an. Die Unterscheidung von philosophisch fundierter Ideologie und niveauloser Agitation fällt angenehm auf. Eine Einleitung und ein Rückblick, in dem auf die mangelnde Beweiskraft der geschichtsphilosophischen Prämissen hingewiesen wird, runden die Untersuchungen ab. Die ausgezeichneten Anmerkungen seien nicht unerwähnt. Alles in allem, bei niedrigem Preis eine lohnende Gelegenheit für den interessierten Leser. la.

Winfried Martini: Freiheit auf Abruf Kiepenheuer u. Witsch, DM 18,50

Die mangelnde innere Festigkeit der Bundesrepublik infolge des Souveränitätsdefektes und die Notwendigkeit der Änderung dieses Zustandes gaben wohl Martini den Anstoß, seine Gedanken niederzuschreiben.
Es entstand ein erstaunliches Buch. Was darin an Halbwahrheiten und primitiven Vereinfachungen zusammengebraut wurde, erscheint umso überraschender, als dieses Buch in einem so bekannten Verlag erschienen ist. Daß es in der Bundesrepublik Menschen gibt, die die Politik der Stärke, die im entscheidenden Moment oft so schwächlich ist (siehe Berlin), bis zum letzten verfechten, ist bekannt. Wenn aber von „perversen Konsequenzen" gesprochen wird, „aus denen der Ruf nach Verhandlungen" entsteht, wenn von „sentimentaler Propaganda" deutscher Zeitungen gegenüber algerischen „Rebellen" gesprochen wird, wenn die Meinung vertreten wird, „die Wiedervereinigung (sei) in Wirklichkeit ein Anspruch der Bundesrepublik, ihre Herrschaft auf das Territorium der SBZ auszudehnen", wenn die Teilung Deutschlands mit den Gebietsabtrennungen während der Weimarer Republik verglichen wird, um daraus die einzig rechtmäßige Vertretung des Deutschen Reiches durch die BRD zu schlußfolgern, so ist dies beachtlich. Daß dabei auch einige konstruktive Vorschläge aufgezeichnet wurden, erscheint nicht als Ausgleich. So fügt sich das letzte Kapitel ‚konstruktiver Pessimismus" nur schwer in das Ganze der Betrachtung ein.
Alles in allem ein gefährliches Buch, da es — besonders für den Leser, der sich nur wenig mit Politik beschäftigt — überzeugend und interessant geschrieben ist. la.

Wilhelm Kämmerer: Ziffernrechenautomaten Akademie-Verlag, Berlin 311 S., 156 Abb., geb., Preis: DM 29,–

Die wachsende Bedeutung des digitalen Rechenautomaten verlangt einen verstärkten Ingenieurnachwuchs, zu dessen Ausbildung übersichtliche und die wissenschaftlichen Grundlagen doch in genügend ausführlicher Form beschreibende Bücher unerläßlich sind. Zu diesen Grundlagenwerken gehört das Buch von W. Kämmerer: Ziffernrechenautomaten.
In fünf Kapiteln wird hier auf 311 Seiten in didaktisch folgerichtiger Weise eine Einführung in Theorie und Technik der Digitalrechner gegeben. Die Kapitel befassen sich nacheinander mit logischer Algebra, logischen Operationen, Arbeitsweise und Struktur der Rechenautomaten, Bauelementen und schließlich mit der Programmierung. In ihnen wird der Leser mit der Joule'schen Algebra und ihrer Anwendung in Schaltkreisen, mit der Arbeitsweise von Serien- und Parallel-Einadressen und Mehradressenmaschinen sowie mit deren technischer Realisierbarkeit vertraut gemacht. Die Programmierung behandelt der Verfasser am ausführlichsten. An einer gedachten Maschine werden Befehlskarten erläutert und die Vorbereitung von Rechenplänen erklärt. Schließlich wird auch die inzwischen zu großer Bedeutung gekommene automatische Programmierung erwähnt.
Der Verfasser vermeidet absichtlich die Behandlung spezieller Techniken und Verfahren, wodurch das Buch an Übersichtlichkeit und besonders an Wert als einführendes Werk gewinnt.

John von Neumann: Die Rechenmaschine und das Gehirn R. Oldenbourg, München 1960, 80 S.

Der Autor stellt in diesem Büchlein, das ursprünglich ein Vorlesungsmanuskript sein sollte, vergleichende Überlegungen an zwischen den mathematischen Voraussetzungen von Analog- und Digitalrechnern und den mathematischen Funktionen des menschlichen Gehirns.
Zahlendarstellung, Logik, Genauigkeiten, Charakteristiken der modernen Rechenmaschinen stehen Nervenimpulsen, Erregungskriterien, Neuronen als Speicher des Nervensystems gegenüber und schnell erweisen sich viele technische Begriffe dabei als fragwürdig. Wohl lassen sich die Erkenntnisse über die Reizleitung zu einer überzeugenden Aussage über deren ungewöhnliche Zuverlässigkeit verwerten. Sehr unbestimmt ist aber schon die Unterscheidung zwischen den logischen und arithmetischen Funktionen des Nervensystems und weiter die Zahlenübertragung als Art einer Frequenzmodulation. Ganz offen dagegen bleibt die „digitale" Natur der Gene und die Aussage über eine mögliche mathematische Primärsprache des Gehirns.
Der Verfasser nennt seine Überlegungen klugerweise „systematische Spekulationen". Diese Bescheidenheit ist verglichen mit den Aussagen anderer Köpfe, wie z. B. Prof. Karl Steinbruch in Karlsruhe, außerordentlich angenehm. Es erschreckt immer ein wenig, wenn der Mensch und sein Leben als „System" angesprochen wird. Sicher sind das Anzeichen nimmermüden Fortschrittglaubens.

Dipl.-Ing. Detlef Geisendörfer

Bedauerlicherweise haben wir in der letzten Nummer der dds vergessen, den Preis des Buches „Student und Politik" von Habermas-Friedeburg anzugeben. Das Buch kostet DM 14,80

Selbst wenn Sie außerhalb gekauft haben
sind wir selbstverständlich jederzeit zur Beratung da. Richtiger ist es aber ein Photogeschenk anzuschauen und sich fachgemäß bedienen zu lassen.
PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

DEMMIG-BÜCHER

Vom Zählen b. z. Gleichg. 1. Grades	DM 7,80	Differentialrechnung	DM 9,60
Von Proportionen b. z. Gleichg. 2. Grades	DM 9,60	Integralrechnung	DM 4,80
Vom Punkt bis zum Kreis	DM 6,50	Differentialgleichungen	DM 3,60
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichungen	DM 8,50	Statik starrer Körper	DM 9,60
Arithmetik und Algebra	DM 5,	Festigkeitslehre	DM 9,60
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 6, –
		Dynamik des Massenkörpers	DM 4, –
		Einf. i.d. Vektorenrechnung	DM 2,50

Vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. – Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Demmig-Verlag Kom.-Ges., (16) Darmstadt-Eberstadt

Was lange währt . . .

Bereits der erste Eindruck, der sich beim Betreten der neuen Hörsäle des Instituts für Elektrotechnik aufdrängt, erfreut in hohem Maße Auge und (wie sich später, nach Beginn einer Vorlesung herausstellt) auch das Ohr. Dem Ohre ist ebenso wie dem Auge die Täfelung von Wänden und Decke angenehm, die neben ihrem gefälligen Aussehen eine starke Schalldämpfung zur Folge hat, so daß selbst die Stimme des Dozenten (wenigstens im großen Saal) kaum zu stören vermag und nur nebelhaft zum Ohr des Zuhörers dringt.
Prachtstücke der neuen Hörsäle sind die Sitze, bei denen bereits das Platznehmen zu einem einmaligen Erlebnis wird, versinkt man doch in nicht vorauszuahnender Weise hinter und unter der Schreibplatte, was über eine Gedankenassoziation die Hoffnung entstehen läßt, man werde hier auch in entsprechend angenehmer Weise leicht in die unergründlichen Tiefen der Wissenschaft einzudringen vermögen.
Als besonders weitgehend durchdacht entpuppt sich die Anbringung und Ausbildung der Schreibplatten. Ihr Abstand von den Sitzen ist sehr großzügig derart gewählt, daß das Durchgehen bis zu einem in der Mitte der Reihe befindlichen Platz keine Tortur ist, sondern daß sogar zu spät kommende Hörer jetzt ihre Plätze einnehmen können, ohne das peinliche Gefühl in sich aufkommen lassen zu müssen, ihre Komilitonen, die für sie aufstehen, mehr als nötig zu belästigen.
Durch die kleinen Abmessungen der Platten wurde auch den Wünschen derjenigen Dozenten Rechnung getragen, die ständig dafür plädieren, man möge nicht so viel mitschreiben. Endlich können die Genies unter uns ihre spärlichen Aufzeichnungen mit Schwierigkeiten beim Erreichen der Schreibunterlage erklären. Sie brauchen nicht mehr das peinliche Zugeständnis zu machen, daß durch ihre geistigen Qualitäten jegliches Kolleg überflüssig wird. Denjenigen, die durch ihre Körpergröße zu den Tischchen leichter hinaufzulangen vermögen, verhilft das Schreiben mit gleichsam waagerecht vom Körper abgestrecktem Arm dazu, sich gerade zu halten und dient somit in bewundernswerter Weise ihrer Gesundheit. Es entspricht jedoch nicht den Tatsachen, daß durch diese Sessel neben der Körperhaltung auch die aufrechte Gesinnnung gefördert wird. Gänzlich übermüdete oder verlotterte Studenten (Anm.: Eine seltene Abart des homo studiosus) werden allerdings dadurch auf den Weg der Besserung geführt, daß auf diesen Stühlen selbst das Einschlafen Schwierigkeiten bereitet.
Es versteht sich selbstmurmelnd, daß bei Sitzgelegenheiten, die derart bis in alle Einzelheiten vom Erbauer durchdacht wurden, eine praktische Erprobung auf ihre Eignung für den Vorlesungsbetrieb durch entsprechende Stellen des Hochschulbauamtes völlig überflüssig ist, weil dadurch der Genialität des Herstellers gleichsam ein beleidigender Mißtrauensantrag gestellt würde.
Bogumil

Ansehen – ausprobieren – Freude schenken
können Sie nur, wenn Sie sich Photo-Artikel gewissenhaft vorführen lassen. Photokauf ist wirklich Vertrauenssache. 1 Jahr schriftliche Garantie, Umtauschrecht. 1/5 Anzahlung und 10 Monatsraten.
PHOTO-HAUSCHILDT,
Darmstadt, Ludwigstraße 9

bügelbrett in Darmstadt

„. . . bald wiederkommen!" So hieß es in den Kritiken zum ersten Auftreten des „bügelbretts" in Darmstadt. Nun waren sie wieder hier. Im ausverkauften W.-Köhler-Saal der TH sahen wir das neue Programm „Verdammt ist alle Redlichkeit". Ein gelungenes Programm; schockierend und lieblich – locker – leichtgewellt –, hochpolitisch und alltäglich; Szenen, die an Wolfgang Borchert erinnern und musicalartige Shownummern prallten da aufeinander. Die großartige Hannelore Kaub und ihre Mannen zeigten Kabarett von beachtlichem Niveau. Der erste Preis des Festivals der deutschen Studentenkabaretts, der dem „bügelbrett" kürzlich in Berlin zugesprochen wurde, erscheint durchaus gerechtfertigt.
Der neue Peter Kramer zeigte gute Leistungen und gibt dem Ensemble noch mehr Spielraum. Daß sich Wolfgang Beck nun fast ausschließlich dem Piano widmet, ist ebenfalls zu begrüßen. Sonst blieb alles beim alten: Hannelore Kaub, Peter Knorr und sunny-Siegfried Mehnert gaben ihr Bestes.
Ein Einwand allerdings: es wurde nicht etwa gebügelt, da wurde kräftig gehobelt, daß die Späne flogen – man hatte jedoch immer das glatte Brett im Auge.
Ia.

Neue AStA-Referenten und Fachschaftsleiter

Referenten 1962	
Referent für Finanzen	Hartmut Schütz
Sozialreferent	Norbert Kaufmann
Referent für politische und Bildungsfragen	Ulrich Mosig
Referent für Hochschul- und gesamtdeutsche Fragen	Günther Bub
Reisereferat	Sabine Schleicher
Auslandsreferat	Horst Rauck

Fachschaftsleiter 1962	
Architektur	Burkhard Heyden
Bauingenieurwesen	Hanspeter Harries
Maschinenbau	Peter Hofmann
Elektrotechnik	Rolf Basedow
Chemie	Hartmut Fueß
Mathematik/Physik	Wolfhart Glaser
Kultur- und Staatswissenschaften	Ingo Bredemeyer

HOCHSCHUL Sport

In den bisherigen Vorrundenspielen zu den Deutschen Hochschulmeisterschaften kämpften unsere Wettkampfsportler mit wechselnden Erfolgen.

I. Fußball

Nach anfänglichen Schwächen steigerten sich die Fußballer erheblich und zeigten in den letzten Spielen gute Leistungen.

Die Ergebnisse:

Uni Heidelberg — TH Darmstadt	5:2
TH Darmstadt — Uni Saarbrücken	0:0
TH Darmstadt — WH Mannheim	6:0

Gruppensieger Uni Heidelberg.

Der 2. Vertreter für die Zwischenrunde wird in einem Entscheidungsspiel zwischen Uni Saarbrücken — TH Darmstadt ermittelt.

II. Handball

Die Handballer sind durch zwei Niederlagen bereits in der Vorrunde ausgeschieden.

Die Ergebnisse:

Uni Heidelberg — TH Darmstadt	11:8
TH Darmstadt — WH Mannheim	7:9

III. Hockey

Die Deutschen Hochschulmeister 1961 im Hockey, die Mannschaft der THD, erzielte in ihren bisherigen Spielen überzeugende Siege.

Die Ergebnisse:

Uni Heidelberg — TH Darmstadt	1:3
TH Darmstadt — Uni Saarbrücken	4:0

Inzwischen hat Heidelberg seine Mannschaft zurückgezogen, so daß sich ein neuer Austragungsmodus ergibt. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Mannschaft der THD die Zwischenrunde nicht erreicht.

IV. Tischtennis

Die Wettkampfmannschaft verlor ihr 1. Spiel in Heidelberg mit 9:3, gewann aber gegen die mit Ersatz angetretene WH Mannheim mit 9:3. Die WH Mannheim besiegte Uni Heidelberg, so daß jeder Gruppenteilnehmer 2:2 Punkte erreichte.

Die Runde wird neu ausgetragen.

V. Volleyball

Das Volleyballvorrundenturnier in Karlsruhe konnte die Mannschaft der THD etwas überraschend als Sieger vor der Uni Mainz auf Grund des besseren Satzverhältnisses gewinnen.

Die Ergebnisse:

TH Darmstadt — TH Karlsruhe	2:0
TH Darmstadt — Uni Heidelberg	2:0
TH Darmstadt — Uni Frankfurt	2:1
TH Darmstadt — Uni Mainz	1:2

Das Zwischenrundenturnier findet Mitte Januar 1962 in Mainz statt.

VI. Turnen

Die Turneriege trat zu einem Vergleichskampf gegen die TH Aachen in Aachen an. Die Darmstädter gewannen klar mit 423,75: 406,10 Punkten. Bester Einzelturner war der Darmstädter Krückau mit 91,5 Punkten vor Buttstedt (Darmstadt) 89,35 Punkte u. Dustmann (Aachen) 88,70 Punkte. Die Deutschen Hochschulmeisterschaften 1962 im Geräteturnen werden Ende Februar 1962 in Hamburg durchgeführt.

VII. Boxen

Die Boxer traten erstmals als Staffel in Würzburg an. Von zehn Kämpfen wurde einer verloren, sechs endeten unentschieden und drei Kämpfe wurden siegreich beendet.

AStA-Auslandreferat

Skilaufen im Dachstein-Tauern-Gebiet

2 Termine: 4. 3. 62 – 19. 3. 62 und 17. 3. – 1. 4. 62
„Drei Hütten über 1800 m"
Preis DM 149,– / 139,– für Fahrt, Vollpension und Versicherungen

Frühling in Griechenland

8. 4.–1. 5. 62 DM 310,–

Frühling in der Türkei

8. 4.–1. 5. 62 DM 349,–

Verkauf sämtlicher ermäßigter Sammelfahrkarten nach London, Barcelona, Athen, Rom, Paris.

Auskunft über viele weitere Frühjahrsreisen erteilt das Reisereferat, Raum 24. Zu obigen Fahrten ist umgehende Anmeldung erforderlich.

Sprechstunden: täglich von 12.00 bis 13.00 Uhr.

Studentischer Filmkreis

10. 1. 62	Die Hauptstraße Van Gogh – Seminar III
17. 1. 62	Sturm über Asien Gefilmte Enzyklopädie – Filmische Kostbarkeiten
24. 1. 62	Sabrina Altstadtspaziergang – Seminar IV
31. 1. 62	Der lange Arm – Kriminalfilm The Immigrant
7. 2. 62	Bestie Mensch – Filmische Kostbarkeiten Eine Landpartie
14. 2. 62	Sonderveranstaltung Motto: Wer zuletzt lacht, lacht am besten

. . . immer erfolgreich
immer gut bedient

mit Sportgeräten und
Sportbekleidung von

Darmstadt
Ernst-Ludwig-Str. 11
Telefon
Nummer 70194

Das Fachgeschäft mit der großen Auswahl führender Markenartikel
UNVERBINDLICHE BERATUNG IN ALLEN SPORT- UND CAMPINGFRAGEN

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . dient der rote Knopf an dem weißen Telefon des AStA-Vorstandes ausschließlich dazu, im Krisenfalle das Rektorat in die Luft zu sprengen.

. . . handelt es sich bei dem auf der zweiten Seite dieser Nummer wiedergegebenen Photo nicht um die Darstellung eines lebendigen Teiles des Lehrkörpers.

. . . erklärt sich der schlechte Besuch einiger Vorlesungen mit dem schönen Wetter im Alpengebiet.

. . . sind manche on dits keine solchen, sondern vielmehr Tatsachen.

. . . ist das Fehlen von on dits in dieser Nummer keineswegs ein verfrühter Aprilscherz, sondern läßt sich auf die Einfallslosigkeit der Redaktionsmitglieder zurückführen.

. . . hofft der 2. Vorsitzende des AStA, Helmut Schramm, auf Grund intensiver Beschäftigung mit „Die geheimen Verführer" von Vance Packard die Wahlbeteiligung bei der nächsten AStA-Wahl zu heben.

Kulturreferat des AStA

Lieben Sie Brecht?

Am Donnerstag, dem 1. Februar 1962, 20.15 Uhr, veranstaltet das Kulturreferat des AStA im großen Physikhörsaal der TH einen Abend mit

Gerhard Lenssen, Dresden.

Lenssen singt, spielt und spricht aus Brechts „Aufstieg und Fall der Stadt Mahgonny". Wir empfehlen diese für die nächste Zeit sicher letzte Möglichkeit, Lenssen zu hören. Der Eintrittspreis beträgt für Studenten DM 1,–, für Gäste DM 2,–.

Dr. Karl Korn

Am Donnerstag, dem 8. Februar 1962 spricht auf Einladung des Kulturreferats des AStA im Wilhelm-Köhler-Saal der bedeutende Kulturkritiker **Dr. Karl Korn,** FAZ, zum Thema: „Die Sprache in der verwalteten Welt." Es wird über die Problematik der technischen Sprache unserer Zeit, ihre Zweckmäßigkeit und die Auswirkungen auf die Sprache im allgemeinen gesprochen werden. Dieser Vortrag verspricht interessant zu werden, allein schon durch die Wahl des Vortragenden.

An die Redaktion der DDS
Technische Hochschule Darmstadt

In Ihrer Novemberausgabe Nr. 55, schreiben Sie in dem Artikel „Hochschulbauten 1962" im Zusammenhang mit dem ISK-Keller u. a.: „ . . . Der ISK sieht bis jetzt keine Möglichkeit, seine anziehende weil obskure Tätigkeit an einem anderen Orte fortzusetzen."
Der ISK bemüht sich, freundschaftliche Beziehungen zwischen den ausländischen und den deutschen Studenten herzustellen. Die Erfahrung zeigt, daß in erster Linie der ISK-Keller uns bei diesen Bemühungen die meisten Erfolge beschert. Es ist schade, daß gerade Sie, als Sprachrohr der THD, das alles als „obskure Tätigkeit" bezeichnen, denn wir glauben, daß man dem Wort „obskur" beim besten Willen keine positive Bedeutung geben kann, oder sollten wir uns täuschen?

Der Vorstand der ISK
gez. Knittweis

Die „darmstädter blätter - Wir lesen für Sie"

suchen Mitarbeiter, insbesondere mit

guten russischen Sprachkenntnissen

Interessenten werden gebeten, in die Studentenzeitung zu kommen

»Reisebüro Darmstadt«
SULZMANN & MÜLLER
Luisenplatz 1 - Fernruf 70321
Für alle Reiseangelegenheiten

Apotheke an der Hochschule
Apotheker August Ernstberger
DARMSTADT
Magdalenenstraße 29, Tel. 75814
Rezepte aller Kassen

Christa Oppel
Schreib- und Übersetzungsbüro
Dissertationen
Diplomarbeiten
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Figaro am Woog Der Salon für Damen u. Herren
Parfümerie und Fußpflege
Siegfried Bugge
Darmstadt, Beckstraße 73

Mach mal Pause

TRINK Coca-Cola WARENZEICHEN

Gerade in frischer Luft – bei Training und Spiel – sollten Sie sich ab und zu mal einige Minuten Ruhe gönnen. Das ist der Schlüssel zur richtigen Erholung. Sich nicht übernehmen, sondern hin und wieder neue Kräfte sammeln, Pause machen und eine köstliche Flasche „Coca-Cola" trinken,

das gibt neuen Schwung

Koffeinhaltig, köstlich, erfrischend

Alleinabfüllung und Vertrieb von „Coca-Cola"
für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

Getränke - Industrie Darmstadt
Darmstadt, Holzhofallee 19/21 · Ruf 70100

Papier-Lautz
Papier- und Zeichenbedarf
Darmstadt

Jetzt:
Landgraf-Georg-Straße 19
Telefon 70657
in der Nähe der Hochschule

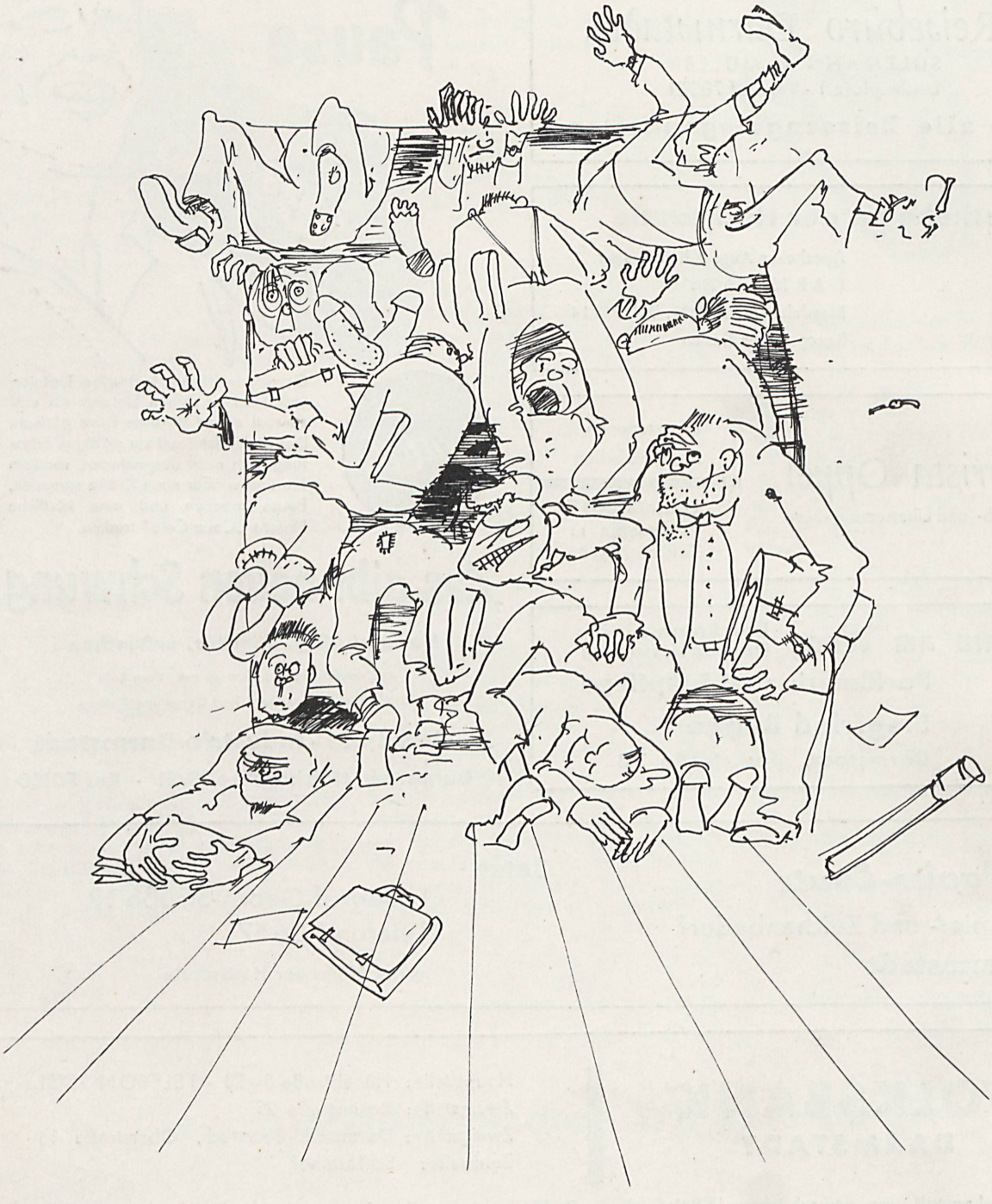
VOLKSBANK
DARMSTADT

Hauptstelle: Hügelstraße 8–20 · TELEFON 75751
Zweigstelle: Rheinstraße 25
Zweigstelle: Darmstadt-Eberstadt, Oberstraße 16
Zahlstelle: Schlachthof

Bankanstalt des gewerblichen Mittelstandes seit 1862 · Erledigung aller Außenhandelsgeschäfte
Eröffnung von Spar- und Girokonten auch für Nichtmitglieder

Fahrschule Schneider
Schulfahrzeuge: Ford 17 M, VW
Eigenes Übungsgelände

Darmstadt, Bleichstr. 37 - Tel. 74814



Vergessen Sie nicht:
Am 12. Februar um 12.00 Uhr erscheint die Faschingsausgabe
der darmstädter studentenzeitung